



77. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses
Gremium: Hauptausschuss
Sitzungstermin: Mittwoch, 26.09.2012, 17:00 Uhr
Ort, Raum: R. 280 a, Stadthaus

Nachtragstagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 12.September 2012**

- 3 **Vorstellung des Leiters der Polizeidirektion West, Herrn Meyritz und des Leiters der Polizeiinspektion, Herrn Toppel**

- 4 **Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptausschusses**

- 5 **"Sport- und Freizeitbad" Brauhausberg - Bildung einer Kommission** **Vorlage: 12/SVV/0620** **Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport**

- 6 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

- 6.1 **Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP)** **Vorlage: 12/SVV/0022** **Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen**

- | | | |
|-----|---|---|
| 6.2 | Abberufung und Neubestellung der von der Landeshauptstadt Potsdam in den Aufsichtsrat der SWP entsandten städtischen Vertreter/innen
Vorlage: 12/SVV/0023 | Oberbürgermeister,
Beteiligungsmanagement
Austauschblätter vom 25.01.2012 |
| 6.3 | Bestärkung des Vorkaufsrechtes zur Erfüllung des Planungszieles "Öffentliche Grünfläche am Groß Glienicker Seeufer"
Vorlage: 12/SVV/0300 | Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
OBR Groß Glienicke |
| 6.4 | Kein Verkauf von Meldeadressen
Vorlage: 12/SVV/0474 | Fraktion Die Andere
KOUL: 13.09. |
| 7 | Mitteilungen der Verwaltung | |
| 7.1 | Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung
Vorlage: 12/SVV/0423 | Oberbürgermeister, FB
Stadtplanung und Bauordnung |
| 7.2 | Statusbericht Regionaler Wachstumskern Potsdam 2012
Vorlage: 12/SVV/0471 | Oberbürgermeister, FB
Stadtplanung und
Stadterneuerung |
| 8 | Sonstiges | |

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|---|--|--|
| 9 | Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 12.September 2012 | |
|---|--|--|



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0620

Betreff:

öffentlich

"Sport- und Freizeitbad" Brauhausberg - Bildung einer Kommission

Einreicher: FB Bildung und Sport

Erstellungsdatum 06.09.2012

Eingang 902: 06.09.2012

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
26.09.2012	Hauptausschuss		X

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss möge beschließen:

Geschäftsordnung der Kommission zur Begleitung des Neubaus eines Sport- und Freizeitbades am Brauhausberg gemäß Anlage.

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

keine

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Begründung:

Gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung DS 12/SVV/0390 vom 06.06.2012, Punkt 11 ist ein Beirat zur Begleitung der Umsetzung des Badneubaus am Brauhausberg zu bilden. Dem Beirat sollen je ein Vertreter jeder Fraktion, des Stadtsportbundes, interessierter Bürgerinitiativen und ein Architekturspezialist angehören.

Hierzu hat die Verwaltung die als Anlage beigefügte Geschäftsordnung entworfen. Nach der Bestätigung durch den Hauptausschuss kann die erste konstituierende Sitzung einberufen werden.

Aus formalen rechtlichen Gründen schlägt die Verwaltung die Bildung einer Kommission an Stelle eines Beirates vor, da gemäß Kommunalverfassung des Landes Brandenburg in einem Beirat vorrangig die Interessen von Personen oder Gruppen vertreten werden. In unserem Fall sollen vorrangig Sachinteressen vertreten werden, deshalb wurde z.B. auch der Kleingartenbeirat in Kleingartenkommission umbenannt. Es ist davon auszugehen, dass die Grundintention des Beschlusses unbenommen bleibt.

Anlage

Geschäftsordnung

der Kommission zur Begleitung des Neubaus eines Sport- und Freizeitbades am Brauhausberg

Präambel

Auf Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 06.06.2012 Drucksache 12/SVV/0390 wird eine Kommission gebildet, die die Umsetzung des Badneubaus am Brauhausberg begleitet. Der Kommission sollen je ein Vertreter der Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung, des Stadtsportbundes sowie interessierter Bürgerinitiativen sowie Architekturspezialisten angehören. Die Tätigkeit der Kommission setzt mit Beginn des hochbaulichen Realisierungswettbewerbs für den Badneubau ein und endet spätestens mit der Bauabnahme.

§ 1

Aufgaben der Kommission

Die Kommission berät die Gremien der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam bzw. den Hauptausschuss in Belangen der Umsetzung des Badneubaus. Sie ist keine juristische Person und hat keine Entscheidungsbefugnis. Sie hat das Recht, bezogen auf Vorlagen an die SVV bzw. den Hauptausschuss Empfehlungen abzugeben und fachliche Anregungen zu unterbreiten.

Die Mitglieder der Kommission erhalten die Vorlagen vom Büro der Stadtverordnetenversammlung zeitgleich mit der Ausreichung an die Fraktionen der SVV. Die Kommission übermittelt ihre diesbezüglichen Empfehlungen und Anregungen nach entsprechender Behandlung rechtzeitig vor der jeweiligen Gremiensitzung an das Büro der SVV.

§ 2

Mitglieder

Die Kommission setzt sich wie folgt zusammen:

1. jeweils ein Vertreter der Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung,
2. ein Vertreter des Stadtsportbundes,
3. je ein Vertreter der Bürgerinitiative Pro Brauhausberg und des Bürgerforums Potsdam Nord,
4. ein Architekt und
5. ein Ingenieur.

Die Mitgliedschaft ist ehrenamtlich. Die Mitglieder erhalten kein Sitzungsgeld.

§ 3

Vorsitz

Die Mitglieder der Kommission wählen aus den Reihen der Fraktionsvertreter einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter.

§ 4

Teilnahmerecht

Die Sitzungen der Kommission sind nicht-öffentlich. Vertreter der Stadtwerke, von diesen beauftragte Dienstleister sowie die Verwaltung haben das Recht als ständige beratende Mitglieder an Sitzungen der Kommission teilzunehmen, um zu den beratenen Vorlagen Auskunft zu geben. Alle sind gehalten, die Nicht-Öffentlichkeit der Beratungen zu wahren.

§ 5**Arbeitsweise**

Es sollen zwei Sitzungen pro Jahr stattfinden, bei Bedarf mehr. Ort und Termin der Sitzungen werden von Fall zu Fall bestimmt. Der Vorsitzende lädt ein. Die Ladung erfolgt mindestens 3 Kalendertage vor der Sitzung und soll schriftlich oder elektronisch erfolgen.

Die Kommissionsbetreuung für Organisation, Einladung und Protokoll erfolgt durch den Geschäftsbereich 2 / Fachbereich Bildung und Sport.

§ 6**Ausschluss von der Beratung und Beschlussfassung**

Ein Mitglied der Kommission, das im Zusammenhang mit der Behandlung eines Beratungsgegenstandes einen unmittelbaren Vor- und Nachteil – analog § 22 BbgKVerf - erlangen kann, darf an der Beratung und Beschlussfassung über diesen Gegenstand nicht teilnehmen. Im Zweifel entscheidet die Kommission über die Teilnahme des betreffenden Mitglieds. Während der Beratung hat das insoweit ausgeschlossene Mitglied die Sitzung zu verlassen.

§ 7**Abstimmung und Entscheidung**

Über Anträge/ Vorlagen wird offen abgestimmt. Die Kommission ist entscheidungsfähig, wenn mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend sind. Die Entscheidungsfähigkeit der Kommission wird durch den jeweiligen Sitzungsleiter festgestellt.

Entscheidungen zu Empfehlungen oder Anregungen werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen getroffen. Stimmenthaltungen bleiben bei der Ermittlung der Mehrheit außer Betracht. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

Ist eine mehrheitliche Meinungsbildung erforderlich, so werden auf Wunsch abweichende Positionierungen mit Nennung der Quelle protokolliert und einer mehrheitlichen Empfehlung an die Gremien der Stadtverordnetenversammlung beigefügt.

§ 8**Niederschrift**

Über jede Sitzung der Kommission wird ein Ergebnisprotokoll geführt. Protokolle sollen grundsätzlich Angaben über den Ort und den Tag der Sitzung, die Namen der anwesenden Mitglieder und Gäste, den behandelten Gegenstand und die dazu gestellten Anträge sowie die gefassten Empfehlungen und Abstimmungsergebnisse enthalten.

Abweichende Positionen sind auf Wunsch zu protokollieren.

Das Protokoll wird allen Mitgliedern möglichst innerhalb von 4 Wochen, spätestens mit der Einladung zur nächsten Sitzung zur Verfügung gestellt.

§ 9**Inkrafttreten**

Die Geschäftsordnung tritt nach Bestätigung durch den Hauptausschuss in Kraft.

Geschäftsordnung

der Kommission zur Begleitung des Neubaus eines Sport- und Freizeitbades am Brauhausberg

Präambel

Auf Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 06.06.2012 Drucksache 12/SVV/0390 wird eine Kommission gebildet, die die Umsetzung des Badneubaus am Brauhausberg begleitet. Der Kommission sollen je ein Vertreter der Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung, des Stadtsportbundes sowie interessierter Bürgerinitiativen sowie Architekturspezialisten angehören.

Die Tätigkeit der Kommission setzt mit Beginn des hochbaulichen Realisierungswettbewerbs für den Badneubau ein und endet spätestens mit der Bauabnahme.

§ 1, Aufgaben der Kommission

Die Kommission berät die Gremien der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam bzw. den Hauptausschuss in Belangen der Umsetzung des Badneubaus. Sie ist keine juristische Person und hat keine Entscheidungsbefugnis. Sie hat das Recht, bezogen auf Vorlagen an die SVV bzw. den Hauptausschuss Empfehlungen abzugeben und fachliche Anregungen zu unterbreiten.

Die Mitglieder der Kommission erhalten die Vorlagen vom Büro der Stadtverordnetenversammlung zeitgleich mit der Ausreichung an die Fraktionen der SVV. Die Kommission übermittelt ihre diesbezüglichen Empfehlungen und Anregungen nach entsprechender Behandlung rechtzeitig vor der jeweiligen Gremiensitzung an das Büro der SVV.

§ 2, Mitglieder

Die Kommission setzt sich wie folgt zusammen:

1. jeweils ein Vertreter der Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung,
2. ein Vertreter des Stadtsportbundes,
3. je ein Vertreter der Bürgerinitiative Pro Brauhausberg und des Bürgerforums Potsdam Nord,
4. ein Architekt und
5. ein Ingenieur.

Die Mitgliedschaft ist ehrenamtlich. Die Mitglieder erhalten kein Sitzungsgeld.

§ 3, Vorsitz

Die Mitglieder der Kommission wählen aus ihren Reihen einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter.

§ 4, Teilnahmerecht

Die Sitzungen der Kommission sind nicht-öffentlich. Vertreter der Stadtwerke, von diesen beauftragte Dienstleister sowie die Verwaltung haben das Recht als ständige beratende Mitglieder an Sitzungen der Kommission teilzunehmen, um zu den beratenen Vorlagen Auskunft zu geben. Stadtverordnete haben ein passives Teilnahmerecht. Alle sind gehalten, die Nicht-Öffentlichkeit der Beratungen zu wahren.

§ 5, Arbeitsweise

Es sollen mindestens zwei Sitzungen pro Jahr stattfinden, bei Bedarf mehr. Ort und Termin der Sitzungen werden von Fall zu Fall bestimmt. Der Vorsitzende lädt ein. Die Ladung erfolgt mindestens 3 Kalendertage vor der Sitzung und soll schriftlich oder elektronisch erfolgen.

Die Kommissionsbetreuung für Organisation, Einladung und Protokoll erfolgt durch den Geschäftsbereich 2 / Fachbereich Bildung und Sport.

§ 6, Ausschluss von der Beratung und Beschlussfassung

Ein Mitglied der Kommission, das im Zusammenhang mit der Behandlung eines Beratungsgegenstandes einen unmittelbaren Vor- und Nachteil – analog § 22 BbgKVerf - erlangen kann, darf an der Beratung und Beschlussfassung über diesen Gegenstand nicht teilnehmen. Im Zweifel entscheidet die Kommission über die Teilnahme des betreffenden Mitglieds. Während der Beratung hat das insoweit ausgeschlossene Mitglied die Sitzung zu verlassen.

§ 7, Abstimmung und Entscheidung

Über Anträge/ Vorlagen wird offen abgestimmt. Die Kommission ist entscheidungsfähig, wenn mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend sind. Die Entscheidungsfähigkeit der Kommission wird durch den jeweiligen Sitzungsleiter festgestellt.

Entscheidungen zu Empfehlungen oder Anregungen werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen getroffen. Stimmenthaltungen bleiben bei der Ermittlung der Mehrheit außer Betracht. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

Ist eine mehrheitliche Meinungsbildung erforderlich, so wird auf Wunsch abweichendes Stimmverhalten mit Nennung der Quelle protokolliert und einer mehrheitlichen Empfehlung an die Gremien der Stadtverordnetenversammlung beigelegt.

§ 8, Niederschrift

Über jede Sitzung der Kommission wird ein Ergebnisprotokoll geführt. Protokolle sollen grundsätzlich Angaben über den Ort und den Tag der Sitzung, die Namen der anwesenden Mitglieder und Gäste, den behandelten Gegenstand und die dazu gestellten Anträge sowie die gefassten Empfehlungen und Abstimmungsergebnisse enthalten.

Abweichendes Stimmverhalten ist auf Wunsch zu protokollieren.

Das Protokoll wird allen Mitgliedern möglichst innerhalb von 4 Wochen zur Verfügung gestellt.

§ 9, Inkrafttreten

Die Geschäftsordnung tritt nach Bestätigung durch den Hauptausschuss in Kraft.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

BESCHLUSS
der 77. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 26.09.2012

"Sport- und Freizeitbad" Brauhausberg - Bildung einer Kommission
Vorlage: 12/SVV/0620

**Geschäftsordnung der Kommission zur Begleitung des Neubaus eines Sport- und
Freizeitbades am Brauhausberg gemäß Anlage.**

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

Gemäß § 22 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) waren keine Mitglieder des Hauptausschusses von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen. Die Übereinstimmung des Beschlusses mit dem Wortlaut in der Niederschrift wird amtlich beglaubigt.

Dem Beschluss werden ___3___ Seiten beigefügt.

Potsdam, den 16. Oktober 2012

Stempel

Ziegenbein
Leiterin des Büros



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0022

Betreff:

öffentlich

Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP)

neue Fassung vom

Einreicher: SB Finanzen und Berichtswesen

Erstellungsdatum **11.09.2012**

Eingang 902: 11.09.2012

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
25.01.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		
08.02.2012	Hauptausschuss		
19.09.2012	Stadtverordnetenversammlung		

Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Gesellschaftsvertrag der Stadtwerke Potsdam GmbH in der Fassung vom 14. Februar 2011 soll in § 9 Abs. 1 wie folgt geändert werden:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus **15** Mitgliedern besteht. Dem Aufsichtsrat gehören an:

- der/die Oberbürgermeister/in der Landeshauptstadt Potsdam oder ein/eine **von ihm/ihr zu betrauende/r Beschäftigte/r der Landeshauptstadt Potsdam**, welcher/welche den Vorsitz führt,
- sieben** von der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam zu entsendende Mitglieder, für deren Berufung und Abberufung die kommunalrechtlichen Bestimmungen maßgeblich sind,
- zwei** Mitglieder, von denen eine/r auf Vorschlag des Ostdeutschen Sparkassen und Giroverbandes (OSGV) und der/die weitere auf Vorschlag des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) von der Gesellschafter-versammlung bestellt werden. Hierbei soll es sich um Mitglieder handeln, die aufgrund besonderer unternehmerischer, kommunal- bzw. finanzwirtschaftlicher oder juristisch/ administrativer Kenntnisse und Erfahrungen über die Fähigkeit und fachliche Eignung verfügen, ihre Aufgaben im Aufsichtsrat ordnungsgemäß wahrzunehmen.
- soweit die Voraussetzungen des Drittelbeteiligungsgesetzes vorliegen, **fünf** aus der Mitte der Arbeitnehmerschaft zu entsendende Mitglieder.

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

keine

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30	Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern Gewichtung: 10	Gute Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20	Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20	Selbstbestimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen Gewichtung: 20	Wirkungsindex Demografie	Bewertung Demografie-relevanz
0	0	0	0	0	0	keine

Begründung:

I. Sachverhalt

Die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) ist hundertprozentige Gesellschafterin der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP).

Unter Beachtung der kommunalrechtlichen Regelungen zur wirtschaftlichen Betätigung (§§ 91 ff. BbgKVerf) und der Leitlinien guter Unternehmensführung - Public Corporate Governance Kodex der Landeshauptstadt Potsdam soll der Gesellschaftsvertrag der SWP hinsichtlich der Größe und der Zusammensetzung des Aufsichtsrates in § 9 Abs. 1 Gesellschaftsvertrag wie folgt geändert werden:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus **15 Mitgliedern** besteht. Dem Aufsichtsrat gehören an:

- a) der/die Oberbürgermeister/in der Landeshauptstadt Potsdam oder ein/eine **von ihm/ihr zu betrauende/r Beschäftigte/r der Landeshauptstadt Potsdam**, welcher/welche den Vorsitz führt,
- b) **sieben** von der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam zu entsendende Mitglieder, für deren Berufung und Abberufung die kommunalrechtlichen Bestimmungen maßgeblich sind,
- c) **zwei** Mitglieder, von denen eine/r auf Vorschlag des Ostdeutschen Sparkassen und Giroverbandes (OSGV) und der/die weitere auf Vorschlag des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) von der Gesellschafterversammlung bestellt werden. Hierbei soll es sich um Mitglieder handeln, die aufgrund besonderer unternehmerischer, kommunal- bzw. finanzwirtschaftlicher oder juristisch/administrativer Kenntnisse und Erfahrungen über die Fähigkeit und fachliche Eignung verfügen, ihre Aufgaben im Aufsichtsrat ordnungsgemäß wahrzunehmen.
- d) soweit die Voraussetzungen des Drittelbeteiligungsgesetzes vorliegen, **fünf** aus der Mitte der Arbeitnehmerschaft zu entsendende Mitglieder.

Die geplante Änderung (s. anliegende Synopse) betrifft ausschließlich § 9 Abs. 1 Satz 1 bis 4 Gesellschaftsvertrag der SWP in der Fassung der notariellen Beurkundung vom 14. Februar 2011 des Notars Jens Hunger.

Die zu Buchst. a) vorgeschlagene Fassung/ Ergänzung folgt der gesetzlichen Regelung in § 97 Abs. 1 S. 1 Abs. 2, 3 BbgKVerf. Sie entspricht im Wesentlichen denjenigen Regelungen, die in weiteren kommunalen Unternehmen der Landeshauptstadt Potsdam im jeweiligen Gesellschaftsvertrag formuliert sind (z.B. PRO POTSDAM GmbH, ViP, STEP, EWP) und wie sie nun auch für die SWP vorgeschlagen wird.

Durch die zu Buchst. c) vorgeschlagene Regelung, nämlich dass Expertinnen und Experten mit Sitz und Stimme im Aufsichtsrat auf Vorschlag von Fachverbänden bzw. Institutionen durch die Gesellschafterversammlung bestellt werden, soll externer Sachverstand generiert werden. Diese Regelung ist mit der Kommunalaufsicht abgestimmt.

Die zu Buchst. d) vorgeschlagene Änderung entspricht den gesetzlichen Regelungen. Voraussetzung für die Anwendbarkeit der drittelparitätischen Mitbestimmung nach § 1 Drittelbeteiligungsgesetz (DrittelbG) ist, dass das Unternehmen regelmäßig mehr als 500 ArbeitnehmerInnen beschäftigt. Nach § 2 Abs. 2 DrittelbG werden ArbeitnehmerInnen von abhängigen Unternehmen der herrschenden Konzerngesellschaft - hier SWP – zugerechnet, wenn zwischen den Unternehmen entweder ein Beherrschungsvertrag besteht, oder das abhängige Unternehmen gem. den § 319 ff AktG eingegliedert ist. Nach hiesiger Einschätzung dürften die Voraussetzungen mit den zwischen der SWP und ihren Tochtergesellschaften ViP, BLP, SBP und KFP geschlossenen Beherrschungsverträgen erfüllt sein. Der von der SWP mitgeteilte Personalbestand 2011 beläuft sich für die SWP bei 84 Mitarbeitern incl. Auszubildende, für die ViP bei 405, für die BLP bei 55, für die SBP bei 23 lag, die KFP hatte keinen Arbeitnehmer, mithin damit insgesamt bei 567 Arbeitnehmern. Damit ist zum Stichtag die Schwelle des § 1 Abs. 1 Nr. 3 DrittelbG von 500 zurechenbaren Arbeitnehmern erreicht.

II. Rechtliche Grundlagen

Rechtliche Grundlagen für die Änderung des Gesellschaftsvertrages der SWP sind die Regelungen des GmbHG i.V.m. dem AktG, die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf), die Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam sowie der Gesellschaftsvertrag der SWP.

III. Finanzielle Auswirkungen

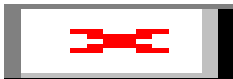
Der Landeshauptstadt Potsdam entstehen keine finanziellen Aufwendungen.

Anlage:

Synopse zur beabsichtigten Änderung des Gesellschaftsvertrages der SWP

Gesellschaftsvertrag der SWP in der Fassung vom 14. Februar 2011	Änderungsvorschlag Gesellschaftsvertrag der SWP
<p>§ 9 Abs. 1 Satz 1 bis 4</p> <p>Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus neun Mitgliedern besteht.</p> <p>Die Mitglieder werden, soweit sie nicht als Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer nach den Vorschriften des Drittelbeteiligungsgesetzes zu wählen sind, von der Landeshauptstadt Potsdam entsandt.</p> <p>Aufsichtsratsvorsitzender ist der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam.</p> <p>Die übrigen Mitglieder des Gesellschafters werden unter Berücksichtigung der geltenden Vorschriften der Gemeindeordnung für das Land Brandenburg über die Bestellung von Vertretern in Unternehmen von der Gesellschafterversammlung gewählt.</p>	<p>§ 9 Abs. 1 Satz 1 und 2</p> <p>Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus 15 Mitgliedern besteht. Dem Aufsichtsrat gehören an:</p> <p>a) der/die Oberbürgermeister/in der Landeshauptstadt Potsdam oder ein/eine von ihm/ihr zu betrauende/r Beschäftigte/r der Landeshauptstadt Potsdam, welcher/welche den Vorsitz führt,</p> <p>b) sieben von der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam zu entsendende Mitglieder, für deren Berufung und Abberufung die kommunalrechtlichen Bestimmungen maßgeblich sind,</p> <p>c) zwei Mitglieder, von denen eine/r auf Vorschlag des Ostdeutschen Sparkassen und Giroverbandes (OSGV) und der/die weitere auf Vorschlag des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) von der Gesellschafterversammlung bestellt werden. Hierbei soll es sich um Mitglieder handeln, die aufgrund besonderer unternehmerischer, kommunal- bzw. finanzwirtschaftlicher oder juristisch/ administrativer Kenntnisse und Erfahrungen über die Fähigkeit und fachliche Eignung verfügen, ihre Aufgaben im Aufsichtsrat ordnungsgemäß wahrzunehmen.</p> <p>d) soweit die Voraussetzungen des Drittelbeteiligungsgesetzes vorliegen, fünf aus der Mitte der Arbeitnehmerschaft zu entsendende Mitglieder.</p>

Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30	Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern Gewichtung: 10	Gute Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20	Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20	Selbstbestimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen Gewichtung: 20	Wirkungsindex Demografie	Bewertung Demografie-relevanz
0	0	0	0	0	0	keine



Änderungsantrag zur Drucksache Nr.

Ergänzungsantrag

12/SVV/0022

Neue Fassung

öffentlich

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Betreff: Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP)

Erstellungsdatum 18.04.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
25.04.2012	Hauptausschuss		x

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Punkt c) in der vorliegenden Fassung wird gestrichen.
2. Der Punkt b) erhält folgende Fassung:

11 von der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam zu entsendende Mitglieder, für deren Berufung und Abberufung die kommunalrechtlichen Bestimmungen maßgeblich sind.

3. Der Punkt d) wird Punkt c).

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Begründung siehe Anlage



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0023

Betreff:

öffentlich

Abberufung und Neubestellung der von der Landeshauptstadt Potsdam in den Aufsichtsrat der SWP entsandten städtischen Vertreter/innen

neue Fassung vom

Einreicher: GB Zentrale Steuerung und Service

Erstellungsdatum 11.09.2012

Eingang 902: 11.09.2012

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
25.01.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		
08.02.2012	Hauptausschuss		
19.09.2012	Stadtverordnetenversammlung		

Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- Die von der Landeshauptstadt Potsdam in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP) am 03.06.2009 entsandten städtischen Vertreter/innen werden abberufen.
- Die Landeshauptstadt Potsdam entsendet unter Bezugnahme auf die im Geschäftsgang befindliche Vorlage zur Änderung des Gesellschaftsvertrages der SWP gemäß § 9 Abs. 1 b) folgende **sieben** Mitglieder in den Aufsichtsrat der Gesellschaft:
 - über die Fraktion DIE LINKE
(2 Sitze):
 - über die Fraktion SPD (2 Sitze): Frau Heike Judacz Frau Birgit Morgenroth
 - über die Fraktion CDU/ANW Herr Klaus Rietz
(1 Sitz):
 - über die Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen (1 Sitz): Frau Ines Freier
 - über die Fraktion FDP (1 Sitz): Herr Prof. Dr. Christian Otto

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister
Geschäftsbereich 1
Geschäftsbereich 2
Geschäftsbereich 3
Geschäftsbereich 4

Fortsetzung Beschlusstext:

Als Nachrücker/innen werden entsandt:

- über die Fraktion DIE LINKE:
- über die Fraktion SPD: Herr Claus Wartenberg Herr Pete Heuer
- über die Fraktion CDU/ANW: Herr Horst Heinzel
- über die Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen: Frau Karin Vohland
- über die Fraktion FDP: Frau Franziska Schneider

Begründung:**I. Sachverhalt**

Die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) ist hundertprozentige Gesellschafterin der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP).

Der Aufsichtsrat der SWP besteht gemäß § 9 Abs. 1 des derzeit geltenden Gesellschaftsvertrages aus neun Mitgliedern, welche, soweit sie nicht nach den Vorschriften des Drittmittelbeteiligungsgesetzes zu wählen sind, von der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) entsandt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss in ihrer Sitzung am 03.06.2009 u. a. fünf städtische Vertreter/innen in den Aufsichtsrat der SWP zu entsenden (Drucksache Nr. 09/SVV/0491).

Aktuell ist der Aufsichtsrat der SWP aufgrund der gegenwärtigen gesellschaftsvertraglichen Regelungen und des vorgenannten Stadtverordnetenbeschlusses wie folgt besetzt:

Aufsichtsratsvorsitzender:	Oberbürgermeister, Herr Jann Jakobs (Mandat niedergelegt)
über die SVV - Fraktion DIE LINKE:	Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
über die SVV - Fraktion DIE LINKE:	Frau Dr. Karin Schröter
über die SVV - Fraktion SPD:	Frau Heike Judacz
über die SVV - Fraktion CDU/ANW:	Herr Horst Heinzel
über die SVV- Fraktion FDP/ FP *:	Herr Marcel Yon

*gemäß Einigung nach § 41 Abs. 2 Satz 5 BbgKVerf zwischen SPD, Bündnis 90/ die Grünen und FDP/ FP

Unter Beachtung der kommunalrechtlichen Regelungen zur wirtschaftlichen Betätigung (§§ 91 ff BbgKVerf) und der Leitlinien guter Unternehmensführung - Public Corporate Governance Kodex der Landeshauptstadt Potsdam soll der Gesellschaftsvertrag der SWP angepasst werden.

Vor diesem Hintergrund ist nunmehr auch beabsichtigt, den Gesellschaftsvertrag der SWP bezüglich der Größe des Aufsichtsrates und des Aufsichtsratsvorsitzes neu zu fassen. Im Geschäftsgang befindet sich deshalb eine Beschlussvorlage zur Änderung des Gesellschaftsvertrages der SWP. Danach soll der Gesellschaftsvertrag der SWP in der Fassung vom 14.02.2011 u.a. wie folgt geändert werden:

§ 9 Abs. 1: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus **15** Mitgliedern besteht. Dem Aufsichtsrat gehören an:

- a) der/die Oberbürgermeister/in der Landeshauptstadt Potsdam oder ein/eine **von ihm/ihr zu betrauende/r Beschäftigte/r der Landeshauptstadt Potsdam**, welcher/welche den Vorsitz führt,
- b) **sieben** von der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam zu entsendende Mitglieder, für deren Berufung und Abberufung die kommunalrechtlichen Bestimmungen maßgeblich sind,
- c) **zwei** Mitglieder, von denen eine/r auf Vorschlag des Ostdeutschen Sparkassen und Giroverbandes (OSGV) und der/die weitere auf Vorschlag des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) von der Gesellschafterversammlung bestellt werden. Hierbei soll es sich um Mitglieder handeln, die aufgrund besonderer unternehmerischer, kommunal- bzw. finanzwirtschaftlicher oder juristisch/administrativer Kenntnisse und Erfahrungen über die Fähigkeit und fachliche Eignung verfügen, ihre Aufgaben im Aufsichtsrat ordnungsgemäß wahrzunehmen.
- d) soweit die Voraussetzungen des Drittelbeteiligungsgesetzes vorliegen, **fünf** aus der Mitte der Arbeitnehmerschaft zu entsendende Mitglieder.

Der Oberbürgermeister hat mit Wirkung zum 31. Dezember 2011 sein Aufsichtsratsmandat bei der SWP niedergelegt.

Unter Zugrundelegung des § 41 Abs. 2 BbgKVerf ergibt sich für **sieben** nach den kommunalrechtlichen Bestimmungen in den Aufsichtsrat der SWP zu entsendenden Mitglieder folgende Sitzverteilung:

Sitze der Fraktionen = $\frac{\text{Zahl der Aufsichtsratssitze} \times \text{Mitgliederzahl der jeweiligen Fraktion}}{\text{Mitgliederzahl aller Fraktionen}}$

Fraktion DIE LINKE	= 7 x 16/54 = 2,074	2 Sitze
Fraktion SPD	= 7 x 15/54 = 1,944	2 Sitze
Fraktion CDU/ANW	= 7 x 6/54 = 0,778	1 Sitz
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	= 7 x 5/54 = 0,648	1 Sitz
Fraktion FDP	= 7 x 4/54 = 0,519	1 Sitz

II. Rechtsgrundlagen

Gemäß § 28 Absatz 2 Nr. 6 BbgKVerf i.V.m. § 97 Absatz 1 und 2 BbgKVerf obliegt der Stadtverordnetenversammlung die Bestellung ihrer Vertreter in wirtschaftlichen Unternehmen.

Hinweis

Die Beschlussfassung über Bestellungen von mehreren Gremienmitgliedern erfolgt gemäß § 41 Abs. 1 BbgKVerf mittels Wahl. Somit sind die sieben gemäß § 9 Abs. 1 GV in den Aufsichtsrat der SWP neu zu entsendenden Mitglieder gemäß § 41 Absatz 4 BbgKVerf durch offenen Wahlbeschluss von der Stadtverordnetenversammlung zu wählen.

Die bisher in den Aufsichtsrat der SWP von der Landeshauptstadt Potsdam entsandten (nach § 41 Abs. 1 BbgKVerf am 01.09.2010 durch die Stadtverordnetenversammlung gewählten) fünf Vertreter/innen können gemäß § 41 Abs. 7 BbgKVerf durch die Mehrheit der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung aus wichtigem Grund abgewählt werden.

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0300

öffentlich

Betreff:

Bestärkung des Verkaufsrechtes zur Erfüllung des Planungszieles "Öffentliche Grünfläche am Groß Glienicker Seeufer"

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 17.04.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
02.05.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Beschluss DS 10/SVV/0434 hinsichtlich der unbedingten Ausübung des Vorkaufsrechtes von Ufergrundstücken zur Erfüllung des Planungszieles des B-Plan Nr. 8 durchzusetzen.

Der in der Mitteilungsvorlage DS 12/SVV/0055 geäußerten Handlungsidee der Verwaltung wird in dem Punkt widersprochen.

gez. Saskia Hüneke
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Im B-Plan Nr. 8 ist die gesamte Uferzone als öffentliche Grünfläche ausgewiesen. Dies soll im Sinne der Schutzziele des LSG V Königswald der Erreichung der Erholungs- und Naturschutzziele dienen. Diese Ziele stellen ein öffentliches Bedürfnis dar, welche durch die Kommunalverfassung abgesichert ist. In der gängigen Praxis zeigt sich, dass die Verwaltung nicht in der Lage ist bei Privateigentum der Uferflächen diese Schutzziele dauerhaft sicherzustellen. Insofern ist auch unter Berücksichtigung der geringen Verkehrswerte der Eigentumserwerb bei der Vorkaufsrechtsausübung für eine öffentliche Grünfläche am Seeufer der wirtschaftlichste Weg.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0474

öffentlich

Betreff:

Kein Verkauf von Meldeadressen

Einreicher: Fraktion Die Andere

Erstellungsdatum 11.07.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
22.08.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		x

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung Potsdam fordert den Oberbürgermeister auf, die Adressen der Einwohner/innen künftig nicht mehr an Adressbuchverlage, Parteien und Wählergemeinschaften, Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie Privatpersonen zu veräußern.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, ob eine pauschale Weitergabe von persönlichen Adresdaten mit dem verfassungsrechtlich garantierten Grundrecht auf Datenschutz auch dann vereinbar ist, wenn die Betroffenen der Datenweitergabe bereits ausdrücklich widersprochen haben oder keine Möglichkeit haben, einen Widerspruch einzulegen.

Das Prüfergebnis ist den Stadtverordneten bis zum November 2012 vorzulegen.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Bereits vor 20 Jahren gab es in Potsdam immer wieder Proteste gegen die Weitergabe persönlicher Daten an Parteien, Religionsgemeinschaften und Adressbuchverlage.

Gleich mehrfach übermittelte die Stadtverwaltung die kompletten Adressdaten ihrer Einwohnerinnen an ein kommerzielles Unternehmen, das diese Adressen - nach Namen und Adressen sortiert - als Blaues Adressbuch druckte und verkaufte. Spätere Ausgaben des Adressbuches wurden sogar als CD zur Verfügung gestellt, so dass die elektronische Bearbeitung und Auswertung der Datensätze erheblich vereinfacht wurde.

Besonders heftig wurde 1999 die Herausgabe von Meldedaten an die DVU kritisiert. Die DVU nutzte die Adressen bestimmter Geburtsjahrgänge, um zielgruppenspezifische Wahlwerbung zu versenden. Durch einen Fehler in der Stadtverwaltung wurden sogar die Adressen von Menschen übermittelt, die der Weitergabe ihrer Daten schriftlich widersprochen hatten.

Die Proteste von Datenschutzbeauftragten, Bürgerinnen und auch unserer Wählergruppe führten zwar nicht dazu, die Datenveräußerung zu stoppen, allerdings wurde regelmäßig in der Presse auf das gesetzlich verankerte Widerspruchsrecht der Bürgerinnen hingewiesen. Dennoch gab es immer wieder Beschwerden über eine mangelnde Information über die Widerspruchsmöglichkeiten.

Inzwischen plant die Bundesregierung eine Änderung des Meldegesetzes. Künftig sollen Privatadressen noch leichter veräußert werden können und die Widerspruchsrechte der Betroffenen eingeschränkt werden. Vor diesem Hintergrund sollte die Stadt Potsdam alle Möglichkeiten nutzen, die Adressen ihrer Einwohner vor der Weitergabe zu schützen.



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0423

Betreff:
Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung

öffentlich

bezüglich
DS Nr.: 03/SVV/0806

Erstellungsdatum 31.05.2012

Eingang 902: 31.05.2012

4/46

Einreicher: FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

22.08.2012 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Mit Beschluss vom 31.03.2004 zur Drucksache 03/SVV/0806 hat die Stadtverordnetenversammlung die Verwaltung beauftragt, zu Beginn eines jeden Jahres einen Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung vorzulegen, in dem Probleme und Aufgaben sowie Strategien und Prioritäten vorgestellt und begründet werden.

Dieser jährliche Bericht wird hiermit für das Jahr 2012 vorgelegt – siehe Anlage

Beratungsergebnis

Zur Kenntnis genommen:

Gremium:

Sitzung am:

zurückgestellt

zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Büro der Stadtverordnetenversammlung

Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung

2012



Landeshauptstadt Potsdam

**Geschäftsbereich
Stadtentwicklung und Bauen**

Vorbemerkung

Mit Beschluss vom 31.03.2004 hat die Stadtverordnetenversammlung die Verwaltung beauftragt, jährlich einen Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung vorzulegen, in dem Probleme und Aufgaben sowie Strategien und Prioritäten vorgestellt und begründet werden.

Dieser Bericht wird nunmehr im achten Jahr vorgelegt. Struktur und inhaltliche Ausrichtung sind dabei jeweils eng an den Berichten der Vorjahre ausgerichtet, um eine kontinuierliche Berichterstattung zu gewährleisten. Es soll damit also nach wie vor nicht ein breiter und in seinen Gewichten wenig differenzierter Gesamtüberblick gegeben werden; vielmehr bleibt es dabei, dass bewusst schwerpunktmäßig bedeutsame aktuelle Aufgaben dargestellt und Probleme angesprochen werden, die mit Priorität angegangen werden müssen.

Für die inhaltliche Gliederung ist ebenso unverändert die Strukturierung der „Produkte“ maßgeblich, die auch für die Haushaltsplanung und die Aufgabensteuerung verwandt wird. Von Bedeutung sind hier der durch Definition des Landes vorgegebene Produktbereich *Räumliche Planung und Entwicklung* mit den Untergliederungen *Stadtentwicklung*, *Bauleitplanung* sowie *Stadterneuerung*.

Maßgeblich verändert hat sich seit der letzten Berichterstattung die organisatorische Einordnung der angesprochenen Aufgabenfelder in der Bauverwaltung: Angesichts des schon in den Vorjahren angesprochenen Trends an erforderlicher breiter fachlich komplexer Steuerung ungeachtet des formellen Einsatzes des klassischen besonderen Städtebaurechts in abgegrenzten Sanierungs- und Entwicklungsbereichen und mit Blick auf die Nachvollziehbarkeit der planerischen Zusammenhänge innerhalb und außerhalb von Erneuerungsgebieten sind die in diesem Bericht angesprochenen Aufgabenfelder seit dem 1. Dezember 2011 Zuständigkeitsbereich eines einheitlichen und übergreifenden Fachbereichs für Stadtplanung und Stadterneuerung.

Die schon im letzten Bericht angekündigten vertiefenden organisatorischen Untersuchungen haben, von ersten vorläufigen Entscheidungen abgesehen, noch nicht erfolgen können, sondern müssen – neben der inhaltlich meist vorrangigen Bearbeitung der dringenden aktuellen Aufgaben – im laufenden Jahr weiterverfolgt werden.

Zu den o.g. inhaltlichen Aufgabenfeldern sollen nachfolgend jeweils die Schwerpunkte der aktuellen Aufgaben und Probleme dargestellt, die Strategien erläutert und in den Rahmen der Prioritäten eingeordnet werden.

Stadtentwicklung

Im Rahmen der Verfahren des Landes Brandenburg zur Neufestsetzung von Wasserschutzonen im Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam konnte erreicht werden, dass die vom Land vorgesehene Fassung, die die Planungshoheit der Stadt wesentlich einschränken würde, noch nicht verabschiedet wurde. An einer Auflösung des Konfliktes wird weiterhin gearbeitet.

Im Jahr 2012 wird der Regionalplan Havelland-Fläming durch die Regionale Planungsstelle als Entwurf ausgelegt werden. Die Stadt

Planungen
in der Region

Potsdam versucht, durch die Mitwirkung an dem Vorentwurf die eigenen Planungsziele in den Regionalplan einzubringen. Sie wird im Rahmen der Stellungnahme zum Entwurf ihre Auffassung zur Darstellung des „Potenziellen Siedlungsraumes“ bekräftigen.

Intensive fachliche Diskussionen erfordert das eingeleitete Planfeststellungsverfahren für die Erneuerung einer überregionalen 110 kV-Hochspannungsleitung, die die Ortsteile Marquardt und Golm empfindlich schneidet. Die Bemühungen konzentrieren sich darauf, Entlastungen in diesen Ortslagen durch veränderte Leitungsführungen zu erreichen.

Gesamtstädtische Pläne und Programme

Der Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Potsdam hat 2011 erneut ausgelegen und sollte danach abgeschlossen werden. Im Zusammenhang mit den Diskussionen um die Darstellung der Erweiterung der Gewerbeflächen im Kirchsteigfeld-Süd ist aber zur Sicherung der Entwicklung alternativer Lösungen ohne Vorfestlegung auf eine bestimmte Lösung, die Darstellung hier nochmals geändert worden, was eine neuerliche (vierte) Auslegung des FNP notwendig macht. Damit kann er voraussichtlich erst in der zweiten Jahreshälfte 2012 durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden.

Mit den bisher erarbeiteten sektoralen gesamtstädtischen Konzepten und mit den weiteren in Arbeit befindlichen (z.B. zur langfristigen Planung der sozialen Infrastruktur, als einem Teil des Großprojektes „Integrierte Infrastrukturplanung“) verbindet sich auch ein erheblicher geschäftsbereichsübergreifender Koordinierungsaufwand zur Umsetzung dieser Konzepte. Diese koordinierende Tätigkeit wird ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit des Bereiches in den nächsten Jahren sein. Aktuell besteht die Notwendigkeit, die Anforderungen aus dem Lärmaktionsplan, dem Luftreinhalteplan, dem Klimaschutzkonzept und dem Stadtentwicklungskonzept Verkehr zur koordinierten Umsetzung zu bündeln. Dafür bedarf es einer eigenen Stelle, da diese Leistung nicht nebenbei und sporadisch erbracht werden kann.

Insgesamt ist ein erheblicher Druck zu verzeichnen, der sich aus der ungebremsen Wachstumssituation ergibt – die Prognosen sind aktuell wiederum von der tatsächlichen Entwicklung überholt worden, so dass nunmehr für 2020 von 174.000 Einwohnern auszugehen ist. Dies löst erhebliche Anforderungen sowohl an die Schaffung von Neubaupotenzialen für Wohnungsbau wie auch für die zeitgleich zu schaffenden Arbeitsplätze aus.

Teilräumliche und sektorale Konzepte

Die Wirkungen alternativer Szenarien der Verkehrsentwicklung für Potsdam wurden mit dem Stadtentwicklungskonzept Verkehr vorgelegt. Die zukünftigen finanziellen Rahmenbedingungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, sowie die Einhaltung verbindlicher Vorgaben (Luftreinhaltung, Lärm) zum Gesundheitsschutz der Bevölkerung veranlassten die Verwaltung, ein Szenario der besonderen Förderung der nachhaltigen Mobilität zur Umsetzung zu empfehlen. Alle Fragen hierzu sollen noch in der ersten Hälfte des Jahres 2012 mit den Potsdamer Bürgerinnen und Bürgern ausführlich diskutiert werden. Danach soll die Stadtverordnetenversammlung eine Richtungsentscheidung treffen.

2012 wurde auch das LKW-Führungskonzept aktualisiert. Im Ergebnis der Zählung allen ein- und ausfließenden PKW- und LKW-Verkehrs

konnte festgestellt werden, dass sich der LKW-Verkehr auf dem Hauptstraßennetz bündelt und so die gesteckten Ziele des Konzeptes von 2005 weitgehend erreicht wurden. Darüber hinaus gibt es hiernach in Potsdam nur einen vergleichsweise sehr geringen LKW-Durchgangsverkehr.

Weitere Schwerpunkte des Jahres sind neben der kontinuierlichen Umsetzung der Radverkehrsstrategie die weitere Konkretisierung des Stadtentwicklungskonzeptes Wohnen, die Aktualisierung des Einzelhandelskonzeptes und der Abschluss des Uferwegekonzeptes für die Ortsteile mit einer entsprechenden Beschlussvorlage für die Stadtverordnetenversammlung.

Nach wie vor sind Perspektiven für ein Ausstellungs- und Informationszentrum räumlich, finanziell und personell nicht geklärt. Das Ergebnis einer Prüfung verschiedener Möglichkeiten auf Realisierbarkeit wird aktuell verwaltungsseitig erörtert, um der Stadtverordnetenversammlung in der Jahresmitte 2012 einen Bericht hierzu zu geben. Daneben beschränkt sich die Arbeit weiterhin auf Sicherung und Aktualisieren des Dokumentationsbestandes.

Die 2011 begonnene Herstellung eines digitalen dreidimensionalen Stadtmodells wird in diesem Jahr fortgeführt und soll soweit abgeschlossen werden, dass ab der zweiten Jahreshälfte damit planerische Diskussionen und Informationen unterstützt werden können.

Bauleitplanung

Die Aufgabenbewältigung im Bereich Verbindliche Bauleitplanung über das bewährte Instrument der Prioritätenvereinbarung soll fortgeführt werden, auch unter Einbeziehung der 2011 um eine $\frac{3}{4}$ Stelle ausgeweiteten Personalkapazität. Mit der erfolgreich praktizierten Erstattung nicht-hoheitlicher Verwaltungskosten bei Planverfahren im wirtschaftlichen Interesse Dritter ist die finanzielle Basis für den befristeten Einsatz zusätzlichen externen Personals im Bereich Verbindliche Bauleitplanung erfolgreich etabliert. Diese Form der Kapazitätserweiterung soll kontinuierlich fortgeführt werden.

Die Schwerpunkte liegen dabei auf den Themenfeldern der Entwicklung größerer Planungsprojekte in innenstadtnaher Lage, der Stärkung zentraler Versorgungsbereiche nach dem Einzelhandelskonzept und der städtebaulichen Ergänzung von Flächen in gut integrierten Lagen, aber auch bei der fiskalischen Wirkung der Schaffung von Planungsrecht für den „Konzern Stadt“.

Mit hoher Priorität weitergeführt werden sollen daher das Verfahren zum Bebauungsplan „Speicherstadt/Leipziger Straße“, für den noch in diesem Jahr die Öffentlichkeitsbeteiligung vorgesehen ist, und – abhängig von den Entscheidungen zum Badstandort – das Bebauungsplanverfahren „Leipziger Straße/Brauhausberg“ mit einem Nutzungsmix aus Wohnen, nicht störendem Gewerbe und ergänzender Infrastruktur.

Für das Planänderungsverfahren zu den Bahnhofspassagen ist die Durchführung der Öffentlichkeitsbeteiligung noch im Sommer 2012

**Dokumentation
Stadtentwicklung**

**Pläne und Satzungen
zur Investitions-
vorbereitung**

beabsichtigt, sodass die Auswertung und Aufbereitung für den Abwägungs- und Satzungsbeschluss bis zum Jahresende erfolgen kann. Ebenfalls zum Sommer des Jahres vorgesehen ist die fachgutachterliche Bewertung des für das Stern-Center zu entwickelnden Bebauungs- und Nutzungskonzeptes, auf dessen Grundlage dann im Weiteren ein Entwurf der Bebauungsplan-Änderung erstellt werden kann.

Zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Nahversorgungsbereich Golm“ wird nach dem Satzungsbeschluss der Abschluss des Genehmigungsverfahrens bis zur Jahresmitte angestrebt. Die weitere Entwicklung des Stadtteils, insbesondere die planerische Vorbereitung von ergänzenden Flächen für den Wissenschaftspark, begegnet aktuell deutlich formulierten Vorbehalten gegenüber einer Siedlungsausweitung, die zwangsläufig derzeitigen Randlagen ihre Offenheit zur Landschaft nimmt und die verkehrliche Belastung des Straßennetzes erhöht.

Für Groß Glienicke wird die Auswertung und Aufbereitung der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung zum Bebauungsplan „Potsdamer Chaussee“ weiter geführt und ein städtebaulicher Vertrag erarbeitet werden, ein zügiger Verfahrensabschluss wird angestrebt.

Entwicklungspotenziale in städtebaulich gut integrierten Lagen sollen u.a. auch durch die eingeleiteten Bebauungsplan-Änderungen „Am Horstweg“ und „Kirchsteigfeld“ ausgeschöpft werden.

**Pläne und Satzungen
zur städtebaulichen
Qualitätssicherung**

Im zurück liegenden Jahr besonders erfolgreich war die zielgerichtete Weiterführung des Bebauungsplans „Uferzone Griebnitzsee“ mit den zwei Phasen der Öffentlichkeitsbeteiligung sowie die Einbindung dieses und anderer Uferwegeplanungen in das Projekt „Uferwege“.

Im Jahr 2012 wird der rechtsverbindliche Abschluss dieses Bebauungsplanverfahrens vorbereitet. Damit soll die wichtigste Voraussetzung für die langfristig angestrebte dauerhafte rechtliche Sicherung eines durchgängigen öffentlichen Uferwegs geschaffen werden, auch wenn fraglos erneut mit rechtlichen Angriffen gegen den Bebauungsplan zu rechnen ist. Der Bebauungsplan wird dann Ausgangsbasis für die noch vorzunehmenden Umsetzungsmaßnahmen werden.

Auch für den Bebauungsplan „Trebbiner Straße/Am Silbergraben“, zu dessen Umsetzung bereits ein Bodenordnungsverfahren erfolgreich durchgeführt wurde, ist der Verfahrensabschluss vorgesehen.

Mit der Öffentlichkeitsbeteiligung zum Bebauungsplan „Hegemeisterweg“ soll die angestrebte städtebaulich geordnete Nachverdichtung der Eigenheimsiedlung weiter voran getrieben werden, um gut erschlossene innenstadtnahe Entwicklungspotenziale zu nutzen.

Ergänzend zu den Investitionsvorbereitungen im Bereich der Speicherstadt sollen über die Einleitung eines Planverfahrens für den südlichen Bereich um die historischen Speicheranlagen die noch möglichen Bestandsergänzungen geordnet und die Führung des öffentlichen Weges klar definiert gesichert werden.

Nach Auswertung bislang gewonnener Praxiserfahrungen ist in diesem Jahr eine Änderung der Werbesatzung Innenstadt beabsichtigt, mit der verschiedene Korrekturen im Regelungsrahmen vorgesehen sind.

Ein weiterer Handlungsschwerpunkt wird daneben auch die Umsetzungsunterstützung zum Klimaschutzkonzept sein, für die eine Finanzierung externer Gutachterleistungen in der aktuellen Haushaltplanung nunmehr absehbar ist.

Stadterneuerung - Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen

Die Vorbereitung und Durchführung von Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen sowie von integrierten Stadterneuerungsmaßnahmen in großen Wohnsiedlungen aus der DDR-Zeit stellt auch weiterhin ein zentrales Rechts-, Finanzierungs- und Steuerungsinstrument der Landeshauptstadt dar. Während die ersten Gesamtmaßnahmen (Soziale Stadt-Innenstadt, Waldstadt II) bereits abgeschlossen wurden, wird für die Gebiete „Holländisches Viertel“ und „Block 27“ erstmalig auch die Aufhebung der Sanierungs- bzw. Entwicklungssatzung vorbereitet. Da für diese Prozesse in der Landeshauptstadt und auch im Land Brandenburg kaum Erfahrungen vorliegen, sind erhebliche Anstrengungen für die Erarbeitung der formellen Schritte, des inhaltlichen und wirtschaftlichen Abschlussberichtes und der eigentlichen Abrechnung erforderlich.

Für die Gebiete „Kramnitz“ und „Glasmeisterstraße“ werden im 2. Halbjahr 2012 die Ergebnisse der vorbereitenden Untersuchungen vorliegen. Die Vorstudie zur Entscheidung über die Durchführung vorbereitender Untersuchungen für das „Thoma-Karree“ wird der Stadtverordnetenversammlung im 1. Halbjahr als Mitteilungsvorlage zur Kenntnis gegeben werden.

Insbesondere in den Stadterneuerungsgebieten, die keine Fördermittel mehr erhalten, stellen die Erhebung der Ausgleichsbeträge durch freiwillige Vereinbarungen und die indirekte Förderung durch Steuerabschreibungen nach § 7h EStG die entscheidenden Finanzierungsquellen öffentlicher Maßnahmen bzw. Impulsgeber privater Investitionen dar. Im Jahr 2012 wurden 130 Ausgleichsbetragsvereinbarungen abgeschlossen bzw. in 33 Fällen die Ausgleichsbeträge mit dem Verkauf der Grundstücke erhoben sowie für 27 Eigentümer Bescheinigungen und mit 7 Bauherren Verträge nach § 7h EStG erstellt.

Die Sanierungsmaßnahme ist in die Phase abschließender öffentlicher Investitionen und planungsrechtlicher Verfahren eingetreten. Der Bebauungsplan SAN – P 15 „Teilbereich Block 18“ lag erneut öffentlich aus. Der Bebauungsplan soll 2012 als Satzung beschlossen werden. Für das Einzelhandelsvorhaben „Luisenforum“ besteht Planreife. Die Realisierung dieses Vorhabens kann der Einkaufsinnenstadt einen erheblichen Impuls geben.

Die Gehwege in der westlichen Charlottenstraße wurden 2011 erneuert. In 2012 sollen der nördliche Gehweg der Charlottenstraße zwischen Dortustraße und Friedrich-Ebert-Straße und der südliche Gehweg zwischen Wilhelm-Staab-Straße und Friedrich-Ebert-Straße erneuert werden. Zudem ist der behindertengerechte Umbau der Haltestelle Charlottenstraße / Dortustraße geplant.

**2. Barocke
Stadterweiterung**

Aufgrund des Entfalls der Finanzierung aus dem Hauptstadtvertrag hat sich die Notwendigkeit ergeben, in der übergreifenden Förderkulisse Stadterweiterung Süd / Potsdamer Mitte die Finanzierungsplanung der öffentlichen Maßnahmen grundlegend zu überprüfen. Mit der deshalb notwendigen Umverteilung von Fördermitteln zugunsten der kommunalen Aufgaben im Umfeld des Landtages mussten die Erneuerungen der Spornstraße und der Bäckerstraße zeitlich verschoben werden.

Im Zuge der weiter fortgeschrittenen Gebäudesanierung hat sich die Zahl der potentiell für den Einzelhandel in der Einkaufsinnenstadt verfügbaren Gewerbeeinheiten von 420 auf 442 erhöht. Die Leerstandquote dieser Objekte beträgt ca. 8 %, ist aber nicht als strukturelles Problem zu bewerten. Gleichzeitig hat sich die Tendenz, mit der Sanierung zunächst entstandene Büroräume zu Wohnungen umzunutzen, fortgesetzt.

Holländisches Viertel

War das Jahr 2011 von der Strukturierung des Verfahrens zur Aufhebung der Sanierungssatzung gekennzeichnet, so wird dieser Prozess im laufenden Jahr umgesetzt. Dies erfordert besondere Aufwendungen für die Analyse, Aufbereitung und Kommunikation der planerischen, sozialen, wirtschaftlichen und förderrechtlichen Ergebnisse des ca. 20-jährigen Sanierungsverfahrens. Ein solcher Prozess ist bisher im Land Brandenburg ohne Beispiel. Der Abschlussbericht für die Sanierungsmaßnahme soll im III. Quartal 2012 fertiggestellt werden.

Wesentliche Arbeitsschritte schließen sich nach Aufhebung der Sanierungssatzung an. Dazu gehören die Erhebung der noch ausstehenden Ausgleichsbeträge gemäß § 154 Abs. 4 BauGB per Bescheid, die Übertragung noch im Treuhandvermögen befindlicher Grundstücke an die Stadt wie auch die Gesamtabrechnung gegenüber dem Fördermittelgeber.

Die Privatisierung von Liegenschaften aus dem Treuhandvermögen, beispielhaft an 2 Objekten in der Benkertstraße ablesbar, dokumentiert die nutzerorientierte Ausrichtung behutsamer Sanierung trotz der hohen Attraktivität, die mit den Sanierungserfolgen erreicht werden konnte.

Beschlussgemäß wird das städtebauliche Konzept für die Mittelstraße und die Benkertstraße im Sanierungsgebiet „Holländisches Viertel“ nach dem Tulpenfest umgesetzt.

Der Bebauungsplan SAN – P 12 „Blöcke 17 Nord und 23 Süd“ lag Ende 2011 öffentlich aus und soll 2012 als Satzung beschlossen werden.

Für die Bebauung neben der Französischen Kirche sind die baulichen Rahmenbedingungen festgelegt. Der Verkauf des Grundstücks an die PWG 1956 eG ist für März/April vorgesehen.

Block 27

Auch die Entwicklungsmaßnahme „Block 27“ ist in ihre Abschlussphase eingetreten. Im Jahr 2011 haben die unbebauten Grundstücke im Blockinnenbereich den Eigentümer gewechselt. Damit scheint eine langjährige Entwicklungsblockade ihr Ende gefunden zu haben. Der neue Eigentümer will 20 Reihenhäuser und 21 Wohnungen in Mehrfamilienhäusern errichten und hat sein Vorhaben dem Gestaltungsrat mit überwiegend positiver Resonanz vorgestellt.

Der Entwicklungsträger hat die unsanierten Gebäude aus dem Treuhandvermögen inzwischen privatisiert. Mehrere werden derzeit schon saniert.

Die formalen Schritte zur Aufhebung der Entwicklungssatzung sollen im Jahr 2012, dem Beispiel des Holländischen Viertels folgend, vorbereitet werden.

Die Aktivitäten im Sanierungsgebiet Potsdamer Mitte konzentrierten sich 2011 auf den Landtagsneubau, die Planung des Umfeldes des Landtagsneubaus sowie die Durchführung des Bieterwettbewerbs für die Grundstücke Havelufer / Alte Fahrt sowie an der Schwertfegerstraße.

Potsdamer Mitte

Das Vergabeverfahren für die Bebauung des Umfeldes des Landtagneubaus am Havelufer und an der Friedrich-Ebert-Straße begann im Herbst 2010. Im Januar 2011 folgte die zweite Phase des Verfahrens, im Mai/Juni 2011 lagen die endgültigen Angebote vor, der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zu den Kaufverträgen wurde im Dezember 2011 gefasst. Diese wurden überwiegend im 1. Quartal 2012 beurkundet.

Parallel zu dem Ausschreibungsverfahren für die Grundstücke wird der Bebauungsplan SAN-P 13 „Havelufer / Alte Fahrt“ aufgestellt, der im März/April 2011 öffentlich ausgelegen hat, um die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die zukünftige Bebauung am Havelufer herzustellen. Nach Vorliegen der Bebauungskonzepte erfolgte die Anpassung der Festsetzungen des Bebauungsplans, der von der Stadtverordnetenversammlung im Mai 2012 als Satzung beschlossen werden soll. Noch für 2012 ist die Durchführung eines landschaftsplanerischen Wettbewerbs zur Gestaltung der öffentlichen Promenade am Havelufer geplant.

Für den Landtagsneubau wurde im November 2011 das Richtfest unter großer Anteilnahme der Bevölkerung auf dem Alten Markt gefeiert. Eine weitere private Spende ermöglicht das Dach mit einer Kupfereindeckung herzustellen, wie sie das Stadtschloss historisch aufwies. Die Inbetriebnahme des Landtagsneubaus ist für den Herbst 2013 geplant.

Der Schwerpunkt der Aktivitäten im Sanierungsgebiet Potsdamer Mitte konzentriert sich 2012 auf die Qualitätssicherung bei der Realisierung der geplanten Bauvorhaben sowie die Herstellung der erforderlichen Erschließung der neuen Baufelder mit dem Bau der Humboldtstraße, der Durchführung der archäologischen Grabungen am Havelufer, sowie der Sanierung der Spundwand am Havelufer. Die geplanten Baumaßnahmen werden im Zusammenspiel mit der Landtagsbaustelle eine logistische Herausforderung sein.

Ebenfalls noch zu lösen ist die erforderliche Verlagerung des Theaterschiffs, dessen Veranstaltungsbetrieb insbesondere in die Nachtstunden hinein mit der angrenzenden neuen Nutzung nicht verträglich gemacht werden kann.

Die Hüllensanierung des Alten Rathauses wurde 2011 abgeschlossen. Gegenwärtig wird das Ensemble für die Nutzung des Potsdam Museums – Forum für Kunst und Geschichte umgebaut. 2012 kehrt das Potsdam Museum zurück an seinen Gründungsstandort.

Der Umbau und die Sanierung der Stadt- und Landesbibliothek haben im August 2010 begonnen. Die Fertigstellung aller baulichen Leistungen ist für Mitte 2012 vorgesehen, mit Ausnahme von noch erforderlichen Anpassungen im Fassadenbereich, die einen teilweisen Rückbau des Verbindungsbauteils zur Fachhochschule voraussetzen. Verhandlungen zur Gewährleistung dieser logistisch sehr anspruchsvollen Maßnahme laufen, sind jedoch bislang noch nicht in der Weise erfolgreich, dass die Schlussfolgerungen für die Eröffnung des Bildungsforums exakt terminiert werden könnten.

Erhebliche Bedeutung für die Entwicklung der Potsdamer Mitte kann das aktuelle Angebot von Herrn Prof. Plattner entfalten, eine Kunsthalle für die Stadt zu stiften. Nach seinen jüngst dokumentierten Vorstellungen kann dieses Angebot in der Weise umgesetzt werden, dass einer der wichtigsten öffentlichen Räume der Stadt, der Lustgarten, mit einer herausragenden öffentlich-wirksamen Funktion ausgestattet wird, wo derzeit noch privatwirtschaftliche Flächennutzung das Bild bestimmt. Die Einordnung einer solchen neuen Funktion ist ohne Zweifel mit erheblichen städtebaulich-architektonischen Herausforderungen verbunden, die qualitativ am besten über ein wettbewerbliches Verfahren ausgefüllt werden könnten. Zunächst ist jedoch sicherzustellen, dass der nachvollziehbare Anspruch eines weitgehenden Konsenses in der Stadt zu diesem Angebot erfüllt werden kann.

2012 wird der Bebauungsplan Nr. 1 „Neuer Markt / Plantage“ für das Areal des Langen Stalls, für das Grundstück Brock'sches Haus sowie für den Blockinnenbereich fortgeführt mit dem Ziel, neben der Sanierung des Brock'schen Hauses Planreife für Bauvorhaben wie die Bebauung des Grundstücks des Langen Stalls zu erlangen. Zum Finden der bestmöglichen baulich und wirtschaftlich realisierbaren Lösung für die angemessene Neuinterpretation dieser Flanke zur Plantage soll unter Einbeziehung der privaten Eigentümer des nördlichen Teilgrundstücks ein Wettbewerb durchgeführt werden.

Der Verein zum Wiederaufbau der Garnisonkirche hat 2011 ein temporäres Ausstellungs- und Andachtsgebäude auf dem Grundstück der Garnisonkirche errichtet, in dem die neue Ausstellung „Die Potsdamer Garnisonkirche – Fragmente und Perspektiven“ zu sehen ist. An der Südostecke des Turmes wurde ein Teilstück der Balustrade aufgestellt.

Im Bereich Schloßstraße / Friedrich-Ebert-Straße erfolgte der Abriss des Gebäudes der Wasserwirtschaft, wo 2011 mit dem Neubau der Synagoge begonnen werden sollte. Dazu kam es trotz vorliegender Baugenehmigung und gesicherter Finanzierung nicht. Damit verzögert sich die Entwicklung in diesem Bereich; Schlussfolgerungen aus der derzeit offenen Frage des Synagogenbaus können und sollten nicht gezogen werden, solange der aktuell durch das Land Brandenburg initiierte Klärungsprozess noch läuft

Gemäß dem Beschluss zur förmlichen Festsetzung des Sanierungsgebietes konzentrierten sich die Arbeiten auch im Jahr 2011 auf den Bereich zwischen Kellertorbrücke und Havel. Hier konnte nun der erste Abschnitt des Potsdamer Stadtkanals, der wieder dauerhaft mit Havelwasser gefüllt ist, im September der Öffentlichkeit übergeben werden. Auch die Außenanlagen sowie die Sicherung der historischen Brückenaufleger der Kellertorbrücke konnten realisiert werden.

2012 wird in diesem Sanierungsgebiet ein weiterer kleiner Teil der Stadtmauer nördlich des Kanals saniert. Für das wichtige öffentliche Wassergrundstück zwischen der Kellertorbrücke und Havel wird die Ufersanierung vorbereitet, und es soll im Frühjahr 2013 für Anwohner, Fahrrad- und Wassertouristen ganz neu zur Verfügung stehen.

Weitere Maßnahmen, wie der Neubau der Kellertorbrücke und die Herstellung weiterer Kanalabschnitte insbesondere als wesentliches Element bei der Wiederherstellung und Neugestaltung der Potsdamer Mitte, können aufgrund fehlender Finanzierung zunächst nur vorbereitend planerisch berücksichtigt werden.

So soll bei der Gestaltung des Raumes vor dem „Bildungsforum“ die räumliche Orientierung auf die künftige Wiederherstellung des Stadtkanals bereits berücksichtigt werden.

Im öffentlichen Raum wurde 2011 die Wollestraße nach historischem Vorbild erneuert.

2012 wird mit der Neugestaltung der Turnstraße und Müllerstraße begonnen werden.

Im Quartier an der Mühlenstraße / Neuen Straße wurde 2011 mit der Sanierung der Bestandsgebäude durch den Sanierungsträger Stadtkontor GmbH begonnen, die 2012 fertig gestellt werden. Auch mit der Sanierung bzw. Bebauung der durch Stadtkontor veräußerten Randgrundstücke (Neue Straße 8 und die Ecke Neue Straße / Mühlenstraße) wurde begonnen. Hier entstehen weitere Wohnungen z.T. mit preisgebundenen Mieten. Im Blockinnenbereich entstehen 6 Einfamilienhäuser, für die eine Bauherrengemeinschaft initiiert wurde. Damit dokumentiert sich der erfolgreiche Fortschritt der Sanierungsmaßnahme, vor allem mit ungebremster Nachfrage nach Wohnungsbaupotenzialen, auch in den Randbereichen des attraktiven Stadtteils.

2011 wurde die neue KITA mit 50 Plätzen in der Karl-Liebknecht-Straße 113 fertiggestellt. In der Spindelstraße 4 sind nach der Sanierung durch den Sanierungsträger Stadtkontor 5 mietpreisgebundene Wohnungen entstanden, die 2011 bezogen wurden.

2012 wird durch einen Investor in der Siemensstraße 20, 22 ein Neubauvorhaben mit 23 Wohnungen fertiggestellt werden und voraussichtlich mit einem weiteren Neubau in der Walter-Klausch-Straße begonnen werden, mit dem ca. 40 weitere Wohnungen entstehen werden.

Auch in der Großbeerenstraße wurde 2011 durch einen Investor mit dem Neubau von 11 Reihenhäusern begonnen, die 2012 bezogen werden.

Die Fortführung der Sanierungsmaßnahme „Schiffbauergasse“ erfolgt auch 2012 baulich vorrangig durch private Investitionen. Im Frühjahr soll mit dem Bau des Gewerbeobjektes (Boardinghouse) am Parkhaus begonnen werden. Mit der geplanten Sanierung der Villa Tummeley und Herstellung der historischen Gartenanlage soll ein weiterer historischer Bereich des Standortes wiederhergestellt werden.

**Babelsberg
Nord und Süd**

Schiffbauergasse

Im Zuge der Fortführung der Bauleitplanung werden Verdichtungspotentiale am Standort Schiffbauergasse eruiert, um die Grundlage für die Errichtung weiterer notwendiger Nutzungsbereiche, insbesondere für die Schaffung von Aufenthaltsqualität des Kulturzentrums zu schaffen.

Mit mehr als 1.000 Kulturveranstaltungen pro Jahr und ca. 300.000 Gästen sind Marketing- und Managementleistungen am Standort zu organisieren. Das Verfahren hierzu wird durch den Bereich Kultur derzeit neu ausgerichtet.

Stadterneuerung - Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen

Entwicklungsbereich
Bornstedter Feld

Bis zum Ende des Jahres 2011 konnten im Bornstedter Feld 3.700 Wohneinheiten für ca. 6.000 Menschen geschaffen werden. Parallel hierzu wurden wichtige Einrichtungen der sozialen Infrastruktur geschaffen, wie 301 Krippen- und Kindergartenplätze in 4 Einrichtungen und 153 Hortplätze in Zuordnung zur Karl-Förster-Grundschule.

Die dreizügige 2. Grundschule mit Hort an der Pappelallee für ca. 500 Schülerinnen und Schüler ist fertiggestellt und kann zum Schuljahreswechsel in Betrieb genommen werden. Zudem erfolgte die Standortentscheidung für eine weiterführende Schule, diese soll in der Roten Kaserne West gebaut werden. Aufgenommen wurden die Planungen für eine Kinder- und Jugendfreizeitstätte am Standort David-Gilly-Straße für 100 junge Menschen. Hierzu soll im Jahr 2012 ein Wettbewerbsverfahren unter Beteiligung der zukünftigen Nutzer durchgeführt werden.

Der Immobilienvertrieb sowie die Errichtung von Geschosswohnungsbauten wurden im Wirtschaftsjahr 2009 und Anfang 2010 von den Auswirkungen der Finanzkrise negativ beeinflusst. Mit dem Rückzug einiger Banken aus dem Bauträgersgeschäft hatten einige Investoren Schwierigkeiten, ihre Projektfinanzierung sicherzustellen. Aufgrund der zeitweisen Stagnation der Entwicklung haben sich die geplante Errichtung der Wohnungs- und Gewerbeimmobilien sowie die Herstellung der technischen und sozialen Infrastruktureinrichtungen zeitlich um ca. 4 Jahre verschoben. Die nun konzentriert anfallende Nachfrage kann dabei nicht bis zum bisher geplanten Abschluss der Entwicklungsmaßnahme im Jahre 2015 realisiert werden, sodass der Abschluss der Entwicklungsmaßnahme nun bis zum Jahr 2020 erfolgen soll. Aus den zeitlichen Verschiebungen der städtebaulichen Entwicklung haben sich zwangsläufig auch zeitliche Verschiebungen zur Umsetzung der begleitenden erforderlichen Maßnahmen der verkehrlichen, technischen und sozialen Infrastruktur ergeben.

Schwerpunktmäßig gilt dies für die Quartiere Kaserne Kirschallee, Gartenstadt Nord, Kaserne Pappelallee, Am Schragen und Rote Kaserne West sowie mit Einschränkungen für die Nedlitzer Kasernen, in deren Zusammenhang auch noch übergeordnete verkehrliche Maßnahmen wie beispielsweise der 2. BA Straßenbahn Nordost umzusetzen wären.

Die kürzlich vorgestellte Evaluierung der Entwicklungsmaßnahme zeigt durchgängig den großen Erfolg der durchgeführten Entwicklung und bestätigt eindrucksvoll, dass es richtig war, frühzeitig dieses rechtliche

Instrument einzusetzen. Im Ergebnis der Aktualisierung der Rahmenplanung Bornstedter Feld hat die Entwicklungsmaßnahme berechnete Aussichten, den heute prognostizierten Abschluss in 2020 sowohl bezüglich der Realisierung der Entwicklungsziele als auch der Refinanzierung der Entwicklungskosten zu erreichen.

Der positive Nachfragetrend nach Gewerbegrundstücken hat sich im Entwicklungsgebiet Babelsberg fortgesetzt; so konnten im Jahr 2011 vier Grundstücke für gewerbliche Ansiedlungen verkauft werden. Neben der Aktivierung der Gewerbeflächen wurde auch die Arrondierung und Erweiterung der Wohnbauflächen vorangetrieben. Die Initiierung der Baugemeinschaft in der Prager Straße ist mit dem Verkauf von fünf Grundstücken (von insgesamt 12) erfolgreich gestartet. Am Horstweg wurde mit Veräußerung eines Grundstücks für studentisches Wohnen mit ca. 80 WE die Entwicklung eines neuen Wohnstandortes eingeleitet. Die Erschließungssituation wurde durch den Straßenausbau Am Kleewall und den Straßenneubau in der Prager Straße verbessert.

Entwicklungsbereich
Babelsberg

Im Hinblick auf die starke Wohnungsnachfrage wird in den kommenden Jahren der Maßnahmenswerpunkt in der Entwicklung der planerisch gesicherten Wohnbauflächen liegen. Die gewerbliche Entwicklung konzentriert sich zunehmend auf die Gewerbeflächen zwischen Großbeerenstraße und Gartenstraße sowie auf das Maximum-Areal (ehemaliges Karl-Marx-Werk).

Folgende Maßnahmen sind für das Jahr 2012/2013 geplant:

- Weiterentwicklung des Medienstandortes auf dem Maximum-Areal durch Erweiterung und Intensivierung der Mediennutzung und durch eine Verbesserung der Erschließungssituation,
- Initiierung von Baugemeinschaften auf der Wohnbaufläche am Horstweg,
- Parzellierung und Vermarktung der Wohnbauflächen am Horstweg und von Mischgebietsflächen in der Heinrich-von-Kleist-Straße,
- Neuordnung der gewerblichen Baufläche im Bereich der Grünstraße,
- Erwerb weiterer Grundstücke, bei denen die Eigentümer nicht zu einer Entwicklung in der Lage oder bereit sind.

Stadterneuerung - Integrierte städtebauliche Maßnahmen in weiteren Stadtgebieten

Die Situation in den Potsdamer Erneuerungsgebieten in Plattenbauweise kann aufgrund der umfangreichen kommunalen Aufwertungsmaßnahmen i.V.m. den Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen der Wohnungswirtschaft als stabil bezeichnet werden; die Nachfrage am Wohnungsmarkt schlägt sich in allenfalls marginalen Leerständen nieder, die positive Entwicklung der Arbeitsplätze in der Stadt trägt ebenso positiv zur sozialen Situation bei. Wesentliche Grundlage dafür ist das Programm „Soziale Stadt“ mit seinem ausgeprägt integrativen Ansatz, der u.a. eine breite Einbindung der Bürgerinnen und Bürger wie im Fall der Gartenstadt voraussetzt und ermöglicht.

Wegen seiner hervorgehobenen Bedeutung wird das Projekt Gartenstadt Drewitz nunmehr als eigenständiger Abschnitt dieses Berichtes geführt. Dagegen entfällt die abgeschlossene Gesamtmaßnahme Waldstadt II (siehe Mitteilungsvorlage 11/SVV/0900).

Die bundesweite Kürzung der Städtebauförderung betrifft auch das Förderprogramm Soziale Stadt. Glücklicherweise war davon Potsdam wenig betroffen, da die Gesamtmaßnahme Stern/Drewitz auch von Landesseite prioritär betrachtet wird. Dank Umbewilligungen zugunsten von Stern/Drewitz gab es keine Einschnitte im Fördervolumen. Die Gesamtmaßnahme Schlaatz wird förderungstechnisch planmäßig auslaufen. Dadurch hatten die Kürzungen für Potsdam kaum Relevanz.

Neubaubereich Schlaatz

Seit dem Jahr 1997 erhielt der Schlaatz Zuwendungen aus den unterschiedlichsten Förderprogrammen. Die durch die Kommune realisierten Vorhaben im öffentlichen Raum wurden frühzeitig mit den ansässigen Wohnungsunternehmen abgestimmt, gekoppelt mit den durchgeführten Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen der Wohnungswirtschaft trugen diese zur sichtbaren Aufwertung und damit Stabilisierung des Stadtteils bei. Die „Schlaatz-Allianz“ der sozialen Träger und Einrichtungen hat sich weiter etabliert. Sie unterstützt und praktiziert nach wie vor die erforderliche Partizipationsarbeit vor Ort und ist ein überaus wichtiger Partner in der sozialen Stadtteilarbeit.

Der Schlaatz-Allianz kann künftig als Garant zur gewünschten Nachhaltigkeit und Partner für die Stadt eine wichtige Aufgabe im notwendigen Verstetigungsprozess in der Siedlung zukommen. Hierauf wird in einer gesonderten Mitteilungsvorlage zum Entwicklungskonzept vertieft eingegangen.

Zur Aufwertung des brach gefallenen Stadtteilzentrums wird erwartet, dass die Eigentümer der Immobilie des ehemaligen REWE – Marktes ihre baulichen Pläne standort- und umfeldgerecht sowie nutzerfreundlich umsetzen. Die Erwartung an eine zeitnahe bauliche Aufwertung, versehen mit Nutzungsergänzungen, richtet sich auch an die Eigentümer der weiteren Bestandsgebäude.

Gartenstadt Drewitz

Mit der Wahl einer 15-köpfigen Bürgervertretung wurde im vergangenen Jahr der wichtigste Schritt zur aktiven Bürgerbeteiligung im Drewitzer Stadtteil gemacht. Die Bürgervertreter haben nunmehr in allen Gremien, die die Planungen zur Gartenstadt begleiten, Stimmrecht. Um die Gartenstadtpläne vorzustellen, sie zu diskutieren und gemeinsam nach Lösungen zu suchen, führte die Stadt vier öffentliche Werkstätten durch, die im Ergebnis einen breiten Konsens zu den in diesem Diskussionsprozess intensiv diskutierten Maßnahmen herstellen konnten. Als Resultat daraus entstand ein am 25. Januar 2012 durch die SVV bestätigter Masterplan. Ein Beteiligungskonzept regelt im mehrjährigen Prozess zum Umbau zur Gartenstadt die Zusammenarbeit aller Akteure.

Die Umsetzung der Planungen zum künftigen Konrad-Wolf-Park soll im Sommer dieses Jahres mit einem feierlichen 1. Spatenstich erfolgen. Mit der schon im März erfolgten symbolischen Grundsteinlegung für die Stadtteilschule Drewitz gehen die beiden kommunalen Vorhaben in diesem Jahr in die Umsetzungsphase, beide werden mit der Bereitstellung von entsprechenden Fördermitteln realisiert. Für den zukünftigen

Stadtteilpark kommen EU – Mittel zum Einsatz, bei der Stadtteilschule werden die städtischen Mittel durch Gelder aus dem Programm „Soziale Stadt“ ergänzt. Beide Maßnahmen müssen im Jahr 2013 fertiggestellt und an die Nutzer übergeben worden sein.

Zeitgleich dazu wird die Klärung der Stellplatzsituation im nördlichen Stadtteil über ein notwendiges Bewirtschaftungskonzept erfolgen. Das städtische Wohnungsunternehmen, die PRO POTSDAM, beginnt im Mai des Jahres mit seinem Pilotprojekt, dem Umbau von 120 Wohnungen an der Konrad-Wolf-Allee / Guido-Seeber-Weg, hier kommen ebenfalls Fördermittel zum Einsatz. Besonderen Wert wird auf die Sozialverträglichkeit der Maßnahmen gelegt; hierzu ist ein Kooperationsvertrag mit der PRO POTSDAM abgeschlossen und eine eigentümerunabhängige Mieterberatung installiert worden. Die erforderliche Zusammenarbeit mit den anderen in Drewitz ansässigen Wohnungsunternehmen wird weiter ausgebaut, ggf. werden entsprechende Vereinbarungen zur weiteren Zusammenarbeit im langfristigen Umgestaltungsprozesses des Stadtteils getroffen.

Das Förderprogramm „Soziale Stadt, Stern - Drewitz“ bedient in der entsprechenden Kulisse zwei Stadtteile, neben Drewitz gehört auch der Stadtteil „Am Stern“ dazu. Eines der wichtigsten Vorhaben – der Campus am Stern – wurde Ende des vergangenen Jahres nach langjähriger Umgestaltung feierlich übergeben. Gymnasium, Grund- und Musikschule wurden umfangreich umgebaut, erhielten neue Frei- und Sportflächen, die auch von der Wohnbevölkerung genutzt werden. Die Gesamtmaßnahme bedeutet eine grundsätzliche Qualifizierung und Aufwertung nicht nur des Stadtteils, sondern des gesamten südöstlichen Sozialraums. Neue Projekte der Gesamtkulisse „Stern/Drewitz“ werden sich 2012 / 2013 weitgehend auf die Gartenstadt „Drewitz“ konzentrieren.

**übrige Förderkulisse
Stern - Drewitz**



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0471

Betreff:
Statusbericht Regionaler Wachstumskern Potsdam 2012

öffentlich

**bezüglich
DS Nr.:**

Erstellungsdatum 10.07.2012

Eingang 902: 11.07.2012

4/46

Einreicher: FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

22.08.2012 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung: Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Die Landeshauptstadt Potsdam ist als Regionaler Wachstumskern aufgefordert, den jährlichen Statusbericht an die Staatskanzlei zu geben, Abgabetermin war der 18. Juli 2012. Der Bericht besteht aus zwei Teilen: Dem Textteil (der die Entwicklung des RWK im Jahr 2011 beschreibt) und den Maßnahmebögen.

Die Maßnahme „Innovative Landeskultur“ wird nicht als prioritäre Maßnahme weitergeführt, die eher kleinteiligen Einzelprojekte können auch ohne RWK-Maßnahme umgesetzt werden. Es werden keine neuen Maßnahmen angemeldet, da noch drei Maßnahmen mit Konkretisierungs- und Prüfungsbedarf bestehen: Radverkehr/Radtourismus, Verlängerung der Wetzlarer Straße, Verlegung L78/79.

Aus vier Potsdamer „Zukunftsthemen“ sollten zukünftig konkrete neue Maßnahmen abgeleitet werden: Klimawandel und Energie / Nachhaltige Mobilität / Gesundheit und Wohnen / Bürgerbeteiligung.

Das Standortentwicklungskonzept (SEK) soll ab dem vierten Quartal 2012 fortgeschrieben werden, es kann vollständig aus der technischen Hilfe des EFRE finanziert werden.

Beratungsergebnis

Zur Kenntnis genommen:

Gremium:

Sitzung am:

zurückgestellt zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Büro der Stadtverordnetenversammlung

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Siehe Anlage



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Regionaler Wachstumskern
Landeshauptstadt Potsdam

Standortentwicklungskonzept

Umsetzung der Schlüsselmaßnahmen

Bericht an die Interministerielle
Arbeitsgruppe Integrierte
Standortentwicklung (IMAG)

Juli 2012

**Regionaler Wachstumskern
Landeshauptstadt Potsdam**

Standortentwicklungskonzept

Umsetzung der Schlüsselmaßnahmen
Bericht an die Interministerielle Arbeitsgruppe Integrierte Standortentwicklung (IMAG)

Koordination und Ansprechpartner:

Büro des Oberbürgermeisters
Dieter Jetschmanegg

Bereich Stadtentwicklung – Verkehrsentwicklung
Bernd Kahle, Erik Wolfram
stadtentwicklung@rathaus.potsdam.de

Wirtschaftsförderung
Stefan Frerichs, Mario Klünder
Wirtschaftsfoerderung@rathaus.potsdam.de

Stand: 18.07.2012

Inhalt

1. Daten Landeshauptstadt Potsdam 2011	4
2. Einleitung	5
3. Entwicklung des RWK Potsdam	5
Risiken und Herausforderung	6
Wirtschaftswachstum	7
Gewerbliche Entwicklung und Unternehmensinvestitionen	9
Konjunkturelle Situation	10
Arbeitsmarkt	12
Ausbildungsstellenmarkt	14
4. Entwicklung in den Clustern	16
Gesundheitswirtschaft	16
IKT, Medien und Kreativwirtschaft	16
Tourismus	19
Clusterübergreifende Handlungsfelder und Maßnahmen	21
5. Planungen und Projekte im RWK	24
Gewerbeflächensicherungskonzept der Landeshauptstadt Potsdam	24
Fortschreibung des Standortentwicklungskonzeptes	25
6. Zukunftsthemen	26
Klimawandel und Energie	26
Nachhaltige Mobilität	26
Gesundheit und Wohnen	27
Bürgerbeteiligung	28
7. RWK-Maßnahmen	28
Einzelmaßnahmen im Bereich des Potsdamer Niederungsbogens	28
Anlage: Prioritäre Maßnahmen / Maßnahmebögen	30

Der Statusbericht im Original besteht aus diesem Textteil und 10 einzelnen Maßnahmebögen. In den Bögen sind die Änderungen zum Bericht 2011 **markiert**.

1. Daten Landeshauptstadt Potsdam 2011

	2009	2010	2011	Veränderung zum Vorjahr
Einwohner (mit Hauptwohnsitz)	153.117	155.354	157.361	+2.007
Einwohner (mit Nebenwohnsitz)	6.334	6.296	6.233	-63
Ausländeranteil (%)	4,3	4,3	4,4	+0,1%-Pkte
Durchschnittsalter (Jahre)	42,0	42,1	42,2	+0,1Jahre
Bevölkerungsdichte (Einwohner / km ²)	818	829	839	+1 %
Geburten	1.635	1.735	1.656	-6 %
Todesfälle	1.341	1.353	1.351	0 %
Natürlicher Saldo	294	400	305	-24 %
Zuzüge	10.101	10.232	10.115	-1 %
Fortzüge	8.962	8.269	8.369	+1 %
Wanderungssaldo	1.139	1.963	1.746	-11%
Einpendler	44.036	45.151	45.955	+2 %
Auspendler	27.320	27.697	28.482	+3 %
Pendlersaldo	16.716	17.454	17.473	0 %
Arbeitslosenquote (Jahresdurchschnitt)	8,4%	8,3%	7,9%	-0,4%-Pkte
Gewerbebestand (Betriebe)	12.103	12.531	12.652	+0,8 %
Beschäftigtenstruktur	2009	2010	09/2011	
Soz.versicherungspflichtig Beschäftigte	72.899	74.737	77.756	+3,4%
Erwerbstätige (am Arbeitsort) gesamt	110.100			
davon produzierendes Gewerbe	6,9%			
davon Dienstleistung	92,6%			
Jugend und Bildung	2009	2010	2011	
Studierende	23.454	24.737	25.095	+1 %
Auszubildende	8.313	7.385	6.930	-6 %
Schüler	17140	17.549	18.322	+4 %
Wohnen*	2009	2010	2011	
Baufertigstellungen (Wohnungen)	815	1.219	627	-592
Baugenehmigungen (Wohnungen)	1.446	957	509	-448
Bauüberhang insges.	720	2.152	2.513	+361
Wohnungsleerstand	2,4%	2,5%	1,8%	-0,7 %-Pkte

* Stat. Landesamt Berlin Brandenburg

2. Einleitung

Mit dem vorliegenden Bericht wird die Entwicklung des Regionalen Wachstumskernes (RWK) Potsdam im letzten Jahr skizziert. Der Bericht besteht aus dem Textteil und den einzelnen Maßnahmebögen in der Anlage.

Im Kapitel 3 wird die Entwicklung des Regionalen Wachstumskernes skizziert. Dieser Teil ist in diesem Jahr – auch zur Vorbereitung der Fortschreibung des Standortentwicklungskonzeptes – etwas umfangreicher als in den Vorjahren.

Kapitel 4 stellt die wichtigsten Entwicklungen innerhalb der neuen „Cluster“ dar, die Basis der gemeinsamen Förderpolitik der Länder Brandenburg und Berlin sind. Sie ersetzen die bisherigen „Branchenkompetenzfelder“. Die relevanten Cluster für Potsdam sind „Gesundheitswirtschaft“, „IKT, Medien und Kreativwirtschaft“ und „Tourismus“.

Im Kapitel 5 werden kurz die für die wirtschaftliche Entwicklung besonders relevanten Planungen und Konzepte des RWK vorgestellt.

Im Kapitel 6 werden vier Zukunftsthemen benannt, deren Bedeutung weit über die Stadtentwicklung Potsdams hinausgeht und in den nächsten Jahren zunehmen wird. Im Rahmen des RWK-Prozesses geht es darum, aus diesen Themen konkrete prioritäre Maßnahmen zu entwickeln. Dieses soll auch Thema der Fortschreibung des Standortentwicklungskonzeptes sein, es zeichnen sich bei den unterschiedlichen Akteuren bereits erste Projektideen ab. Diese Themen sind:

- Klimawandel und Energie
- Nachhaltige Mobilität
- Gesundheit und Wohnen
- Bürgerbeteiligung

Das Kapitel 7 widmet sich den konkreten prioritären Maßnahmen. Der RWK schlägt 2011 keine neuen prioritären Maßnahmen vor, da die bereits vorgeschlagenen Maßnahmen noch nicht vollständig umgesetzt sind. Die Maßnahme „Innovative Landeskultur“ wird in seinen Einzelbestandteilen konkretisiert und umgesetzt, aber bis auf Weiteres nicht mehr als prioritäre Maßnahme benannt. Im Anhang finden sich die einzelnen Maßnahmebögen.

3. Entwicklung des RWK Potsdam

Die positive Entwicklung der Landeshauptstadt Potsdam hat sich auch im Jahr 2011 fortgesetzt. Es war ein Zuwachs von über 2.000 Einwohnern zu verzeichnen, überwiegend bedingt durch Zuwanderung. Aktuell sind 157.737 Bewohner mit ihrer Hauptwohnung in der Landeshauptstadt gemeldet (31.03.2012).

Auch wenn sich der positive natürliche Saldo durch den demografischen Wandel abschwächt, ist auch in den nächsten Jahren noch mit einem Geburtenüberschuss zu rechnen. Menschen ziehen immer dort hin, wo sie bessere Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe, passende Arbeitsangebote oder einen Platz für unternehmerische Aktivitäten finden. Und hier hat Potsdam offensichtlich einiges zu bieten. Wanderungsbewegungen zwischen den Regionen sind ein Indikator für die aktuelle Attraktivität einer Region, die insbesondere hinsichtlich der Verfügbarkeit von Arbeits- und Ausbildungsplätzen wie Magnete wirken. Signifikante Zuwanderungen kennzeichnen starke

und attraktive Regionen. Sie entwickeln Eigenschaften, sich in Krisenphasen durch eine relativ höhere Stabilität auszuzeichnen. Das ist auch für Potsdam festzustellen. Die Prognosen der Stadt sehen für 2020 rund 172.000 Einwohner und in 2030 rund 179.000 Einwohner, die in der Landeshauptstadt leben. Die aktuelle Bevölkerungsprognose des Landes ist noch deutlich positiver als die städtische Prognose: Sie geht von 176.000 Einwohnern in 2020 und 187.000 in 2030 aus.

Ein weiteres Wachstum der Bevölkerungszahl ist allerdings nur möglich, wenn auch der Wohnungsbau und die Entwicklung der Infrastruktur Schritt hält. Noch deutlich positiver als in der Vergangenheit ist die Zunahme von über 2.500 sozialversicherungs-pflichtig Beschäftigten im Jahr 2011 (vorläufige Zahlen).

Interessant ist die Betrachtung der Wanderungssalden der letzten fünf Jahre (2007-2011): Die Wanderungsgewinne betragen im Saldo im Jahr durchschnittlich 1.800 Personen, verteilt über alle Altersgruppen. Die größte Zuwanderungsgruppe waren Schüler, Studierende und Berufsanfänger (16-26 Jahre), knapp 1.000.

Die Zuwanderinnen und Zuwanderer kamen in den Jahren 2007-2011 im Saldo zu folgenden Anteilen aus

...dem Umland:	7%
...dem restlichen Brandenburg:	33%
...den neuen Bundesländern:	27%
...den alten Bundesländern:	22%
...Berlin:	5%
...aus dem Ausland:	6%

Damit waren 60% der neuen Potsdamer sind auch neue Brandenburger.

Während sich die Zahl der jüngeren Kinder in den Jahren bis 2020 kaum noch verändern wird, gehen die Prognosen von starken Zuwächsen bei Kindern im Grundschulalter (+1.900) und zwischen 12 und 16 (+1.800) aus. Damit verlieren die wichtigen Themen Krippe und Kindergarten tendenziell an Bedeutung, dafür verstärkt sich die Nachfrage nach Grundschul- und Hortplätzen.

Im Jahr 2011 und 2012 wird die städtische **Infrastrukturplanung** – im ersten Schritt mit einem Fokus auf die soziale Infrastruktur - noch genauer auf die zukünftige Bevölkerungsentwicklung abgestimmt, u.a. mit kleinräumigeren Prognosen und einer Analyse der Wege zu Schulen und Kitas.

➔ Weitere Informationen zum [Stadtentwicklungskonzept Wohnen](#) im Internet.

Risiken und Herausforderung

Einschätzungen darüber, inwieweit die Talsohle der Eurokrise bereits durchschritten ist, sind sehr unterschiedlich. Fest steht jedoch: Die Entwicklungen der Staatsfinanzen und ihre wirtschaftlichen Auswirkungen halten alle Beteiligten und Betroffenen, Regierungen, Zentralbanken und Finanzmarktakteure auch weiterhin gleichermaßen in Atem und die Sorgen um die Einheitswährung sind bei weitem nicht überwunden. Diese Entwicklungen haben sehr weitreichende Implikationen, bis in die kleinste Gemeinde.

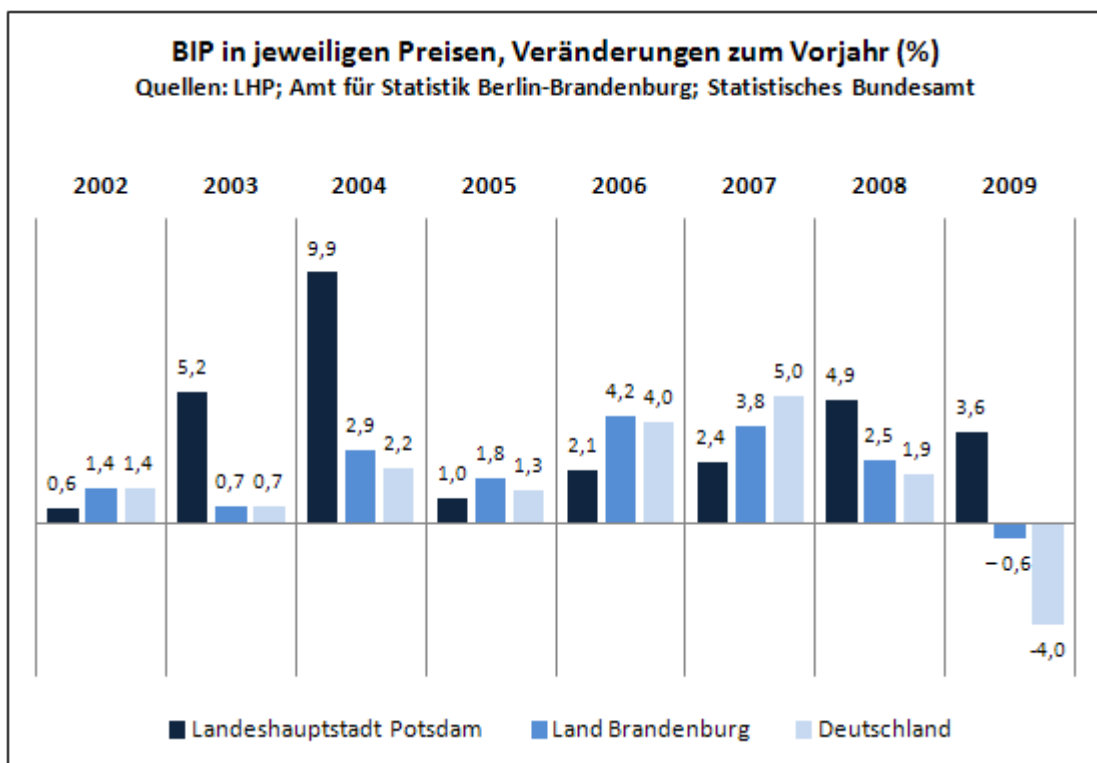
Neben diesen Risiken ist in den Gemeinden in Ostdeutschland das Jahr 2020 präsent. Es ist der Beginn einer neuen Ära - eine „Zeitenwende“. 2019 endet der Solidarpakt II. Zudem entwickelt sich der Mittelzufluss bis zu diesem Zeitpunkt stark degressiv und

wird die bereits angespannte Situation in vielen kommunalen Haushalten weiter verschärfen. Mit diesen gravierenden Veränderungen der „Architektur“ der öffentlichen Finanzen sind auch massive Einschnitte in den investiven Bereichen infolge rückläufiger Schlüsselzuweisungen verbunden, die eine neue „Statik“ der kommunalen Haushalte erfordern. Vor diesem Hintergrund hat die gezielte Förderung der Regionalen Wachstumskerne im Land Brandenburg eine enorme Bedeutung. Unter Beachtung der unterschiedlichen Ausgangssituationen und Entwicklungsziele in den Regionalen Wachstumskernen ist die Förderstrategie des Landes weiter zu gestalten und nach Möglichkeit orientiert an den Bedürfnissen des jeweiligen Standortes anzupassen, damit die betroffenen Städte und Gemeinden ihre Funktion als „Wachstumslokomotiven“ und Impulsgeber in ihren Regionen weiter erfüllen können und bis 2020 im nationalen Rahmen ihre Position verbessern können.

Potsdam muss dabei Schritt halten mit den Anforderungen an eine wachsende Stadt. Das ist weiterhin eine große Herausforderung. Auf diesem Weg sind fortgesetzt außerordentliche Anstrengungen vor allem beim Erhalt und Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur und beim Schließen von Engpässen im Zusammenhang mit der notwendigen Entwicklung und Bereitstellung von Gewerbeflächen und nicht zuletzt im Wohnungsbau erforderlich.

Wirtschaftswachstum

Im Zeitraum 2002 bis 2009 verzeichnete Potsdam durchgängig positive Wachstumsraten beim Bruttoinlandsprodukt. In dieser Periode betrug das durchschnittliche Wachstum 3,7 Prozent und lag damit recht deutlich über den Werten, die für Brandenburg (2,1%) und für Deutschland (1,6%) statistisch ermittelt wurden. (siehe Grafik 2)



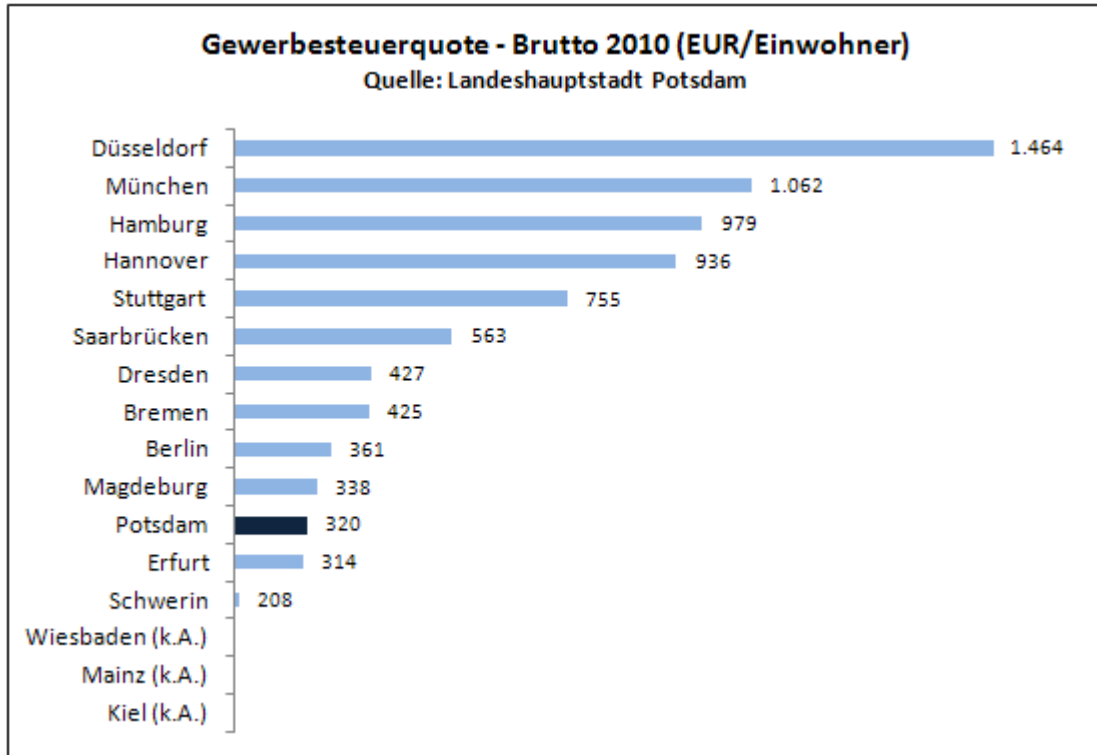
Grafik 1

Mit zuletzt rund 5 Mrd. EUR lag der Anteil der Landeshauptstadt am Bruttoinlandsprodukt des Landes Brandenburg bei 9,2 Prozent (2009). Die Statistiker haben festge-

stellt, dass sich die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise für das Land Brandenburg weniger deutlich in der wirtschaftlichen Entwicklung niedergeschlagen haben als in den meisten anderen Bundesländern. Dieser erfreuliche Tatbestand ist vor allem auf die Wirtschaftsleistung in den kreisfreien Städten Brandenburgs, also auch in Potsdam zurückzuführen.

Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 waren für Potsdam glücklicherweise nicht so gravierend wie für viele andere Standorte. Ursächlich ist das vor allem auf die sehr kleinteilige regional ausgerichtete Wirtschaftsstruktur zurückzuführen, die mit einem Industriesektor, der kein großes Gewicht hat, weitestgehend exportunabhängig ist. Das hat dann aber auch zur Folge, dass der Standort in Erholungs- und Aufschwungphasen vom Welthandel nicht in dem Maße profitiert wie Standorte mit einer hohen Exportkraft und anteilig vielen zyklischen Investitionsgüterherstellern. Der in Potsdam dominierende Dienstleistungssektor mit einer relativ geringen Produktivität kann das in diesen Phasen nicht kompensieren. Dennoch erwarten die Ökonomen für Potsdam mittelfristig ein Wachstum, das leicht über dem Bundesdurchschnitt liegt. Dabei wird auf die Chancen verwiesen, die mit der sogenannten Wissensgesellschaft und dem damit verbundenen Strukturwandel einhergehen.

Dennoch: Zieht man bundesweite Standortvergleiche heran, ist in vielen Bereichen unverändert ein großes Leistungs- und Wohlstandsgefälle zu konstatieren. So ist beispielsweise für 2010 festzustellen, dass Potsdam mit einer Gewerbesteuerquote von 320 EUR / Einwohner nur 36 Prozent der durchschnittlichen Gewerbesteuerquote der westdeutschen Landeshauptstädte (883 EUR/Einwohner, ohne Berlin) erreicht (siehe Grafik 2). Bei den Gemeindeanteilen an der Lohn- und Einkommenssteuer ist der Befund analog.



Grafik 2

Ausgehend von den bisherigen Ergebnissen sind die Aussichten wohl eher gering, dass die prognostizierten Wachstumsraten ausreichen, um strukturelle Schwächen überwinden zu können und Potsdam beispielsweise mit einer höheren Steuerkraft

dauerhaft von Transferleistungen unabhängiger zu machen und in die Nähe einer selbsttragenden Leistungsfähigkeit zu bringen. Auch hier wirkt sich die kleinteilige Wirtschaftsstruktur eher nachteilig aus, weil ihre Steuerkraft sehr limitiert ist.

Gewerbliche Entwicklung und Unternehmensinvestitionen

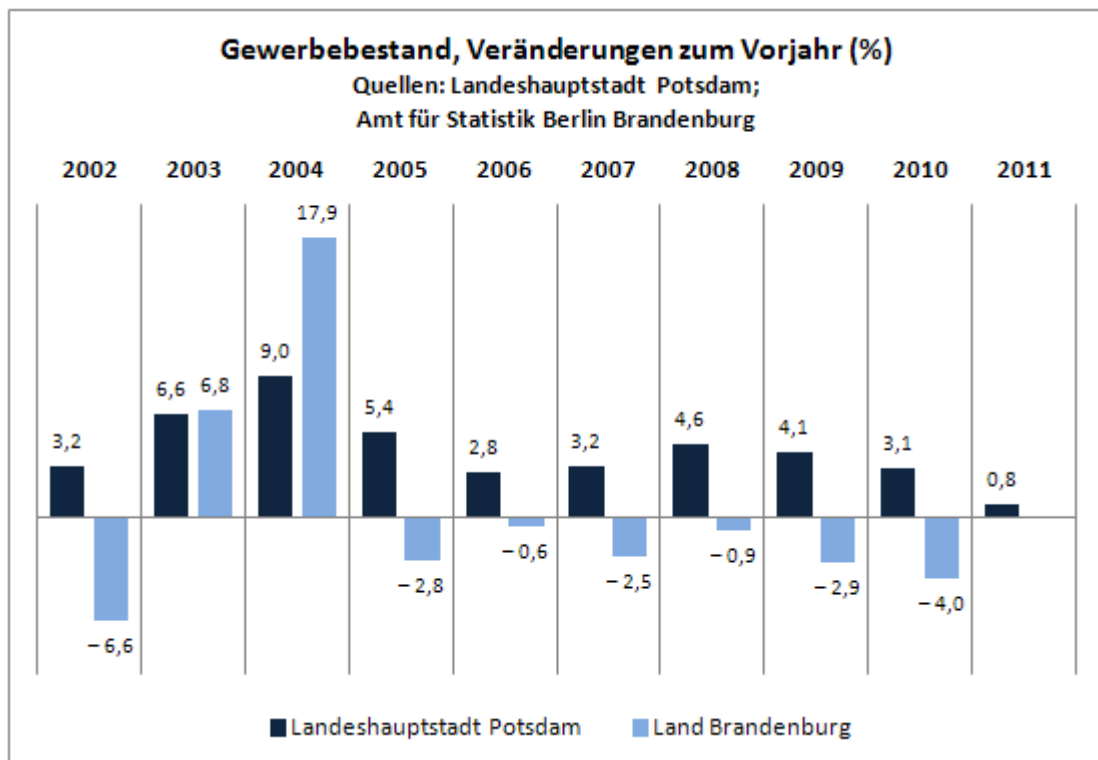
Für Investoren ist Potsdam unverändert ein sehr interessanter Standort. So haben 2011 beispielsweise allein 25 Unternehmen Investitionszuschüsse bei der Investitionsbank beantragt, um ihre Vorhaben mit einem Volumen von insgesamt rund 11,6 Mio. EUR in Potsdam realisieren zu können. Dadurch sollen rund 650 Arbeitsplätze gesichert werden und 250 neue Arbeitsplätze entstehen.

Aktuell werden Potsdamer Unternehmen zur Standortloyalität befragt. Die Untersuchungsergebnisse dieser repräsentativen Umfrage sollen im August 2012 vorliegen.

Seit 2001 betreuten und begleiteten die Zukunftsagentur und die Wirtschaftsförderung der Stadt 186 Firmenansiedlungen und Erweiterungsvorhaben in Potsdam.¹

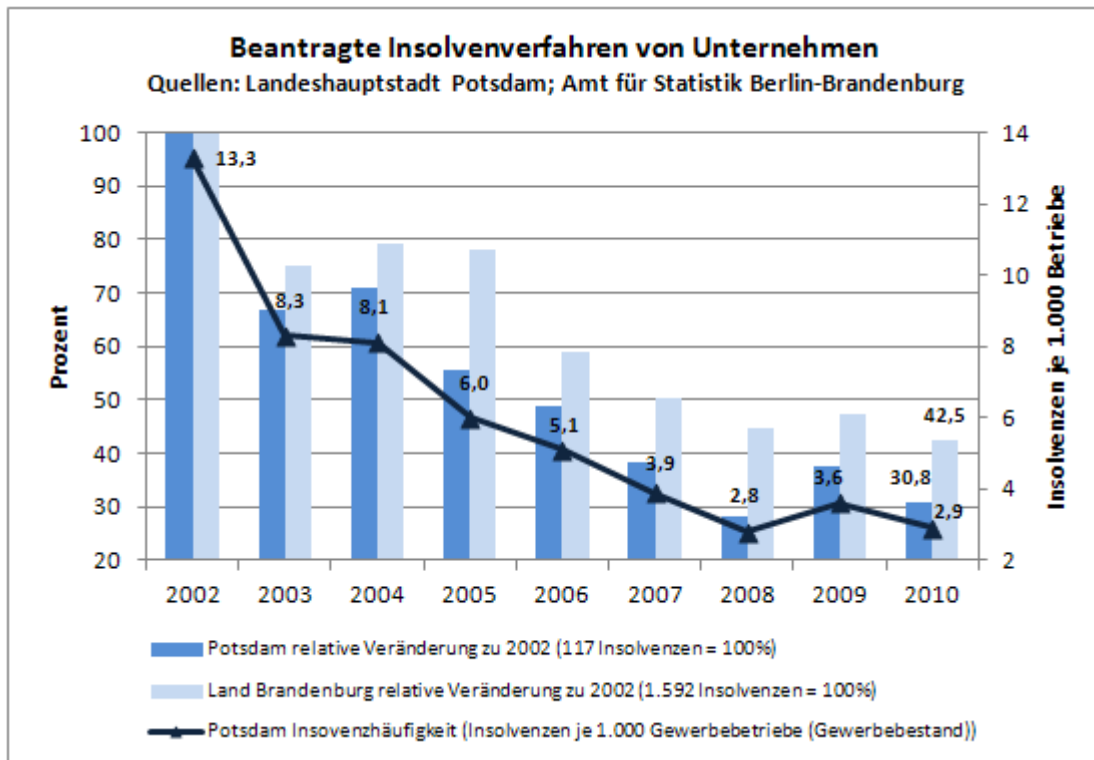
Der Gewerbegründungssaldo liegt in der Landeshauptstadt unverändert im Plus (siehe Grafik 3). Am Ende des 1. Quartals 2012 wurden in der Gewerbestatistik für Potsdam 12.719 Betriebe ausgewiesen.

Erfreulich ist auch, dass die Insolvenzanfälligkeit der Unternehmen zurückgegangen ist. Hier hat sich die Situation entspannt. Denn bei einem wachsenden Gewerbebestand ist ein signifikanter Rückgang der Insolvenzfälle zu beobachten (Siehe Grafik 4).



Grafik 3

¹ Märkische Allgemeine Zeitung, Wirtschaft und Soziales, S.7, 4. April 2012



Grafik 4

Konjunkturelle Situation

Handwerkskammer Potsdam - beste Stimmung seit zwölf Jahren unter den Handwerksbetrieben

Im ersten Quartal 2012 war die Stimmung unter den Potsdamer Handwerkern positiv wie nie zuvor. Mit 84 Prozent guter und befriedigender Geschäftslage wurde ein Spitzenwert der letzten zwölf Jahre in einer Frühjahrsumfrage erreicht. Fast die Hälfte aller Befragten (47 Prozent) beurteilt die aktuelle Geschäftslage als gut.

Knapp 20 Prozent aller befragten Handwerksbetriebe bezeichnen die Nachfrage nach ihren Produkten oder Dienstleistungen als überdurchschnittlich gut, 66 Prozent als durchaus normal. Die durchschnittliche Kapazitätsauslastung stieg gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 4 Prozent und liegt aktuell bei 76 Prozent. Wie im Vorjahr erreichte jeder fünfte Betrieb im zurückliegenden Quartal eine 100-prozentige Auslastung und damit die Grenze seiner Kapazitäten. Im Ausbaugewerbe spricht fast ein Drittel von voller Kapazitätsauslastung.

Das Konjunkturohoch spiegelt sich auch in einer stabilen Personalentwicklung wider. Drei Viertel aller Befragten konnten in den ersten drei Monaten des Jahres ihren Mitarbeiterstamm halten. Bereits zum zweiten Mal in Folge haben in einem ersten Quartal mehr Betriebe zusätzliches Personal eingestellt, als Betriebe Mitarbeiter entlassen mussten. Das ist einerseits Ausdruck der stabilen Konjunktur, andererseits versuchen Betriebe in Zeiten knapper werdender Fachkräfte gutes Personal zu halten.

Die Umsatzzahlen liegen ebenfalls im Aufwärtstrend. 20 Prozent der Befragten melden einen Umsatzplus, 29 Prozent mussten gesunkene Umsätze hinnehmen. Per Saldo ergibt sich ein Minus von 9 Prozentpunkten (Vorjahr: minus 19 Prozentpunkte). Die meisten Betriebe (69 Prozent) hoffen, die guten Ergebnisse des ersten Quartals halten zu können bzw. noch zu verbessern (24 Prozent).

Auch im zweiten Quartal 2012 sorgt das Handwerk für Zuversicht auf dem Arbeitsmarkt. 86 Prozent aller Befragten planen keinerlei Veränderungen ihres Personalbestandes. 11 Prozent beabsichtigen zusätzliche Mitarbeiter einzustellen. Um einem

langfristig drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken, bieten die Betriebe im Kammerbezirk auch in diesem Jahr Schulabgängern zahlreiche Ausbildungsplätze an, deren Besetzung jedoch zunehmend schwieriger wird. Zum 1. April befanden sich in der Internet-Lehrstellenbörse der Handwerkskammer Potsdam mehr als 800 freie Plätze in 71 verschiedenen Ausbildungsberufen.²

Industrie- und Handelskammer Potsdam - Unternehmen blicken recht zuversichtlich in die Zukunft

Die Unternehmen der Industrie- und Handelskammer trotzen den Euroturbulenzen und blicken recht zuversichtlich in die Zukunft. Nach einer leichten Steigerung gegenüber der Umfrage im Herbst 2011 erreichte der Geschäftsklimaindex lt. Frühjahrsumfrage den viertbesten Wert seit 2008.

Die Geschäftslage wird von mehr als der Hälfte (57,2 Prozent) der Potsdamer Unternehmen als gut bewertet. Generell geben die Dienstleistungsunternehmen die beste Lagebeurteilung ab. Sie sind weiter der Impulsgeber in der Region.

Insgesamt hat sich die Stimmung der Kammerunternehmen in allen Branchen aufgehellt. Eine Verbesserung ihrer Geschäftslage sehen 17,7 Prozent der Unternehmen in der Landeshauptstadt. 60,4 Prozent haben gleichbleibende Geschäftserwartungen. In den Energie- und Rohstoffpreisen wird unverändert ein Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen gesehen. Bauunternehmen und Handelsunternehmen sind wieder zuversichtlicher, nach eher pessimistischen Einschätzungen am Jahresanfang.

Erfreulich ist die Investitionsneigung der Potsdamer Unternehmen. Rund 74 Prozent der Unternehmen wollen weiter in gleichem Umfang wie bisher investieren. Fast ein Drittel der Unternehmen (32,5 Prozent) will die Investitionen sogar erhöhen. Weil Investitionsabsichten ein sehr aussagefähiger Frühindikator für die künftige Konjunktur-entwicklung sind, können wir eine stabile Geschäftsentwicklung für unsere Region erwarten.

Dies gilt auch für die Personalplanung. Hier liegen die Potsdamer Unternehmen über dem Kammerwert. 38,2 Prozent der Betriebe beabsichtigen mehr Personal einzustellen und 45,9 Prozent wollen ihre Belegschaft halten.³

Baubranche profitiert von konjunkturunterstützenden Maßnahmen der Stadt – Zukunftsinvestitionen in die Bildungsinfrastruktur

Ihr mittelfristiges Bauprogramm legte die Landeshauptstadt schwerpunktmäßig auf die Jahre 2010 und 2011 mit dem Ziel, die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise im Interesse der regionalen Baubranche dadurch möglichst zu kompensieren.

Konjunkturprogramm II 2010 bis 2011

Im Rahmen dieses Programmes investierten Bund, Land und Landeshauptstadt Potsdam 59 Mio. EUR, davon 48 Mio. EUR aus dem Konjunkturprogramm II (KP-II). dadurch konnten 17 Vorhaben realisiert werden. Rund 84 Prozent der Aufträge erhielten Unternehmen aus der Region. Größte Einzelvorhaben waren der Neubau der Mehrzwecksporthalle am Luftschiffhafen, die Sanierung des Klinikums „Ernst von Bergmann“ und des Karl-Liebnecht-Stadions (8 Mio. EUR KP-II) sowie Maßnahmen im Rahmen des Ganztagseschulprogramms. Der Kommunale Immobilienservice der Landeshauptstadt erhielt 11,5 Mio. EUR aus dem KP-II, die für die Sanierung in den Berei-

² Vgl. Konjunkturbericht, Frühjahr 2012, Handwerkskammer Potsdam

³ Vgl. Frühsommerumfrage der Industrie- und Handelskammer Potsdam, 1. Juni 2012

chen Schulinfrastruktur, Kita/Hort-Erweiterungen, Sporthallen-Renovierung und Sanierung von Kultureinrichtungen eingesetzt wurden.⁴

Bilanz 2011

Das Gesamtvolumen der Investitionen, die der Kommunalen Immobilienservice 2011 realisierte, lag bei 47,5 Mio. EUR. Investiert wurde in 20 Bestandsschulen (26,4 Mio. Euro), 13 Kindertagesstätten (6,8 Mio. EUR) und im Kulturbereich (13,6 Mio. EUR). Kern der Investitionen in den Schulen war die Modernisierung und energetische Sanierung. Ein besonderes Highlight war die Fertigstellung der Schulanlagen am Campus Stern mit dem Einzug der Musikschule Johann-Sebastian-Bach in den fertiggestellten Komplettumbau. Auch in den Kitas wurden umfangreiche Sanierungsarbeiten geleistet, insbesondere im Bereich der Brandschutz- und energetischen Sanierung. Bei den Kultureinrichtungen der Landeshauptstadt Potsdam waren 2011 der Umbau und die Sanierung des BildungsForums mit 7,4 Mio. Euro und der neue Museumsstandort Altes Rathaus mit 6,2 Mio. Euro die zentralen Projekte.

Jahresprogramm 2012

Kernpunkte im Jahresprogramm 2012 sind für den Kommunalen Immobilienservice die Fertigstellung des BildungsForums Ende des Jahres und des Potsdam Museums am Standort Altes Rathaus im August 2012. Insgesamt sieht die Investitionsplanung 2012 Gesamtinvestitionen von 60,8 Mio. EUR vor. Der primäre Fokus der Aktivitäten liegt wie schon in den letzten Jahren auf der nachhaltigen Sanierung der Schul- und Kitainfrastruktur. Die wichtigsten Projekte sind die Investitionen in den Campus Kurfürstenstraße (9,8 Mio. Euro), die Sanierung und Schulerweiterung des Gymnasiums Haeckelstraße (3,1 Mio. Euro) und der Umbau der Grundschule am Priesterweg zur Stadtteilschule (2,6 Mio. Euro) sowie der Planungsbeginn für die Gesamtschule im Bornstedter Feld.⁵

Planung 2012 - 2015

Mittelfristig will die Landeshauptstadt über ihren Kommunalen Immobilienservice von 2012 bis 2015 ein Investitionsvolumen von über 110 Mio. EUR realisieren. Schwerpunkt mit allein 92,5 Mio. EUR ist die Bildungsinfrastruktur. Dabei entfallen 78,6 Mio. EUR auf Schulen und 13,9 Mio. EUR auf Kindertagesstätten. 62,8 Mio. EUR werden über Kreditaufnahmen finanziert und über Mietzahlungen der Landeshauptstadt refinanziert.⁶

Damit fungiert die Landeshauptstadt mit ihrem Eigenbetrieb Kommunalen Immobilienservice auch weiterhin als Auftraggeber und wichtiger Wachstumsmotor für die regionale Wirtschaft.⁷

Arbeitsmarkt

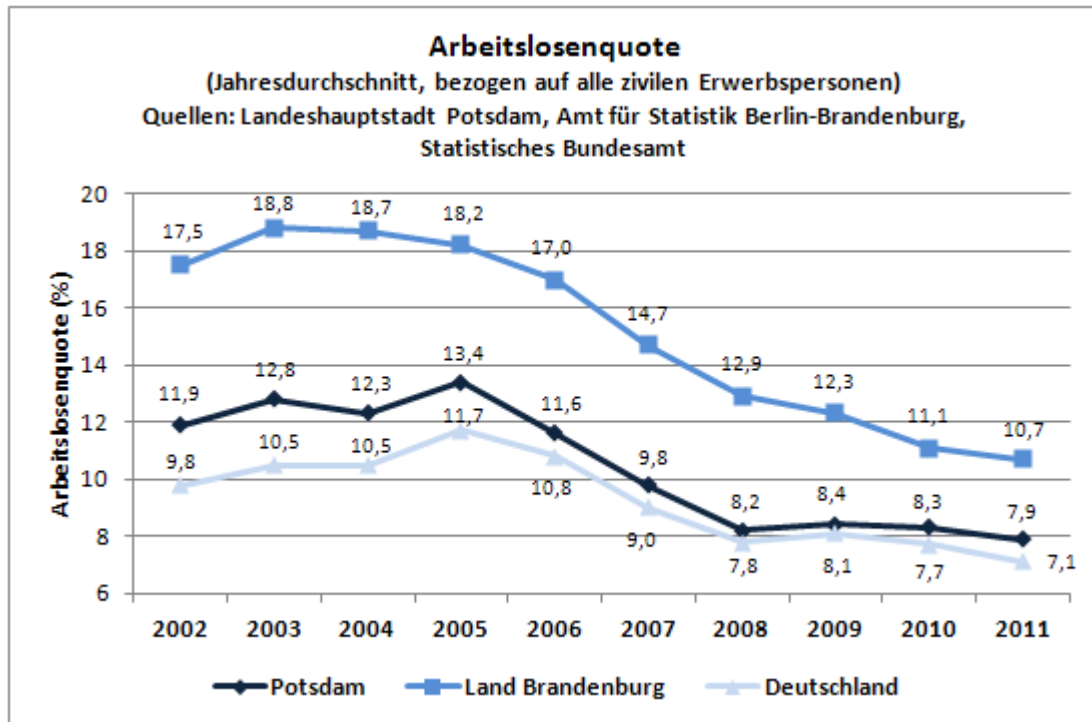
Diese positiven Entwicklungen finden auch in den Potsdamer Arbeitsmarktstatistiken ihren Niederschlag. Mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 7,9 Prozent im Jahr 2011 wurde für die Stadt ein historischer Tiefstand erreicht (siehe Grafik 5).

⁴ Vgl. Pressemitteilung der Landeshauptstadt Potsdam, Nr. 812, 20.12.2011

⁵ Vgl. Pressemitteilung der Landeshauptstadt Potsdam, Nr. 829, 28.12.2011

⁶ Vgl. Pressemitteilung der Landeshauptstadt Potsdam, Nr. 216, 05.04.2012

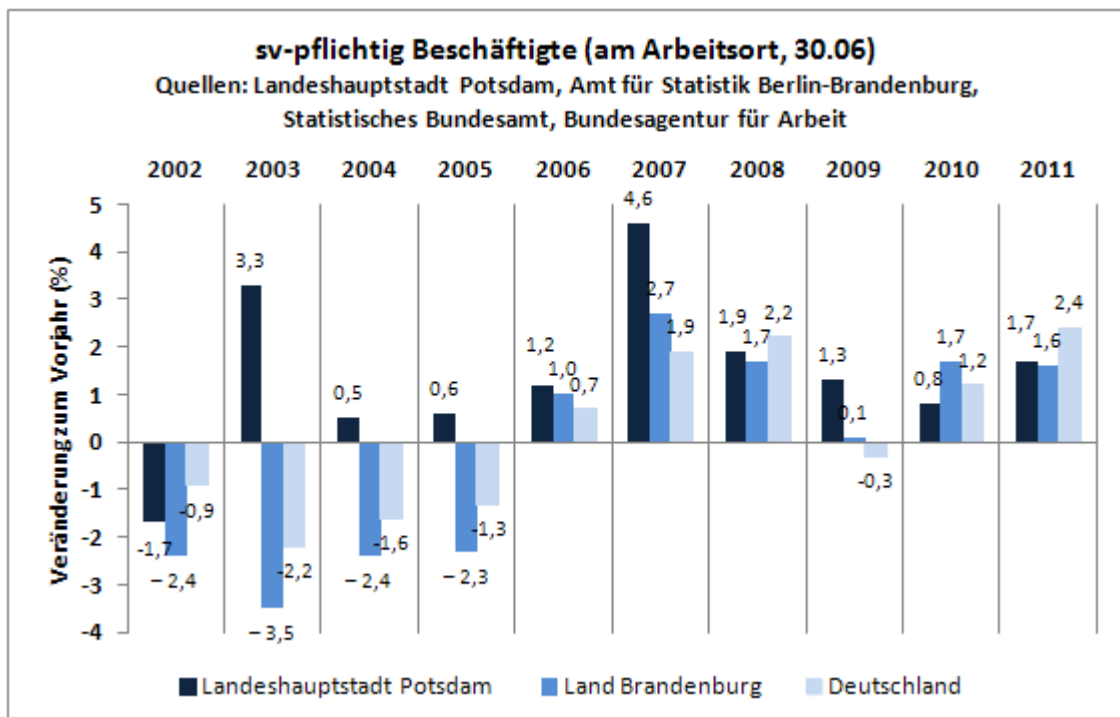
⁷ Lt. Vergabestatistik der Landeshauptstadt Potsdam (2009) wurden 89 Prozent der Aufträge (VOB) bzw. 83 Prozent des gesamten Auftragswertes (VOB) an Unternehmen in Berlin/Brandenburg einschließlich Potsdam vergeben. Alleine auf Potsdamer Unternehmen entfielen 25 Prozent der Aufträge (VOB) bzw. 30 Prozent des gesamten Auftragswertes (VOB)



Grafik 5

Für den Monat Mai 2012 meldete die Arbeitsagentur 6.333 Arbeitslose und eine Quote von 7,5 Prozent.

Seit Jahresbeginn ist die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes weiter gewachsen. Für Potsdam wurden der Agentur in den ersten fünf Monaten 1.643 sozialversicherungspflichtige Arbeitsstellen gemeldet. Im Mai waren 841 Arbeitsstellen im Bestand.



Grafik 6

Dennoch kann nicht für alle Bereiche ein optimistisches Bild gezeichnet werden. Kritisches zu sehen ist die hohe Zahl der Langzeitarbeitslosen, die von Januar bis April ge-

stiegen ist und im Mai 2012 mit 3,2 Prozent über dem Vorjahreswert liegt. Ein weiteres Problem ist der hohe Anteil der abhängig Erwerbstätigen, die Arbeitslosengeld-II beziehen (sog. „Aufstocker“), der bei rund 30 Prozent liegt, bezogen auf die Gesamtzahl der erwerbsfähig Leistungsberechtigten.⁸

Zuversichtlich stimmen dagegen die Entwicklungen im Bereich der „Unterbeschäftigung“. Hier ist die Zahl der Betroffenen in den zurückliegenden 12 Monaten in Potsdam um 640 Personen zurückgegangen.

Erfreulich entwickelte sich auch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Neun Jahre in Folge ist die Beschäftigtenzahl gewachsen (Grafik 6).

77.756 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte gab es im September 2011 in Potsdam. Das ist ein Zuwachs von 12.413 Beschäftigten seit 2002. Für 2020 werden rund 87.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte prognostiziert.

Ungeachtet der unmittelbaren Nachbarschaft zur Metropole Berlin hat die Landeshauptstadt Potsdam mit ihrem Arbeitsplatzangebot eine große Anziehungskraft, die in das Umland ausstrahlt. Der Einpendlerüberschuss, den die Stadt unverändert aufweist, ist zudem ein Indikator für ihre Wirtschaftskraft. 2010 lag die Einpendlerquote in Potsdam bei 163 (163 Einpendler je 100 Auspendler).

Ausbildungsstellenmarkt

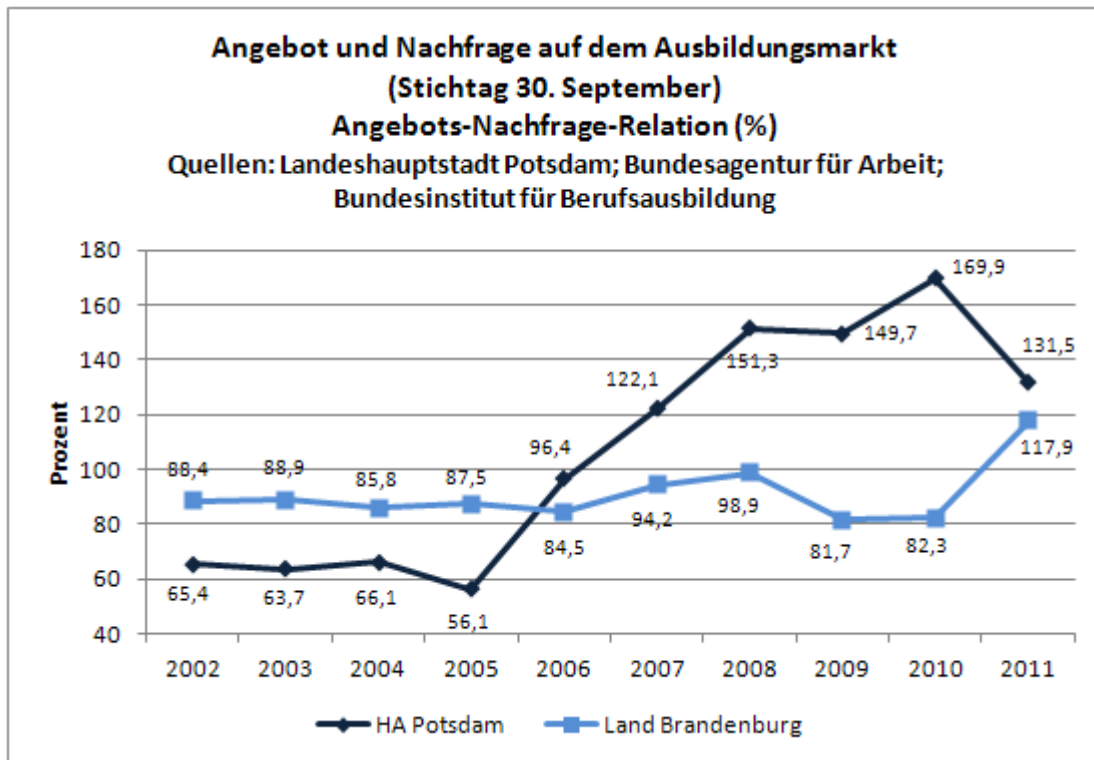
Bis 2007 hat in Potsdam das Angebot nicht ausgereicht, um die gemeldeten Bewerber hinreichend mit Berufsausbildungsplätzen versorgen zu können. In den Folgejahren drehte sich die Situation. Jetzt hatten die Ausbildungsbetriebe große Probleme, die gemeldeten Ausbildungsplätze besetzen zu können. Quantitativ ist der Abstand zwischen den gemeldeten Berufsausbildungsstellen und Bewerbern 2011 wieder leicht geschrumpft. In Potsdam kamen auf 132 gemeldete Ausbildungsplätze 100 Bewerber. Landesweit waren es 118 Ausbildungsplätze je 100 Bewerber⁹, siehe Grafik 7.

Eine leichte Entspannung könnte sich abzeichnen, wenn man die Entwicklung der Schulabgängerzahlen bis 2020 betrachtet. Nach Berechnungen¹⁰ ist bis 2011/12 ein sehr deutlicher Rückgang der Abgänger in allen Schulformen zu verzeichnen. Danach beginnen die Abgängerzahlen wieder zu steigen. Dabei kommt Potsdam am Ende des Betrachtungszeitraumes wieder in die Nähe des Ausgangsniveaus. Dadurch werden auch wieder mehr Schulabgänger auf den Berufsausbildungsmarkt drängen, siehe Grafik 8.

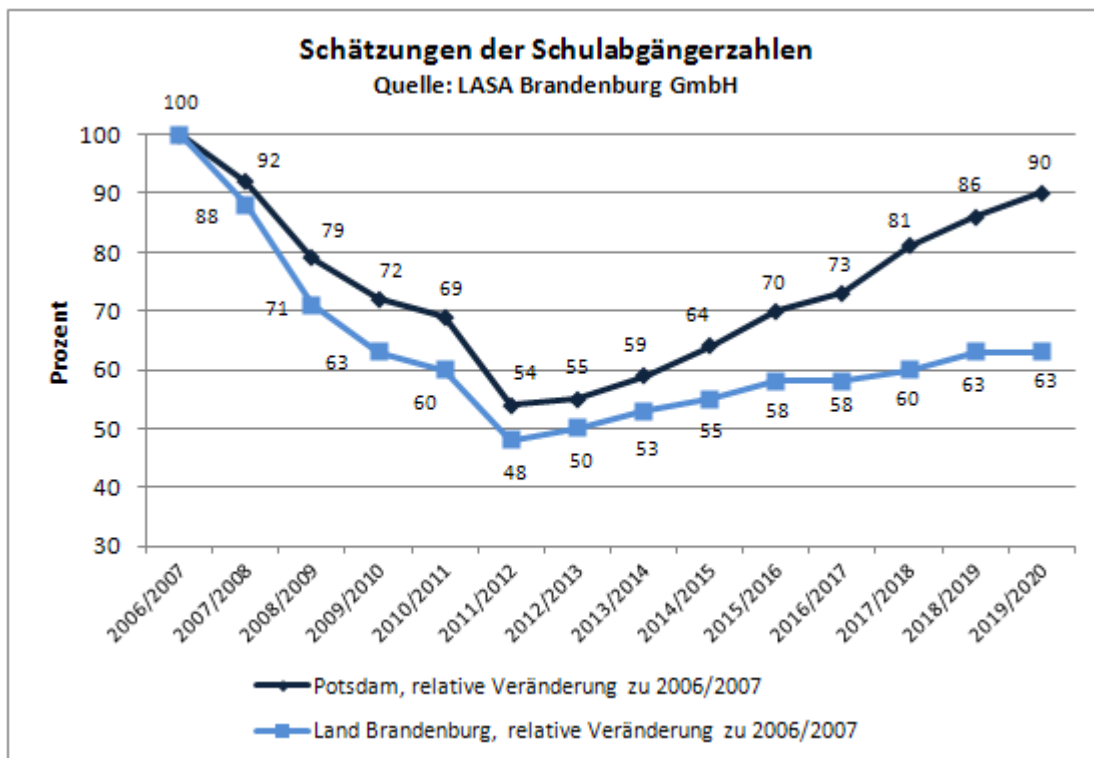
⁸ Letzte Berechnung im Oktober 2011: 3.342 abhängig erwerbstätige AlgII-Bezieher; 11.048 erwerbsfähige Leistungsberechtigte; Jahresdurchschnitt: 2010=29%; 2009=28%; 2008=26%, Quelle: Bundesagentur für Arbeit

⁹ Grundlage der Einschätzung sind die bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Ausbildungsplätze und Bewerber. D. h., es kann kein Rückschluss auf die Gesamtsituation des Ausbildungsstellenmarktes gezogen werden.

¹⁰ Berechnungen der Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg GmbH



Grafik 7



Grafik 8

4. Entwicklung in den Clustern

Gesundheitswirtschaft

Wissenschaftspark Potsdam - Golm

Im Wissenschaftspark Potsdam - Golm gab es auch im Berichtszeitraum eine Vielzahl an Entwicklungen, die in ihrer Summe die Dynamik des Standortes und der dort bearbeiteten Themen widerspiegeln.

Im Rahmen der infrastrukturellen Entwicklung wurde im Juni 2011 eine Kindertagesstätte mit 120 Plätzen und bilingualem Profil sowie im April 2012 ein Studentenwohnheim mit 200 Plätzen eröffnet. In Kürze ist zudem mit dem Baubeginn für ein Nahversorgungszentrum zu rechnen. Im März 2012 wurde dafür der Bebauungsplan Nr. 29 durch die Stadtverordnetenversammlung als Satzung beschlossen. Mit bauvorbereitenden Maßnahmen wurde bereits begonnen

Sowohl auf dem Universitäts-Campus als auch im Wissenschaftspark gab es räumliche Erweiterungen. So eröffnete im November 2011 das neue Informations-, Kommunikations- und Medienzentrum (IKMZ) der Universität am Standort Golm. Im Dezember 2011 erfolgte die Grundsteinlegung für ein Drittmittelzentrum der Universität, das im Jahr 2013 fertiggestellt sein soll. Im Wissenschaftspark wurde das Fraunhofer Institut für angewandte Polymerforschung durch einen Anbau erweitert. In dem Neubau soll ein Anwenderzentrum für Polymer-Nanotechnologien eingerichtet werden.

Um eine kontinuierliche Weiterentwicklung des Wissenschaftsparks Golm zu ermöglichen, wurden mit dem Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 129 durch die Landeshauptstadt Potsdam erste planungsrechtliche Schritte für eine Erweiterung des Standortes unternommen. Durch diesen Bebauungsplan sollen mittel- bis langfristig ca. 10 ha zusätzliche Ansiedlungs- und Gewerbeflächen bereit gestellt werden.

Eine wichtige Voraussetzung für die kontinuierliche und erfolgreiche Entwicklung des Standortes ist die Arbeit des *Standortmanagements*. Durch das gemeinsam von Anrainern, Land und Stadt getragene Standortmanagement werden zentrale und übergeordnete Aufgaben wie z.B. die Standortkommunikation und –vermarktung oder die Initiierung und Begleitung von Entwicklungsvorhaben wahrgenommen. Nach dem Auslaufen der bisherigen Förderung zum 31.12.2011 ist es gelungen, für das Standortmanagement eine Folgefinanzierung zu finden. Mit deutlich erhöhten Finanzierungsbeiträgen der Anrainer und der Landeshauptstadt Potsdam ist die Arbeit des Standortmanagements nun bis zum Jahr 2014 gesichert.

Um die Ansiedlung von weiteren Unternehmen und Institutionen am Standort zu befördern, ist es beabsichtigt, im Zeitraum 2012/13 im Rahmen einer Vermarktungsoffensive bestehende und entstehende Flächen- und Ansiedlungspotentiale aktiv zu bewerben. Durch diese Kampagne - voraussichtlich mit Mitteln der Europäischen Union aus dem EFRE-TH 2011-2013 (Technische Hilfe) finanziert - sollen Eigennutzer und Investoren für den Standort gewonnen werden.

Zum Thema „Gesundheit und Wohnen“ als Zukunftsthema im Bereich Gesundheitswirtschaft s. Kapitel 7.

IKT, Medien und Kreativwirtschaft

Medienstadt II

Im Auftrag der Landeshauptstadt wurden 2010 verschiedene Varianten zur Entwicklung eines Ergänzungsstandortes für die Medienstadt Babelsberg (Medienstadt II) un-

tersucht¹¹ und anschließend weiter verfolgt. Ein Erwerb der Flächen durch die Stadt bzw. eine städtische Gesellschaft lässt sich mit Blick auf die Haushaltssituation der Landeshauptstadt und die fehlende finanzielle Beteiligung des Landes allerdings nicht realisieren.

Die IDI – Entwicklungsgesellschaft für Investitionen mbH - ist für eine Entwicklung des Maximum-Geländes tätig, die eine Nutzung des Standortes durch Medienunternehmen eröffnen soll. Dies geschieht in enger Abstimmung mit der Stadtverwaltung, dem Entwicklungsträger Stadtkontor, der Studio Babelsberg AG sowie verschiedensten Akteuren aus dem Bereich der Medienwirtschaft.

Durch die Stadtverwaltung wurden mit den betroffenen Partnern (Projektentwickler, Studio Babelsberg AG, ansässige Unternehmen) Abstimmungen zur Klärung der Straßenerschließung des Standortes geführt. Die einvernehmlich gefundene Lösung sichert die langfristige straßenseitige Erschließung des Entwicklungsgebietes und berücksichtigt gleichzeitig die Belange der Studio Babelsberg AG (Schutz während laufender Dreharbeiten). Die Verpflichtung zum Bau der Erschließungsstraßen liegt gemäß städtebaulichem Vertrag beim Eigentümer Maximum.

Die Studio Babelsberg AG hat sowohl gegenüber dem Projektentwickler als auch gegenüber der Stadt Interesse am Erwerb bzw. der Nutzung des gesamten Maximum-Geländes geäußert. Im Auftrag der Stadt wurde im Rahmen des o.g. Entwicklungskonzeptes Medienstadt II ein Verkehrswertgutachten beauftragt, das von den Beteiligten als Grundlage für weitere Verhandlungen akzeptiert wird.

Parallel dazu wurden auch die Rahmenbedingungen für eine Verlagerung der Außenkulisse „Berliner Straße“ auf das Gelände der künftigen Medienstadt II zwischen der Studio Babelsberg AG, der Stadtverwaltung und dem Vertreter des Eigentümers abgestimmt (z.B. planungsrechtliche Belange, Fragen der Baugenehmigung, Grundstück). Damit sind – für den Fall, dass eine Film-Großproduktion gesichert werden muss - wesentliche Voraussetzungen für eine kurzfristige Verlagerung der Kulisse auf Flächen südlich der von der Studio Babelsberg AG bereits genutzten Hallen geklärt.

Medienstadt Babelsberg

Neben der Entwicklung der Medienstadt II als Standort für flächenintensive und produktionsorientierte Mediennutzungen müssen im Kernbereich der Medienstadt, insbesondere im Bereich zwischen der Marlene-Dietrich-Allee und der Stahnsdorfer Straße, Flächen für die Ansiedlung von kleinen und mittleren Medienunternehmen gesichert werden. In diesem Bereich, der im Bebauungsplan als Mischgebiet ausgewiesen ist, soll sichergestellt werden, dass mindestens 50 Prozent der Flächen für eine gewerbliche Mediennutzung zur Verfügung stehen. Entsprechende Gespräche dazu wurden mit der Eigentümerin der Flächen, der Filmpark Babelsberg GmbH, bereits geführt. Erwartet wird ein entsprechendes Nutzungskonzept.

Projekt Medienstadt Babelsberg Digital (D-Werft)

Ein wesentliches strategisches Ziel, das sich aus dem 2009 erarbeiteten „Entwicklungskonzept Medien“¹² ableitet, ist die Erschließung neuer Wachstumsfelder im Zusammenhang mit den großen Möglichkeiten der Digitalisierungstechnologie. Ange-

¹¹ Konzept zur Sicherung und Entwicklung des Maximum-Areals südlich der Großbeerenstraße als Ergänzungsstandort für die Medienwirtschaft und die Medienstadt Babelsberg, PM & Partner Marketing Consulting GmbH, Frankfurt/M. und Stadtkontor GmbH, Potsdam, 16. September 2010, Auftraggeber Landeshauptstadt Potsdam

¹² RWK Potsdam Entwicklungskonzept zur Stärkung des Branchenkompetenzfeldes Medien mit dem räumlichen Schwerpunkt Medienstadt Babelsberg, 15. September 2009, gefördert mit Mittel der Europäischen Union aus dem EFRE-TH (Technische Hilfe)

knüpft werden soll an die vorhandenen Schwerpunkte und Wertschöpfungsketten in der Medienstadt mit dem Ziel, Alleinstellungsmerkmale des Standortes nachhaltig weiterzuentwickeln.

Mit der Digitalisierung findet derzeit der größte Transformationsprozess in der Film- und Fernsehgeschichte seit 1952 statt: Medienproduktion, Medienarchivierung und Mediennutzung verändern sich grundsätzlich und radikal. Dies hat direkte Auswirkungen auf den Medienstandort Babelsberg. Die Produktion wechselt von Band/Film auf Files und muss enorme Datenmengen verwalten, transportieren und speichern. Neue Technologien wie Greenscreen und Virtual Backlots revolutionieren die Produktionsprozesse. Bei der Archivierung von vorhandenem Content müssen hunderttausende Stunden Material digitalisiert und Mechanismen für intelligentes Suchen und Finden gefunden werden. In der Mediennutzung entstehen ständig neue Technologien, die mit den vorgenannten Prozessen abgeglichen werden müssen.

Der Medienstandort Babelsberg bietet mit den hier ansässigen Unternehmen, dem Hasso-Plattner-Institut für Softwaresystemtechnik GmbH und der Hochschule für Film und Fernsehen (HFF) „Konrad Wolf“ beste Voraussetzungen, diesen Transformationsprozess zu meistern. Erste wichtige Schritte dabei wurden schon getan. Genannt seien hier nur beispielhaft: Veranstaltungsformate wie „HD@work“ oder Projekte wie „mediaglobe“. Erfolgreich gestartet ist 2011 die Veranstaltungsreihe „Film meets IT“ in Kooperation von media.connect brandenburg und transfer media gGmbH. Sie ermöglichte den direkten thematischen Austausch zwischen Fachleuten aus den Bereichen Film- und Medienwirtschaft, Softwareentwicklern, Technikern und Anbietern von Infrastruktur.

Die transfer media gGmbH hat gemeinsam mit Partnern und Akteuren in der Medienstadt ein Konzept für ein Babelsberger Kompetenzzentrum Digitalisierung (D-Werft) entwickelt. Die „D-Werft“ besteht aus drei zentralen Säulen: Sie ist ein

- Zentrum für Forschungs- und Entwicklungsleistungen in den Bereichen Informationstechnologien und Medienproduktion und-rezeption
- Kompetenzzentrum für Beratung und Transfer
- Zentrum für neue innovative Technologien und Dienstleistungen mit unterschiedlichsten Geschäftsmodellen, u.a. in den Bereichen Digitalisierung, Datenspeicherung und Datenaustausch

Die Landeshauptstadt Potsdam beteiligt sich aktiv an diesem Prozess. Im Rahmen einer Projektförderung hat sie die Untersuchung infrastruktureller Anforderungen¹³ unterstützt. Dabei wurden im Rahmen von Unternehmensbefragungen am Standort sowohl der Status quo bei Datenleitung und Datenspeicherung, die besondere Rechtsituation im Bereich Datenleitung, die Bedarfe und Anforderungen der Unternehmen in diesen Bereichen sowie Lösungsansätze und Entwicklungen für Datenleitung und –speicherung herausgearbeitet.

Aktuell bereitet die transfer media gGmbH einen Förderantrag an das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung für ein Innovationskonzept und 6 Geschäftsmodelle mit 10-12 Partnern vor.

Es ist sehr deutlich geworden, dass für die erfolgreiche Entwicklung und Positionierung neuer Technologien, Produkte, Dienstleistungen und Services im Umfeld eines sich permanent verändernden Marktes eine kontinuierliche Marktbeobachtung von elementarer Bedeutung ist. Eine derartige Marktbeobachtung ist die Voraussetzung dafür,

¹³ Untersuchung infrastruktureller Anforderungen an den Medienstandort Babelsberg im Zeitalter der Digitalisierung, transfer media gGmbH, 22.02.2012

gezielt auf Kundenbedürfnisse reagieren zu können und aktuelle Entwicklungen in Geschäftsprozesse zu integrieren und so den Medienstandort Babelsberg weiter zu profilieren und dauerhaft erfolgreich zu etablieren. Dazu hat die Landeshauptstadt eine Projektskizze vorgelegt. Vorgesehen ist, die Marktstudie mit Mitteln der Europäischen Union aus dem EFRE-TH 2011-2013 (Technische Hilfe) erarbeiten zu lassen.

Standortmanagement Medienstadt

Anfang 2012 endete die Tätigkeit des Medienbeauftragten der Landeshauptstadt Potsdam. Die Landeshauptstadt beabsichtigt, diese unterstützende Maßnahme für die Medienbranche künftig gezielter und konzentrierter in Form einer „Standortbeauftragung für die Medienstadt Potsdam-Babelsberg“ durchzuführen. Vergleichbare Ansätze haben sich auch für den Wissenschaftspark in Potsdam-Golm bewährt. Gegenwärtig laufen Abstimmungsgespräche zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und dem Land Brandenburg (insbesondere ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH, Medienboard Berlin Brandenburg GmbH, media.net berlinbrandenburg e.V.), um gemeinsame bzw. sich ergänzende Möglichkeiten einer Kooperation zu prüfen.

Wissenschaftspark „Albert Einstein“ Telegrafenberg

Potsdams Wissenschaft ist weiterhin auf Wachstumskurs. Hochschulen und Institute melden zusätzlichen Flächenbedarf an, was die Landeshauptstadt vor große Herausforderungen stellt.

Insbesondere am Campus Telegrafenberg sind die Standortreserven aufgebraucht. Das GeoForschungsZentrum (GFZ) hat dort im Jahr 2011 mit zwei wichtigen Investitionen begonnen. Mit dem Ersatzneubau für die Gebäude A69/70 stehen weitere 460 m² Lager- und 700 m² dringend benötigte Bürofläche zur Verfügung. Im vergangenen Jahr konnte das GFZ den 1000. Mitarbeiter begrüßen. Am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung konnte der Grundstein für den stattlichen Forschungsneubau gelegt werden. Die Stadt reagierte auf diese Entwicklungen und wird im 4. Quartal 2012 eine "Standortkonferenz Telegrafenberg" unter Einbeziehung der Landesregierung einberufen, um in Frage kommende Erweiterungsflächen in der Nähe des Telegrafenberges zu identifizieren. Vermieden werden sollte eine räumliche Trennung moderner, interdisziplinär und vernetzt arbeitender Wissenschaft, die Forschungsarbeit behindert.

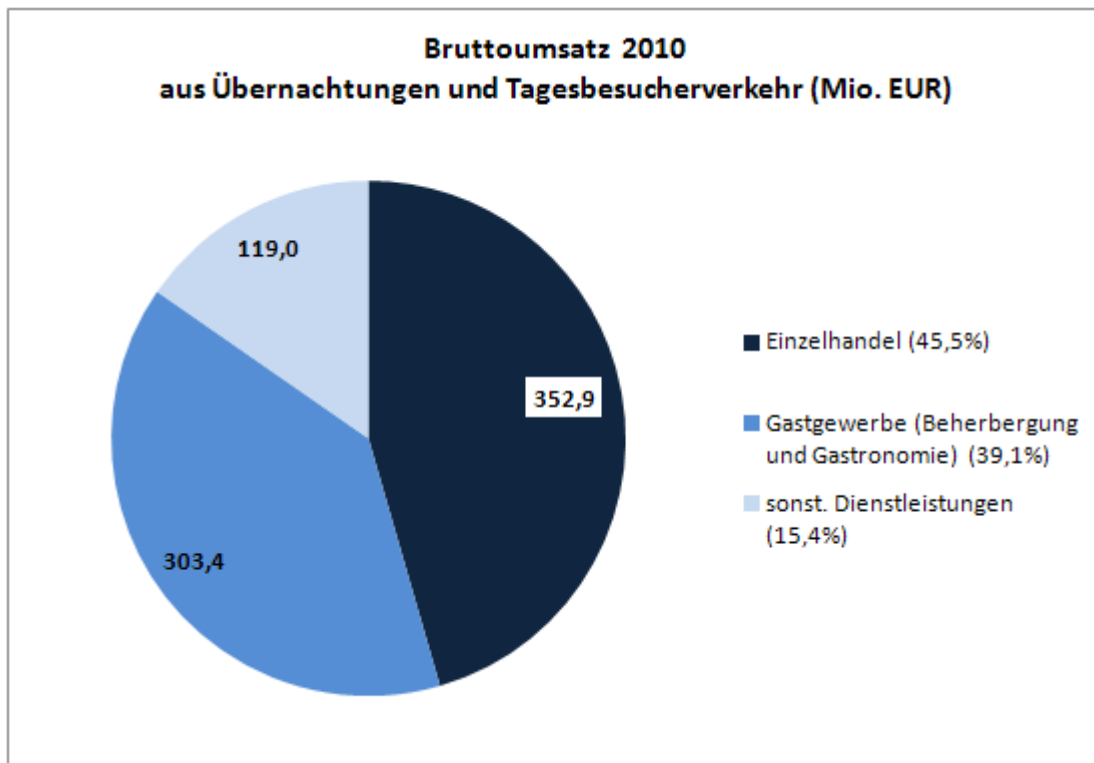
Tourismus

Der Tourismus in der LHP ist eine umsatzstarke und beschäftigungsintensive Wachstumsbranche und einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren in der Landeshauptstadt Potsdam. Der Städtetourismus – das touristische Kernsegment Potsdams – ist deutschlandweit weiter stark nachgefragt. Davon konnte Potsdam auch im Jahr 2011 wieder profitieren und erstmals Übernachtungszahlen über der 900.000er Marke erzielen und geschätzte 18,5 Mio. Tagesbesucher verzeichnen. Die Wachstumsraten der letzten Jahre lagen mit 6,2 Prozent in 2010 und 3,2 Prozent in 2011 über dem Bundesdurchschnitt vergleichbarer Städte.

Laut der beauftragten Studie zum „Wirtschaftsfaktor Tourismus in Potsdam 2010“¹⁴ betragen die Bruttoumsätze bei den gewerblichen Übernachtungen 157,4 Mio. EUR, bei privaten Übernachtungen und Camping 14,8 Mio. EUR und beim Tagesbesucherverkehr 603,1 Mio. EUR. Aus den 19,6 Mio. touristischen Aufenthaltstagen im Jahr

¹⁴ „Wirtschaftsfaktor Tourismus in Potsdam 2010“, Deutsches Wirtschaftswissenschaftliches Institut für Fremdenverkehr dwif-Consulting GmbH in Kooperation mit dwif e.V., München März 2011

2010 generierte sich demnach insgesamt ein Bruttoumsatz in Höhe von 775,3 Mio. EUR (2009: 753,0 Mio. EUR, s. Grafik 9)



Grafik 9

Die Fachkräftesicherung ist für die arbeitsintensive Branche Tourismus mit hoher Beschäftigungsquote von größter Bedeutung und Voraussetzung für eine nachhaltige positive Entwicklung. Ebenso von Bedeutung ist die Entwicklung und Realisierung von Projekten für den Ausbau der touristischen Infrastruktur. Nur durch zukunftsfähige Standards in konkurrenzfähiger Qualität wird der positive Trend auch perspektivisch fortgeführt werden können. Dazu bedarf es der Förderung von innovativen auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Konzepten und deren Umsetzung. Grundlage dafür soll u.a. die Erstellung eines sektoralen Entwicklungsplanes Tourismus der Landeshauptstadt und die sich daraus ergebende konkrete Produktentwicklung in den touristischen Kernsegmenten Potsdams sein.

Die in den letzten Jahren versuchte Stärkung des wassertouristischen Potenzials konnte nur in begrenztem Umfang befördert werden.

Der Ausbau der Marina „Kiewitt 33“ zu einem innerstädtischen Wasserwanderstützpunkt gemäß Wassersportentwicklungsplan des Landes Brandenburg erwies sich als nicht förderfähig und bislang alternativ nicht finanzierbar.

Die Teilprojekte zur Umsetzung der Uferkonzeption der Stadt befinden sich in der Umsetzung (siehe Datenblatt „Wassertourismus“).

Gemessen am Potenzial im Wassertourismus gibt es nach wie vor großen Nachholbedarf bei der öffentlichen touristischen Infrastruktur, bei der überregionalen Wegweisung und der Vermarktung. Sehr erfolgreich gestaltet sich die interkommunale Zusammenarbeit in der *WIR – Wassertourismusinitiative der Potsdamer und Brandenburgischen Havelseen*.

Allgemein wird es im Hinblick auf die immer enger werdenden Finanzierungsmöglichkeiten v.a. darauf ankommen, vorhandene Angebote weiter zu qualifizierten, Qualitätsinitiativen zu unterstützen, Standortsicherung zu betreiben und bestehende Kooperati-

onen auf verschiedenen Ebenen fortzuführen, zur Kräftebündelung neue Partnerschaften aufzubauen und sich in neue Clusterstrukturen einzubinden.

Clusterübergreifende Handlungsfelder und Maßnahmen

Wissenschaft und Technologietransfer

Die Veranstaltungsreihe „Potsdam innovativ“ ist im Jahr 2010 mit den Zielen gestartet, Potsdamer Unternehmen für Kooperationen mit der Forschung zu gewinnen, den Bekanntheitsgrad der Technologietransferstellen zu erhöhen und über Innovations- sowie Wirtschaftsförderung zu informieren. Dazu fanden 2011 vier Veranstaltungen statt (u.a. „Innovationen gezielt managen“, „Innovationen rechtlich absichern“, „Innovationen finanzieren“). Insgesamt konnten 200 Teilnehmer erreicht und einige Kooperationsprojekte zwischen regionalen Unternehmen und ansässigen Wissenschaftseinrichtungen angebahnt werden. 2012 wird die Reihe „Potsdam innovativ“ unter dem Label „vor Ort“ fortgesetzt. Einzelne Forschungseinrichtungen stellen dabei regionalen Unternehmen ihre wirtschaftsrelevanten Kompetenzen vor. Kooperationspartner sind die Landeshauptstadt Potsdam und die Universität Potsdam (Potsdam Transfer).

Das Projekt „Haus der Wissenschaft“ nimmt immer konkretere Formen an: Im vierten Obergeschoss des mit Mitteln der Europäischen Union aus dem EFRE, des Landes aus dem Hauptstadtvertrag und Eigenmitteln der Landeshauptstadt finanzierten Bildungsforums entsteht mit der „Wissenschaftsetage“ ein Begegnungs-, Ausstellungs- und Veranstaltungszentrum, wo der attraktive Wissenschaftsstandort Potsdam erlebbar wird. Die Wissenschaftsetage mit ihrer Dauer- und Wechsellausstellung sowie ihrem Informationsangebot ist vor allem an die Zielgruppen der interessierten breiten Öffentlichkeit, der Schülerinnen und Schüler, der Studierenden und der Unternehmen adressiert, die sich an diesem Ort in der Mitte der Landeshauptstadt mit der reichen Wissenschaftslandschaft Potsdams vertraut machen können. Dadurch sollen aus Sicht der Landeshauptstadt Potsdam konkrete Effekte im Hinblick auf die Stadtentwicklung erreicht werden, um zum Beispiel mehr Schüler zum Studium in Potsdam, mehr Studenten zu einer Tätigkeit als Fachkraft in der Region und mehr regionale Unternehmer zu einer Kooperation mit der Forschung anzuregen.

Im Rahmen der jährlich tagenden „Koordinationsgruppe Wissenschaftsstandort Potsdam“ tauschen sich seit 2011 unter Vorsitz des Oberbürgermeisters die Kanzlerinnen und Kanzler der Potsdamer Hochschulen sowie die Verwaltungsleiter der Forschungsinstitute über die aus ihrer Sicht drängendsten Probleme der Wissenschaft in der Stadt aus. Zu den Themen „Mobilität“ und „Studentisches und akademisches Wohnen“ wurden Arbeitsgruppen eingerichtet, in denen Verwaltung und Wissenschaft Informationen austauschen und Ideen entwickeln, wie man den Wissenschaftsstandort Potsdam weiter profilieren kann.

Existenzgründungen

Potsdam ist eine Gründerstadt. Bestes Beispiel dafür ist die Metabolomics Discoveries GmbH. Das junge Biotech-Unternehmen mit Sitz im Wissenschaftspark Golm wurde als KfW-Gründerchampion Bundessieger in der Kategorie „Geschäftsidee und Innovation“. Seinen Sitz hat das junge Unternehmen im Golmer Gründer- und Innovationszentrum GO:IN, einem von insgesamt fünf branchenorientierten Innovationszentren in der Landeshauptstadt, die von der städtischen Technologie- und Gewerbezentren Potsdam GmbH betrieben werden. Alle Zentren sind gut ausgelastet und bieten in der Summe über 200 Unternehmen einen erstklassigen Standort.

Das breite Themenspektrum der Existenzgründungsförderung in der Landeshauptstadt Potsdam basiert auf zwei Säulen: Dem *Wirtschaftsservice in der Stadtverwaltung* und dem regionalen Netzwerk „*Gründerforum Potsdam*“.

Der *Wirtschaftsservice in der Stadtverwaltung* fungiert – seit August 2011 in neuen Räumen, im Eingangsbereich des Stadthauses - als die zentrale Anlaufstelle für Unternehmen und Existenzgründer. Hier erhält die Zielgruppe wirtschaftsrelevante Auskünfte und Informationen sowie Erstberatungen zu einer Vielzahl von Themen. Rund 2.600 Anfragen wurden 2011 bedient. Besonders nachgefragt waren Informationen und Beratungen zu den Themenbereichen Existenzgründung (760) und mit deutlichem Anstieg zu Fördermitteln (720) und Standortsuche (400).

Im „*Gründerforum Potsdam*“ sind insgesamt 28 öffentliche Institutionen und Projekte miteinander vernetzt. Die Netzwerkarbeit wird über den Bereich Wirtschaftsförderung der Landeshauptstadt Potsdam koordiniert. Regelmäßige Netzwerktreffen sichern den kontinuierlichen Informationsaustausch. Punktuelle Kooperationen in themenbezogenen Arbeitsgruppen – beispielsweise zur Planung und Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen - sind ein wichtiger Teil der Netzwerkarbeit.

So konnte bereits 2008 die Veranstaltungsreihe „*GründerTreff Potsdam*“ etabliert werden. Die quartalsweise stattfindenden Veranstaltungen bieten Existenzgründern gute Möglichkeiten, sich über gründungsrelevante Themen zu informieren, in einen Gedankenaustausch zu treten, Erfahrungen junger Unternehmen aufzunehmen und Geschäftskontakte in diesem Kreis aufzubauen.

Im Rahmen der „*Potsdamer GründerTage*“ - eingebettet in der jährlich stattfindenden „*Gründerwoche Deutschland*“ – bietet das Gründerforum Potsdam ein umfangreiches Vortrags-, Seminar- und Rahmenprogramm zum Thema Existenzgründung in Potsdam an. Über 360 Teilnehmer am „5. Potsdamer GründerTag“ am 15. November 2011 verdeutlichen das große Interesse am Thema.

Mit „*Cash & Coffee – dem Potsdamer Gründer- und Unternehmerfrühstück*“ startete 2011 eine neue Veranstaltungsreihe, die sich ausschließlich auf die Themen Finanzierung und Fördermöglichkeiten am Standort Potsdam konzentrierte. In Kurzvorträgen informieren Bank- und Fachberater über relevante Förder- und Unterstützungsprogramme sowie die verschiedenen Finanzierungsmöglichkeiten. Aufgrund des hohen Teilnehmerinteresses wird auch dieses Format mit vier Veranstaltungen 2012 fortgeführt.

2011 erschien der Wegweiser „*Gründen in Potsdam – Ratgeber zur Existenzgründung*“ in der vierten überarbeiteten Auflage, der Existenzgründern auf 145 Seiten einen fundierten Überblick über alle gründungsspezifischen Angebote der Netzwerkpartner liefert.

Auch die Internetplattform des Gründungsnetzwerks www.gruenden-in-potsdam.de ist mit insgesamt 900.000 Zugriffen seit 2008 stark nachgefragt und bietet vielfältige Informationen zu gründungsbezogenen Unterstützungsangeboten sowie den integrierten Veranstaltungskalender des Netzwerks mit aktuellen Übersichten über alle gründungsrelevanten Veranstaltungen in Potsdam.

Neben den eher zielgruppenorientierten Veranstaltungsangeboten werden gründungsrelevante Themen und Entwicklungen auch inhaltlich durch das Gründerforum Potsdam aufgegriffen. In diesem Zusammenhang lässt sich beispielhaft die netzwerkinterne Informationsveranstaltung zum Thema „*Mikrofinanzierung in Potsdam*“ nennen, in de-

ren Rahmen sich das Netzwerk über dieses Themenfeld informierte und sich die akkreditierten Mikrofinanzinstitute in Potsdam dem Netzwerk vorstellten.

KMU-Förderung (EFRE Nachhaltige Stadtentwicklung)

Die „KMU-Förderung im Rahmen der nachhaltigen Stadtentwicklung“, bei der sich Stadt und Land mit 35 Prozent an den Investitionskosten beteiligen, ist ein sehr erfolgreiches Förderinstrument. Es unterstützt bzw. ermöglicht häufig erst investive Vorhaben zur Sicherung von Beschäftigung und Besetzung neuer Arbeitsplätze. Seit 2009 wurden der Wirtschaftsförderung 21 Anträge vorgelegt. In 18 Fällen konnte die Landeshauptstadt Potsdam den kommunalen Miteleistungsanteil bestätigen. Bisher wurden mit diesem Programm Investitionsprojekte von mehr als 760.000 EUR gefördert, wobei sich der städtische Miteleistungsanteil auf etwa 26.500 EUR beläuft.

Durch das Programm gelang es, Gründungsvorhaben und Bestandsunternehmen in den förderfähigen Branchen (Einzelhandel, Gastronomie und produzierendes Handwerk) und Fördergebieten (Einkaufsinnenstadt, Zentraler Versorgungsbereich im Stadtteilzentrum Babelsberg und Potsdamer Sanierungs- und Entwicklungsgebiete) gezielt zu unterstützen mit positiven Arbeitsmarkteffekten.

Unter Verweis auf die positiven Ergebnisse ist aus Sicht der Landeshauptstadt Potsdam eine Aufstockung der überzeichneten Fördermittel des Programms noch in dieser Förderperiode sinnvoll und wünschenswert. Mit Blick auf die kommende Förderperiode wäre eine Fortführung der Richtlinie von erheblichem Interesse und somit sehr zu begrüßen.

Geschäftsstraßenmanagement (nachhaltige Stadtentwicklung)

Unter Beschäftigungsaspekten und fiskalischen Gesichtspunkten zählt der Einzelhandel in der Stadt Potsdam zu den tragenden Wirtschaftszweigen. 2010 wurden in der Landeshauptstadt Potsdam Waren im Wert von 650 Mio. Euro umgesetzt.¹⁵

Die Rahmenbedingungen speziell für den innerstädtischen Handel können grundsätzlich als gut bezeichnet werden. Die Sanierungsmaßnahmen in der Potsdamer und Babelsberger Innenstadt sind weitestgehend abgeschlossen. Dennoch gilt es, Funktionsschwächen nachhaltig abzubauen, um die Attraktivität der zentralen Versorgungsbereiche von Potsdam und Babelsberg weiter zu erhöhen. Besonders hilfreich waren dabei die vom Land gewährten Mittel zur Unterstützung der Vorhaben „Geschäftsstraßenmanagement Potsdamer Innenstadt“ und „Geschäftsstraßenmanagement Stadtteilzentrum Potsdam-Babelsberg“ auf der Grundlage der Richtlinie zur nachhaltigen Stadtentwicklung und des EFRE-OP.

Dadurch war es möglich, eine Vielzahl von Maßnahmen und Aktivitäten zu initiieren und umzusetzen, wie z.B:

- Verkehrsversuch und Lichtkonzept im Holländischen Viertel
- Werbung/Werbeaufsteller, Warenauslagen, Fahrradständer
- Parken + Einkaufen
- Antikmeile
- Erweiterung der Weihnachtsbeleuchtung
- Eventmanagement
- Kommunikationsmanagement
- Mitwirkung in Vereinen, Gremien, Ausschüssen
- Analysen Vor- und Nachbereitung
- Öffentlichkeitsarbeit

¹⁵ Quelle: Erhebung des Büros STADT+HANDEL, 2011

Das Vorhaben „Geschäftsstraßenmanagement“ hat sich insgesamt bewährt und ist aus Sicht der Gewerbetreibenden ein Erfolg. Zur Sicherung der Nachhaltigkeit und Ver selbständigung - im Rahmen der Projektförderung vom Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft gefordert - hat die Stadtverwaltung eine Untersuchung in Auftrag gegeben, die dazu Wege aufzeigen soll. Das Ergebnis soll im Juni/Juli 2012 vorliegen.

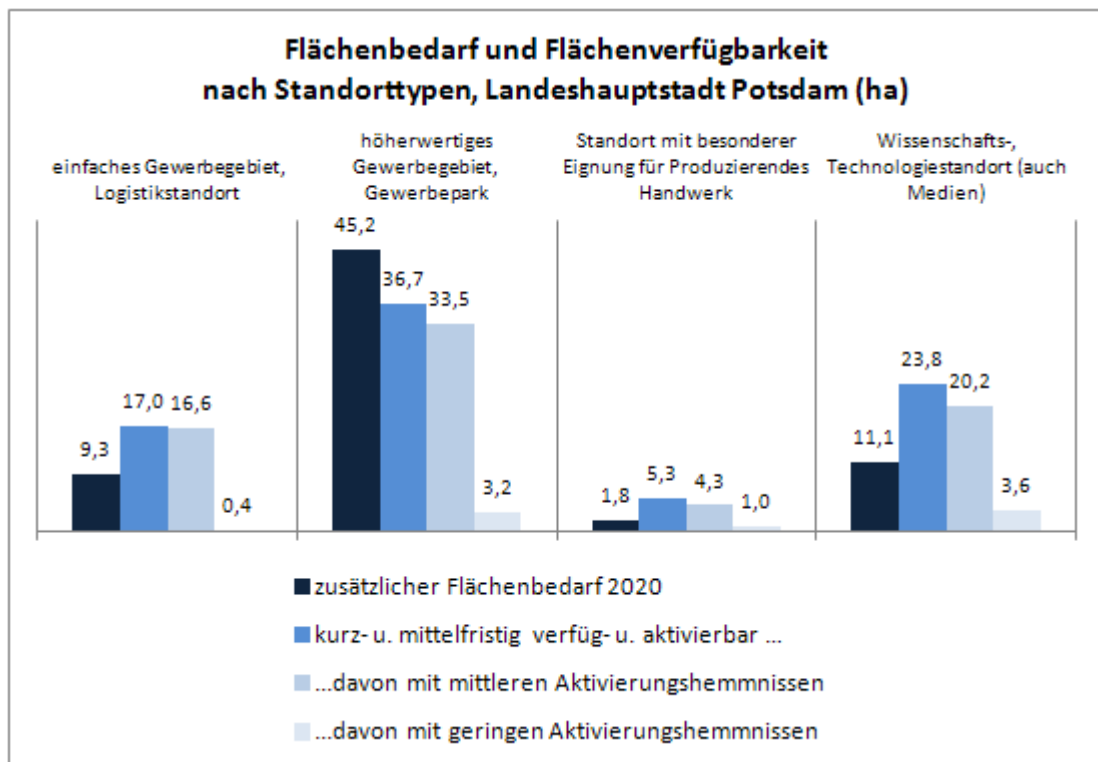
5. Planungen und Projekte im RWK

Gewerbeflächensicherungskonzept der Landeshauptstadt Potsdam

Bis 2020 wird die Zahl der Beschäftigten mit Arbeitsplätzen, die unmittelbar gewerbliche Bauflächen in Anspruch nehmen, in der Landeshauptstadt um rund 5.900 Personen wachsen. Dieser Beschäftigungszuwachs geht einher mit einem zusätzlichen Flächenbedarf von 67,4 ha. In zwei Zahlen zusammengefasst sind das die wesentlichen Ergebnisse umfangreicher Modellberechnungen, die 2009 im Rahmen der Erarbeitung des „Stadtentwicklungskonzeptes Gewerbe“ branchendifferenziert durchgeführt wurden.¹⁶ Um beurteilen zu können, wie groß der tatsächliche, effektive Flächenneubedarf ist, wurde zugleich in einer Vorschau geprüft, welche Gewerbeflächen für eine Nutzung zur Verfügung stehen oder perspektivisch wiedergenutzt werden können. Zu konstatieren ist, dass in Potsdam nahezu alle Flächen, die künftig für eine gewerbliche Nutzung in Frage kommen, mit Aktivierungshemmnissen behaftet sind. 80 Prozent der Flächen weisen mittlere bis hohe Aktivierungshemmnisse auf. Vor diesem Hintergrund wurden Gewerbeflächen erfasst, die sich am ehesten anbieten, den bis 2020 prognostizierten Gewerbeflächenbedarf sichern zu können.

Diese Flächen wurden 2011 eingehend geprüft und bewertet. Die Prüfungen ergaben, dass 40 Flächen mit einer Gesamtgröße von rund 83 ha besonders geeignet sind, in wichtigen Nutzungssegmenten den prognostizierten Gewerbeflächenbedarf in der Landeshauptstadt bedienen zu können, s. Grafik 10.

¹⁶ Vgl. Stadtentwicklungskonzept Gewerbe für die Landeshauptstadt Potsdam, Deutsches Institut für Urbanistik GmbH, Spath + Nagel (GbR), April 2010



Grafik 10

Deshalb sind diese gewerblichen Potenzialflächen für die weitere Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Potsdam essentiell und unverzichtbar. Am 12.04.2012 hat der Oberbürgermeister die „Richtlinie zur Sicherung der Gewerblichen Potenzialflächen der Landeshauptstadt Potsdam“ in Kraft gesetzt. Für die Mobilisierung dieser Gewerblichen Potenzialflächen wurden erste Handlungsempfehlungen gegeben, um das Flächenangebot schrittweise auf die Gewerbeflächennachfrage auszurichten.

Ein erster Schritt ist die Errichtung des „Handwerker- und Gewerbehofes Babelsberg“. Hier werden nachfragegerecht im Stadtgebiet verdichtete Flächenangebote für Gewerbebetriebe im Stadtgebiet entwickelt, um in diesem Segment gravierende Knappheiten infolge eines Marktversagens überwinden zu können (siehe Datenblatt Handwerker- und Gewerbehof Babelsberg).

Fortschreibung des Standortentwicklungskonzeptes

Die Landeshauptstadt Potsdam beabsichtigt ihr Standortentwicklungskonzept aus dem Jahr 2006 fortzuschreiben. Vorgesehen ist, die Konzepterarbeitung im Rahmen der Maßnahme „Erhöhung der Wirksamkeit von EFRE-Interventionen in den RWK 2011-2013“ mit Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE-TH) zu kofinanzieren. Die Leistungsbeschreibung liegt vor und befindet sich in der Abstimmung mit der beauftragten Regiestelle des Ministeriums für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg. Nach erfolgter Ausschreibung und Vergabeentscheidung soll die ca. sechsmonatige Erarbeitung des Konzeptes im dritten Quartal 2012 starten. Im Zuge der Fortschreibung sollen auch die folgenden „Zukunftsthemen“ in den Fokus genommen werden.

6. Zukunftsthemen

Klimawandel und Energie

Ein vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) geführtes Konsortium hat in der Zeit von Januar 2010 bis Ende September 2010 die Klimaschutzstrategie für Potsdam entwickelt. Das integrierte Klimaschutzkonzept wurde mit Hilfe von Fördermitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit finanziert. Die Landeshauptstadt Potsdam hat sich ambitionierte Ziele zum lokalen Klimaschutz gesetzt. Bis zum Jahr 2020 sollen die Kohlendioxidemissionen gegenüber denen des Jahres 2005 um 20 % gesenkt werden, bis 2050 sollen nur noch 2,5t/CO₂ pro Einwohner pro Jahr emittiert werden.

In Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes wurden seitdem zahlreiche Projekte realisiert, genannt seien hier nur das Solardachkataster, die Energiesparberatung und neu im Jahr 2012: Der Potsdamer Klimapreis.

Als wichtigen Schritt zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes legte im Mai 2012 die städtische Tochter Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP) den Entwurf für ein Energiekonzept "Strategie EWP 2020" vor. Die EWP plant drei zentrale Bausteine zum Schutz des Klimas und der dauerhaften und bezahlbaren Sicherung der Versorgung:

- Zukauf von Strom aus Wasserkraft in Kooperation mit österreichischen Partnern
- verstärkte Energieeigenerzeugung durch "Grüne Projekte" in Potsdam, z.B. Wärmespeicher, ein Holzhackschnitzel-Heizkraftwerk, weitere Photovoltaikanlagen, den Bau von Nahwärmesystemen u.a.
- Erweiterung und Verdichtung des Fernwärmenetzes mit Einbindung kleiner Gas- und Dampfkraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung

Zur Finanzierung der "grünen" Projekte in Potsdam will die EWP einen Kundenfonds auflegen, der Potsdamerinnen und Potsdamern die finanzielle Beteiligung an diesen Projekten ermöglicht.

Das Themenfeld „Klimawandel und Energie“ insgesamt bietet Chancen für zukünftige prioritäre Maßnahmen des RWK Potsdam.

- [Städtische Konzepte und Projekte zum Klimaschutz](#)
- [Energie und Wasser Potsdam GmbH](#)

Nachhaltige Mobilität

Der Regionale Wachstumskern Potsdam bietet in großem Maß Arbeitsplätze für die Region, es pendeln aber auch zahlreiche Arbeitnehmer aus Potsdam in das Brandenburger Umland und nach Berlin. Die Einpendlerzahl ist mit fast 46.000 Einpendlern in 2011 nochmals deutlich gestiegen, mehr als 28.000 Beschäftigte pendeln aus Potsdam aus.

Ein wichtiges Verkehrsmittel für die Verbindung mit dem Umland und Berlin ist der schienengebundene Verkehr, also Regionalverkehr und S-Bahn. Innerhalb Potsdams übernimmt der ÖPNV und zunehmend auch der Radverkehr eine wichtige Rolle.

Durch die besondere bauliche stadträumliche Situation Potsdams ist die Steigerung des Kfz-Verkehres kaum möglich, schon heute sind Lärm- und Luftschadstoffbelastung auf Teilabschnitten problematisch. Eine eingeschränkte Mobilität durch überlastete

Straßen behindert nicht nur den privaten Verkehr, auch der Berufsverkehr wird beeinträchtigt. Auf dieses Problem wurde bereits im Standortentwicklungskonzept hingewiesen.¹⁷

Grundsätzliches Ziel der Potsdamer Verkehrspolitik ist es daher, insbesondere für die privaten Verkehre den Anteil des ÖPNV, des Rad- und Fußverkehrs auszubauen und den vorhandenen Verkehr besser zu steuern, z.B. durch die 2012 eingeführte Umweltorientierte Verkehrssteuerung. Dieses dient nicht nur einer besseren Mobilität, es werden auch die Lebensbedingungen in der Stadt verbessert, der Klimaschutz unterstützt und der nötige Wirtschaftsverkehr entlastet.

Um diese Ansätze der nachhaltigen Mobilität auszubauen, hat die Landeshauptstadt Anfang 2012 die Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Verkehr vorgelegt. Das Konzept wird aktuell öffentlich diskutiert und soll nach dem Beschluss Handlungsrahmen für die Verkehrspolitik der Landeshauptstadt werden.

→ [Stadtentwicklungskonzept \(STEK\) Verkehr](#)

Projekte und Maßnahmen, welche die nachhaltige Mobilität fördern, könnten auch mit Hilfe der EU-Strukturfonds-Förderung unterstützt werden. Schwerpunkte der kommenden EFRE-Förderperiode 2014-2020 sollen im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung nach den vorliegenden Planungen der EU explizit Klimaschutz und Energie, der nachhaltige Stadtverkehr u.a. sein.

Mögliche Projekte könnten z.B. der Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur (etwa Rad-schnellverbindungen in das Umland, Fahrradparkhaus) die Förderung von Carsharing und Elektromobilität und der Ausbau des Mobilitätsmanagements sein.

Gesundheit und Wohnen

Der demografische Wandel, insbesondere die Zunahme hochbetagter Menschen ist auch in der durchschnittlich jungen Landeshauptstadt Potsdam ein wichtiges Thema. Die aktuellen Prognosen gehen davon aus, dass die Zahl der Menschen über 80 Jahre in Potsdam um etwa 5.000 zunehmen wird. Gleichzeitig wollen immer mehr Menschen möglichst lange in der eigenen Wohnung leben. Zur Unterstützung des selbstbestimmten Lebens im hohen Alter gab es in den letzten Jahren viele Fortschritte, auch zahlreiche Forschungsprojekte entwickeln neue Ansätze. Besonders hervorzuheben sind das Netzwerk „Älterwerden“ und der „Pflegestützpunkt Potsdam“ in dem die Pflegekassen und die Stadt Potsdam fallbezogen zusammenwirken und damit ein zuverlässiges Angebot für Hilfesuchende geben. Die Übersicht über die verschiedenen Hilfsangebote soll weiter verbessert werden.

Grade bei neuen technischen Hilfsmitteln - aber auch Serviceangeboten - muss allerdings die Finanzierbarkeit gesichert werden. Dieses gilt für die Senioren selber, die bestimmte Leistungen von ihren z.T. nur geringen Renten und Pensionen zahlen müssen, aber auch für die Gesundheits- und Sozialsysteme.

Es ist festzustellen, dass mit dem zunehmenden Anteil älterer Menschen auch die Zahl derjenigen zunimmt, die besondere Ansprüche an ihre Wohnungen haben. Diese Ansprüche sind allerdings bei bestimmten Fällen nicht oder nur sehr aufwändig in Bestandswohnungen zu realisieren. Hier sind beispielhaft z.B. günstige rollstuhlgerechte Wohnungen oder besondere Wohnformen wie Wohngemeinschaften für Demenzerkrankte anzuführen. Das Land Brandenburg ist hier aufgerufen, mit einer zielgenauen Neubauförderung den Bau dieser besonderen Wohnformen zu fördern.

¹⁷ Standortentwicklungskonzept 2006, S. 10 ff. und 33.

Im Juni und Juli 2012 wurden in einem dreitägigen Szenarioworkshop „**Wohnen und Gesundheit in Potsdam. Bürgerversorgung 2025**“ Strategien und Projekte für Potsdam entwickelt. Der Workshop wurde durch die städtischen Gesellschaften Pro Potsdam, das Ernst-von-Bergmann-Klinikum und die Stadtverwaltung finanziert, beteiligt waren u.a. Vertreter der Wohnungswirtschaft, der Krankenhäuser, des Landes, der Krankenkassen, der Pflegedienste, Sanitätshäuser, der Seniorenbeirat, Vertreter des Verkehrsbetriebes und der Stadtverwaltung.

In den nächsten Monaten sollen die Workshop-Ideen durch die unterschiedlichen Partner konkretisiert werden. Die Chancen sind gut, dass dabei eine oder mehrere prioritäre Maßnahmen für den RWK Potsdam entwickelt werden können.

Inesbesondere die Anwendung der Ansätze der Telemedizin bzw. Ambient Assisted Living (AAL) im Bereich der Wohnung sind dabei geeignet, auch innovative Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle aus Potsdam und Brandenburg zu fördern.

→ Laufendes Forschungsprojekt [Smart Senior](#) mit Beteiligung der Pro Potsdam

Bürgerbeteiligung

Die bessere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Potsdamer Politik ist einer der Schwerpunkte der nächsten Jahre. Am 4. Mai 2012 fand eine Veranstaltung zu Zwischenergebnissen und dem Ausblick der zukünftigen Bürgerbeteiligung statt. Etwa 80 interessierte Bürgerinnen und Bürger waren gekommen, um sich über den aktuellen Stand zu informieren und gemeinsam darüber zu diskutieren. Am Ende des Workshops wurden die Ergebnisse an Oberbürgermeister Jann Jakobs, den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Peter Schüler und alle anwesenden Vertreter der Potsdamer Fraktionen übergeben.

Erstes Ziel ist nun die Einrichtung eines "Büros für Bürgerbeteiligung". Unter Berücksichtigung der Vorschläge der Bürgerschaft berät nun noch zunächst die Stadtverordnetenversammlung die konkrete Organisationsform eines solchen Büros. Mit einer Entscheidung wird im Oktober 2012 gerechnet. Die Arbeit eines Bürgerbeteiligungsbüros soll voraussichtlich Anfang 2013 starten.

Es gibt Vorüberlegungen, unter Mitwirkung des Hasso-Plattner-Institutes eine neue Beteiligungsplattform zu entwickeln.

7. RWK-Maßnahmen

Einzelmaßnahmen im Bereich des Potsdamer Niederungsbogens

Das Projekt „Innovative Landeskultur im Potsdamer Niederungsbogen“ wurde 2010 als neue prioritäre Maßnahme angemeldet, der Hintergrund ausführlich dargestellt. Aufgrund der Kleinteiligkeit der Einzelmaßnahmen hat sich der RWK entschieden, diese sinnvollen Maßnahmen fortzuführen, aber auf die Zusammenfassung als prioritäre Maßnahme zunächst zu verzichten.

Zum Stand der Einzelmaßnahmen:

Als Maßnahme des Klimaschutzkonzeptes der Landeshauptstadt Potsdam wird aktuell mit Fördermitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) eine Machbarkeitsstudie zum Thema „Aktivierung der Klimaschutzfunktion von Niedermoorflächen in der Landeshauptstadt Potsdam“ erarbeitet, der Abschluss ist für Herbst 2012 geplant. In einem integrativen Prozess werden Möglichkeiten aufgezeigt, die die wirtschaftliche Nutzung von klimarelevanten Niederungsflächen für den Bereich der Landeshauptstadt Potsdam abbilden.

Die Landeshauptstadt Potsdam als Mitglied des Vereins für Landschaftspflege Potsdamer Kulturlandschaft e.V. ist eingebunden in dessen, von Seiten des Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg (MUGV) geförderten Projektes „Kulturlandplan Wublitzrinne/Golmer Luch“. Das Projekt startete mit Erhalt des Bewilligungsbescheides im Mai 2012 und wird zum Ende des Jahres abgeschlossen sein.

Der Kulturlandplan ist ein Instrument zur Integration von Natur- und Umweltschutzmaßnahmen in die landwirtschaftliche Nutzung. Umgesetzt wird dieses Vorhaben als Pilotprojekt für einen typischen biologisch wirtschaftenden Mittelstandsbetrieb, dessen Flächen sich kreisübergreifend rund um die Wublitz und im Golmer Luch befinden. Hervorgehoben sind dabei die Übertragbarkeit des Vorgehens u.a. bei integriert wirtschaftenden Betrieben.

Aufgrund der Verortung der bewirtschafteten Flächen mit einem hohen Anteil an Niedermoorböden steht das Projekt in direktem fachinhaltlichen Zusammenhang zur Landeskulturentwicklung im Potsdamer Niederungsbogen. Ziel ist eine praktische Instrumentetablierung für den Landnutzer zur betriebsabhängigen Umsetzung und flächenscharfen Qualifizierung von Maßnahmen der o.g. Machbarkeitsstudie. Dazu wird seitens der Landeshauptstadt Potsdam angestrebt, dieses Instrument nach der Pilotphase in die Breite zu tragen und als Weiterentwicklung für landwirtschaftliche Nutzer über den bio-zertifizierten Betrieb hinaus nutzbar zu machen.

Maßnahmenkonkret wird im Niederungsbogen die landschaftsgerechte Herstellung des Steinwerder Damms (Mitteldamm) angestrebt. Diese historische Wegeverbindung steht in direktem Kontext zu forstlichen Ausgleich- und Ersatzmaßnahmen- „Ökologischer Waldumbau der Pappelforste im Golmer Luch auf Spülflächen der Deponie Golm“. Hier wurde zusammen mit der Forstbetriebsgemeinschaft „Fresdorfer Heide“ und der Unteren Denkmalschutzbehörde der Landeshauptstadt Potsdam zum einen die forstwirtschaftlich nachhaltige Bestockung des ehemaligen Golmer Spülfeldes gesichert. Zum anderen konnten in Zusammenhang mit der Neuanlage und einer kulturhistorischen Detailanalyse strukturelle Landschaftsbeziehungen rekonstruiert werden. Neben dem forstwirtschaftlichen Interesse liegt es nun im Ansinnen der Landeshauptstadt Potsdam diese Landschaft im direkten Erlebniszusammenhang zum Wissenschaftspark Golm über die Herstellung dieser Wegebeziehung erlebbar zu machen.

Nötig ist die fachübergreifende Unterstützung insbesondere bei der historisch-kulturlandschaftlichen Raumanalyse und Maßnahmenumsetzung (ministerienübergreifend MIL-MWFK) und Beförderung der Umsetzungsmöglichkeiten in ländlich geprägten Bereichen auch außerhalb von Förderkulissen der Richtlinien „Integrierte ländliche Entwicklung“ (ILE) und LEADER.

Beispielhaft werden o.g. Unterstützungsbedarfe und damit verbundene Fördermöglichkeiten für die Herrichtung des Steinwerder Damms, der außerhalb des ILE-Fördergebietes liegt und fachübergreifende Interessen abbildet (forstlicher, erholungs-wirksamer und kulturhistorischer Bezug) deutlich.

Anlage: Prioritäre Maßnahmen / Maßnahmebögen

In den Bögen sind die Änderungen zum Bericht 2011 **markiert**.
Die Seitenzahlen der Bögen ergeben sich aus den Vorlagen der Staatskanzlei.

Beschlossene Maßnahmen

2012	Oberer Bahnsteig Bahnhof Pirschheide (Einbindung in Schienenanbindung Potsdam – Flughafen Berlin Brandenburg)	
2010	Bildungsforum Stadt- und Landesbibliothek und Volkshochschule	
2009	Handwerker- und Gewerbehof Babelsberg	
2008	Schienenanbindung Potsdam – Flughafen Ber- lin Brandenburg mit Einbindung Bf. Griebnitzsee	
	Wassertourismus	
2007	Fachkräftesicherung	
	Projekt „kulturgewinn“	2011 abgeschlossen, kein Maßnahmebogen
2006	Ausbau der L40 zur Anbindung an den Flugha- fen Berlin Brandenburg (BER)	
	Lange Brücke (Straßenbahn-, Rad- und Fuß- gängerbrücke)	2010 abgeschlossen, kein Maßnahmebogen
2005	Umbau des Bahnhofs Golm (Verlegung Bahn- steige, Bau Unterführung)	2008 abgeschlossen, kein Maßnahmebogen

Maßnahmen mit Konkretisierungs- und Prüfungsbedarf

	Innovative Landeskultur (...)	Keine Weiterführung, kein Maßnahmebogen
	Radverkehr / Radtourismus	
	Verlegung L78/L79	
	Verlängerung Wetzlarer Straße	

Erfassungsbogen für RWK-Maßnahmen

Stand: 18.07.2012

(ohne Maßnahmen, die das Kabinett als umgesetzt eingestuft hat)

RWK	Potsdam		
Titel der Maßnahme	Oberer Bahnsteig Bahnhof Pirschheide (Einbindung in Schienenanbindung Potsdam – Flughafen Berlin Brandenburg)		
Status (bitte ankreuzen)	beschlossene Maßnahme aus Vorjahren	erstmalig vorgeschlagene Maßnahme	Prüfungs- und Konkretisierungsbedarf
	X		
Beschreibung der Maßnahme	Die schnelle Schienenverbindung Potsdam – BER wurde durch die neue Streckenführung der RB 22 von Potsdam Hbf – Golm – BER in den Landesnahverkehrsplan aufgenommen und ist seit Fahrplanwechsel Dezember 2012 in Betrieb. Vom RWK wird die Einbindung des Bhf. Pirschheide in die neue Führung der RB22 vorgeschlagen.		
Ableitung aus dem Standortentwicklungskonzept	Standortentwicklungskonzept 2006, Maßnahme 1, S.46f. Der Bhf. Pirschheide ist bisher durch die RB 22 an den Flughafen Schönefeld angebunden, wenn auch mit einer Fahrzeit von (mindestens) 44 Minuten. Mit der neuen Linienführung der RB 22 verschlechtert sich diese Anbindung erheblich, da die RB 22 nach bisheriger Planung in Pirschheide durchfährt. Mit der Sparkassenakademie, dem Seminaris-Hotel und dem Luftschiffhafen liegen im direkten Umfeld Einrichtungen, für die eine gute ÖPNV-Anbindung an den Hauptbahnhof, aber auch an den Flughafen BER von großer Bedeutung ist – und die umgekehrt auch von großer Bedeutung für den RWK Potsdam und die Region sind. Die Bedeutung auch für die Region wird mit dem Neubau der großen Sporthalle am Luftschiffhafen noch erheblich zunehmen. Um eine angemessene ÖPNV-Anbindung der Kongresseinrichtungen und der Sporthalle zu erreichen, ist ein Halt der RB 22 in Pirschheide von großer Bedeutung – auch wenn dies die Fahrzeit zwischen dem Hbf und dem Flughafen leicht erhöhen wird. Nötig ist dafür eine Wieder-Inbetriebnahme der oberen Bahnsteige bzw. ein Neubau.		
Beitrag der Maßnahmen zur Stärkung der überregionalen und regionalen/ umlandbezogenen Ausstrahlkraft des RWK	Mit einer Verknüpfung der RB 22 und 23 und verschiedener Buslinien am Bahnhof Pirschheide verbessert sich auch die Anbindung von Michendorf und Schwielowsee gegenüber dem Stand des Landesnahverkehrsplanes.		
Gesamtkosten/ (angestrebte) Finanzierungsquellen	Gesamtkosten	Förderbedarf	Eigenanteil
	2,2 Mio. Euro (Schätzung Spreepplan)		
Sachstand (z. B. über Förderabstimmungen und Vorbereitungsaktivitäten)	Der verkehrliche Nutzen der Inbetriebnahme des oberen Bahnsteiges des Bf. Pirschheide – auch für das Umland - wurde durch die Untersuchung der SPV Spreepplan Verkehr GmbH im Auftrag des MIL und des VBB bestätigt, die Untersuchung wurde am 12.05.2011 präsentiert. Es wird eine Steigerung um 7.000 Personenkilometer und 1.200 Umsteigern durch diese Maßnahme angenommen. Die Kosten der Wieder-Inbetriebnahme wurden auf ca. 2,2 Mio. Euro geschätzt.		

Darstellung des Unterstützungsbedarfs durch die Landesregierung	Aufnahme in Landesnahverkehrsplan, möglichst kurzfristige Wieder-Inbetriebnahme Bahnhof Pirschheide (obere Bahnsteige), Einbindung Bahnhof in RB 22.
--	--

Erfassungsbogen für RWK-Maßnahmen

Stand: 18.07.2012

(ohne Maßnahmen, die das Kabinett als umgesetzt eingestuft hat)

RWK	<i>Potsdam</i>		
Titel der Maßnahme	Bildungsforum Potsdam: Ausstattung Stadt- und Landesbibliothek, Ausstattung und Innenausbau Volkshochschule		
Status (bitte ankreuzen)	beschlossene Maßnahme aus Vorjahren	erstmalig vorgeschlagene Maßnahme	Prüfungs- und Konkretisierungsbedarf
	X		
Beschreibung der Maßnahme	Konzentration der SLB und der VHS in der Potsdamer Mitte, Sanierung und Umbau des vorhandenen Gebäudes, Ausstattung der SLB und VHS.		
Ableitung aus dem Standortentwicklungskonzept	Standortentwicklungskonzept 2006, Maßnahme 4, S. 53f. Projekt Sanierung und Ausstattung Stadt- und Landesbibliothek sowie Ausstattung Volkshochschule modifiziert und konkretisiert im INSEK 2007, S. 98 ff sowie Antrag EFRE / Nachhaltige Stadtentwicklung.		
Beitrag der Maßnahmen zur Stärkung der überregionalen und regionalen/ umlandbezogenen Ausstrahlkraft des RWK	Das Bildungsforum vereint Standorte und Angebote der Stadt- und Landesbibliothek sowie der Volkshochschule „Albert Einstein“. Durch den neuen konzeptionellen Ansatz profiliert sich das Bildungsforum als ein innovativer Ort des lebenslangen Lernens mit regionaler Ausstrahlung. Schon heute liegt der Anteil der Bibliotheksnutzer, die aus dem Brandenburger Umland kommen, bei 22 %. Das sind jährlich rund 3.000 Bürgerinnen und Bürger. Die Neuausrichtung wird zu einer Erhöhung der Umlandnutzung führen. Die Maßnahme „Wissenspeicher“ hat seit Ende Juni 2011 einen neuen Namen. Mit Hilfe eines öffentlichen Wettbewerbes wurden Namensvorschläge für das Gebäude gesucht, in dem zukünftig die Stadt- und Landesbibliothek und die Volkshochschule kooperieren werden. Der neue Name ist „Bildungsforum“, der Name der Maßnahme wird entsprechend angepasst.		
Gesamtkosten/ (angestrebte) Finanzierungsquellen	Gesamtkosten	Förderbedarf	Eigenanteil
	für EFRE-Projekt VHS/SLB: 3,0 Mio. EUR	für EFRE-Projekt VHS: 1,8 Mio. EUR	für EFRE-Projekt VHS/SLB: 1,2 Mio. EUR
Sachstand (z. B. über Förderabstimmungen und Vorbereitungsaktivitäten)	Der Umzug der Volkshochschule ist prioritäres Projekt im Rahmen der EFRE-Förderung / Richtlinie zur Nachhaltigen Stadtentwicklung. Der Förderantrag wurde im Mai 2010 gestellt. Der Zuwendungsbescheid liegt seit dem 20.12.2010 vor, das Projekt ist im Bau. Das Gebäude wird nach dem Einzug der Volkshochschule „Albert Einstein“ und der „Wissenschaftsetage“ im obersten Stockwerk des Gebäudes unter dem Namen „Bildungsforum“ zum innovativen Ort des lebenslangen Lernens. In der „Wissenschaftsetage“ präsentieren sich die Potsdamer und Brandenburger Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen künftig mit Ausstellungen und Veranstaltungen.		
Darstellung des Unterstützungsbedarfs durch die Landesregierung	Unterstützung im Rahmen der EFRE / NSE erfolgt.		

Erfassungsbogen für RWK-Maßnahmen

Stand: 18.07.2012

(ohne Maßnahmen, die das Kabinett als umgesetzt eingestuft hat)

RWK	Potsdam		
Titel der Maßnahme	Handwerker- und Gewerbehof Babelsberg		
Status (bitte ankreuzen)	beschlossene Maßnahme aus Vorjahren	erstmalig vorgeschlagene Maßnahme	Prüfungs- und Konkretisierungsbedarf
	X		
Beschreibung der Maßnahme	Mit der Errichtung eines Handwerker- und Gewerbehofes sollen nachfragegerecht Gewerbeeinheiten angeboten werden, um vorhandene Angebotsengpässe und Knappheiten in der Stadt zu überwinden. Durch die Bereitstellung attraktiver, innenstadtnaher Gewerbeflächen und die Nutzung von Synergieeffekten, die im Umfeld der bereits ansässigen Gewerbebetriebe im Gewerbequartier Babelsberg zu erwarten sind, soll vor allem die lokale Wirtschaft gestärkt werden. Zielgruppe sind Verlagerungsfälle aus den Sanierungsgebieten, kleine Handwerks- und Gewerbebetriebe sowie Existenzgründer. Die Maßnahme soll die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen im handwerklichen und gewerblichen Bereich unterstützen.		
Ableitung aus dem Standortentwicklungskonzept	Gewerbehof Babelsberg (Schlüsselmaßnahme 5, Standortentwicklungskonzept, S. 55f. und Anhang S. 73 ff., 14. September 2006)		
Beitrag der Maßnahmen zur Stärkung der überregionalen und regionalen/ umlandbezogenen Ausstrahlkraft des RWK	Kleinst- und Kleinunternehmen bilden das Rückgrat der Wirtschaft in Potsdam. Maßnahmen, die zur Sicherung, Stärkung und zum Ausbau dieser kleingewerblichen Strukturen beitragen, haben darüber hinaus einen nicht zu unterschätzenden positiven Einfluss auf Entwicklungen des regionalen Arbeitsmarktes.		
Gesamtkosten/ (angestrebte) Finanzierungsquellen	Gesamtkosten	Förderbedarf	Eigenanteil
	rd. 3,1 Mio. EUR (aktuelle Kalkulation Juni 2012)	1,5 Mio. EUR Nachhaltige Stadtentwicklung/ Stadtentwicklungsfonds 0,4 Mio. EUR Kreditaufnahme durch TGZP (Die ILB prüft auch eine Finanzierung von 1,9 Mio. EUR aus dem SEF. Damit würde die zusätzliche Fremdfinanzierung der TGZP über 0,4 Mio. EUR entfallen.)	1,2 Mio. EUR aus Entwicklungsmaßnahme Babelsberg* Grundstück aus Treuhandvermögen (8.732m ²)
Sachstand (z. B. über Förderabstimmungen und Vorbereitungsaktivitäten)	* Mit Schreiben vom 17.09.2009 hat das Landesamt für Bauen und Verkehr (LBV) den Antrag der Landeshauptstadt zur Anerkennung der Maßnahme „Handwerker- und Gewerbehof Babelsberg“ als teilweise entwicklungsbedingte Maßnahme und damit der anteiligen Finanzierung aus dem Treuhandvermögen der Entwicklungsmaßnahme Babelsberg nach Zustimmung des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung (MIR) befürwortet. Die Zustimmung erfolgte dem Grunde nach und in Höhe der von der Landeshauptstadt beantragten Förderung bis zu einer Höhe von 50 Prozent der Gesamtkosten gemäß B.4.2.6 der Förderrichtlinie für Stadtentwicklung vom 07.04.2003. Zeitplan: <ul style="list-style-type: none"> Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam am 2. Juni 2010 (Vorlage 10/SVV/0357): „Errichtung und Betreibung eines Handwerker- und Gewerbehofes Babelsberg“ (13 Gewerbeeinheiten mit je 200 m² Gewerbehallen plus 200 m²) 		

	<p>Freifläche) durch die Technologie- und Gewerbezentren Potsdam GmbH (TGZP) . Das zu bebauende städtische Grundstück wird aus dem Treuhandvermögen der Entwicklungsmaßnahme Babelsberg als Sacheinlage an die TGZP übertragen und in die Kapitalrücklage der Gesellschaft eingestellt.</p> <ul style="list-style-type: none"> • 09/2010 Aufgabenstellung und Auswahlgespräche mit den Architekturbüros • 10/2010 Antragstellung beim LBV durch die TGZP zur Förderung aus dem Programm SEF • 11/2010 Aufsichtsratsbeschluss der TGZP GmbH • 12/2010 Beschluss der Gesellschafterversammlung der TGZP GmbH • 03/2011 Architektenauswahl nach Bewertung der Entwürfe einschließlich Kostenberechnung (DIN 276, KG. 100-700) und Berechnung der Grundfläche und Rauminhalte (DIN 277) • 05/2011 Beauftragung des Architekten • 06/2011 Bereitstellung der Unterlagen zwecks Entscheidung über die Mittelvergabe aus dem Stadtentwicklungsfonds durch die ILB • 07/2011 Aus dem Baugrundgutachten ergeben sich Probleme und damit erhöhte Anforderungen das Fundament und die Versorgung mit den entsprechenden Medien. Das führte zu Verzögerungen und Erhöhung der Baukosten • 08/2011 Versandt überarbeiteter Antrag SEF an die ILB durch die TGZP • 10/2011 Entwurf über einen dreiseitigen Vertrag über die: Errichtung und den Betrieb des HGBa zwischen Landeshauptstadt Potsdam, Stadtkontor GmbH und TGZP GmbH, sowie einen Fördervertrag zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und der TGZP GmbH gemäß Nr. B.4.2.6. der Förderrichtlinie zur Stadtentwicklung vom 7.4.2003 in Verbindung mit der Städtebauförderrichtlinie des MIR vom 9.7.2009 • 12/2011 Ergebnis der baufachlichen Antragsprüfung vom BLB • ab 12/2011 Einholung von Finanzierungsangeboten der Fremdmittel von Finanzinstituten • 06/2012 Entscheidung zur Finanzierung der Fremdmittel • 08/2012 Abschluss der Verträge Fördervertrag, Grundstücksübertragung, Finanzierung • 09/2012 Erarbeitung Baugenehmigung • 12/2013 geplante Fertigstellung des Handwerker- und Gewerbehofes
<p>Darstellung des Unterstützungsbedarfs durch die Landesregierung</p>	<p>Unterstützung bei der Mittelvergabe aus dem Programm NSE - Stadtentwicklungsfonds</p>

Erfassungsbogen für RWK-Maßnahmen

Stand: 18.07.2012

(ohne Maßnahmen, die das Kabinett als umgesetzt eingestuft hat)

RWK	Potsdam		
Titel der Maßnahme	Schienenanbindung Potsdam – Flughafen Berlin Brandenburg (BER)		
Status (bitte ankreuzen)	beschlossene Maßnahme aus Vorjahren	erstmalig vorgeschlagene Maßnahme	Prüfungs- und Konkretisierungsbedarf
	X		
Beschreibung der Maßnahme	Die schnelle Schienenverbindung Potsdam – BER wurde durch die neue Streckenführung der RB 22 von Potsdam Hbf – Golm – BER in den Landesnahverkehrsplan aufgenommen und ist seit Fahrplanwechsel Dezember 2012 in Betrieb. Vom RWK vorgeschlagen wird darüber hinaus ein Beginn der RB 22 ab Bhf. Griebnitzsee und der Zwischenhalt am Bhf. Pirschheide.		
Ableitung aus dem Standortentwicklungskonzept	Standortentwicklungskonzept 2006, Maßnahme 1, S.46f. Die Ableitung für den Bahnhof Pirschheide ist auf einem gesonderten Maßnahmebögen dargestellt.		
Beitrag der Maßnahmen zur Stärkung der überregionalen und regionalen/ umlandbezogenen Ausstrahlkraft des RWK	Mit einer Einbindung des Bhf. Griebnitzsee kann ein entscheidender Beitrag zur Verbesserung der Verbindung zwischen Griebnitzsee und Golm geleistet werden, s. „Wissenschaftsbahn“. Vom Bf. Griebnitzsee werden bedeutende Wissenschafts- und Wirtschaftsstandorte erschlossen, v.a. die Uni mit dem HPI und die Medienstadt Babelsberg. Eine direkte Flughafen-Anbindung würde für die international aufgestellten Unternehmen und Einrichtungen an den Standorten (u.a. RBB, Studio Babelsberg, Filmpark, UFA-Grundy etc.) eine Standortaufwertung und einen wichtigen Entwicklungsimpuls für die Medienstadt, u.a. für die Fachkräftesicherung bedeuten, auch in der Konkurrenz zu Berliner Standorten wie Adlershof. Die Einbindung des Bhf. Griebnitzsee verbessert auch die Erreichbarkeit aus der Region.		
Gesamtkosten/ (angestrebte) Finanzierungsquellen	Gesamtkosten	Förderbedarf	Eigenanteil
Sachstand (z. B. über Förderabstimmungen und Vorbereitungsaktivitäten)	Die Umsetzung ist im Dezember 2012 erfolgt, allerdings bisher ohne die Einbindung der Bf. Griebnitzsee und Pirschheide. Auf Anfrage des RWK an die Deutsche Bahn nach der weiteren Zeitplanung erhielt der RWK per Email vom 23.05.2012 von Herrn Grassow, Regionalbereich Ost, Vertrieb und Fahrplan (I.NM-O), Teamleiter Entwicklungen und Konzepte, DB Netz AG folgende Antwort: (...) „Das Land Brandenburg fungiert als Aufgabenträger für den SPNV (Schienenpersonennahverkehr) und legt die wesentlichen Eckpunkte des SPNV-Angebotes im Land fest. Die geplante Errichtung eines zweiten Regionalbahnsteigs in Griebnitzsee steht in Verbindung mit dem bisherigen Wunsch des Landes, ab dem Fahrplanwechsel im Dezember 2012 von Montag bis Freitag tagsüber (ca. 07 bis 18 Uhr) zwischen Potsdam und Berlin Friedrichstraße das Regionalverkehrsangebot zu verdichten. Zusätzlich zu den unverändert im 30-Minutentakt verkehrenden Zügen der Linie RE 1 war geplant, die in Griebnitzsee endenden und jeweils im 1-Stundentakt verkehrenden Züge der Linien RB 21 (von und nach Wustermark) bzw. RB 22 (von und nach Golm / Flughafen Berlin-Schönefeld bzw. künftig BER) nach Berlin Friedrichstraße zu verlängern. Hiermit wäre das Angebot an Regionalbahnen zwischen Potsdam und Berlin tagsüber von zwei auf vier Züge je Stunde und Richtung verdichtet worden. Dabei war vorgesehen, den Bahnhof Griebnitzsee zunächst nur in der Fahrtrichtung Potsdam - Berlin zu bedienen, da nur in dieser Richtung ein Bahnsteig ohne das Kreuzen des Gleises der Gegenrichtung genutzt werden kann. Der Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg, Herr Vogelsänger, hat am 23.04.2012 mitgeteilt, dass mit Wirkung zum		

	<p>Fahrplanjahr 2013 (ab Fahrplanwechsel 12/2012) aus verschiedenen Gründen Veränderungen an der Angebotsgestaltung vorgenommen werden müssen. Nach den bisherigen Abstimmungen mit dem Land Brandenburg gehen wir davon aus, dass von diesen Anpassungen auch die Linien 21 und 22 betroffen sein werden; im Ergebnis rechnen wir damit, dass nur einzelne Zugpaare (voraussichtlich vier) in der Früh-HVZ von Potsdam Griebnitzsee nach Berlin verlängert werden. Das Land hat uns mitgeteilt, dass es unverändert ein großes Interesse daran hat, die vollständige Taktverdichtung Potsdam - Berlin baldmöglichst zu erreichen. Nach Möglichkeit soll diese bereits zum Fahrplanwechsel im Dezember 2013 erfolgen. Eine verbindliche Aussage hierzu kann das Land aber derzeit nicht treffen.</p> <p>Die Planungen zur Errichtung des zweiten Bahnsteigs in Potsdam Griebnitzsee werden durch unser Schwesterunternehmen, die DB Station&Service AG derzeit unverändert vorangetrieben. Eine Fertigstellung der zusätzlichen Bahnsteigkante könnte im Laufe des Jahres 2014 erfolgen. Die Fortführung unserer Arbeiten setzt aber voraus, dass das Land an seiner früheren Bestellplanung für die Linien 21 und 22 festhält. Wir befinden uns zu diesem Thema mit dem Land in einem kontinuierlichen Kommunikationsprozess.“</p>
<p>Darstellung des Unterstützungsbedarfs durch die Landesregierung</p>	<p>Der RWK fordert eine möglichst zeitnahe Fertigstellung des zweiten Bahnsteiges und damit Einbindung des Bf. Griebnitzsee in den neuen RB 22 sowie das Festhalten an der geplanten Taktverdichtung zwischen Berlin-Friedrichstraße und Golm Mo. - Fr. mindestens zwischen 7 und 18 Uhr. Eine Verdichtung lediglich am frühen Morgen und eine Beibehaltung des Taktes in den übrigen Zeiten wird der Bedeutung der Linie (auch zur Verbindung der Hochschulstandorte) und der Standortentwicklung Golms und der Medienstadt nicht gerecht.</p>

Erfassungsbogen für RWK-Maßnahmen

Stand: 18.07.2012

(ohne Maßnahmen, die das Kabinett als umgesetzt eingestuft hat)

RWK	Potsdam		
Titel der Maßnahme	Wassertourismus		
Status (bitte ankreuzen)	beschlossene Maßnahme aus Vorjahren	erstmalig vorgeschlagene Maßnahme	Prüfungs- und Konkretisierungsbedarf
	X		
Beschreibung der Maßnahme	Umsetzung „Uferwegekonzept Potsdam“: Beabsichtigt ist durch die stufenweise Umsetzung des „Uferwegekonzept Potsdam“ die landseitige öffentliche Infrastruktur weiterzuentwickeln. Städtetouristen in Potsdam sollen dadurch die besondere Wasser- und Insellage der Stadt erleben und u.a. auch an wassertouristische Nutzungen herangeführt werden.		
Ableitung aus dem Standortentwicklungskonzept	Schlüsselprojekte, Maßnahme 6 „Touristisches und kulturelles Management Region Potsdam – Marketing und Vorbereitung touristischer Infrastrukturprojekte“ (Standortentwicklungskonzept, S. 57, 14. September 2006) „Wassertourismus - Weiterentwicklung der wassertouristischen Infrastruktur zur Intensivierung der land- und wasserseitigen touristischen Vernetzung“ (Umsetzung der Schlüsselmaßnahmen, Bericht an die Interministerielle Arbeitsgruppe Aufbau Ost (IMAG), S. 25 ff., Juni 2008)		
Beitrag der Maßnahmen zur Stärkung der überregionalen und regionalen/ umlandbezogenen Ausstrahlkraft des RWK	Die Weiterentwicklung der land- und wasserseitigen touristischen Basisinfrastruktur im RWK trägt nachhaltig zur Qualifizierung der Angebotssituation bei, die im regionalen Maßstab zu einer besseren Ausschöpfung touristischer Potenziale beitragen soll.		
Gesamtkosten/ (angestrebte) Finanzierungsquellen	Gesamtkosten	Förderbedarf	Eigenanteil
	„Uferwegekonzept“ Uferwegabschnitt Nuthepark – Vorderkappe 2.700.000 EUR Teilabschnitt M2 Havelbucht / Auslaufbauwerk Yachthafen 685.226,61 EUR	„Uferwegekonzept“ Uferwegabschnitt Nuthepark – Vorderkappe 2.000.000 EUR (EFRE NSE) Teilabschnitt M2 Havelbucht / Auslaufbauwerk Yachthafen 478.100 EUR	„Uferwegekonzept“ Uferwegabschnitt Nuthepark – Vorderkappe 666.000 EUR Teilabschnitt M2 Havelbucht / Auslaufbauwerk Yachthafen 207.126,61 EUR
Sachstand (z. B. über Förderabstimmungen und Vorbereitungsaktivitäten)	<p>Uferwegabschnitte Nuthepark – Vorderkappe (INSEK) (entspricht Teilabschnitte M4 Speicherstadt und M5 Wasserwerk lt. Statusbericht 2009) Der Antrag auf Gewährung von Zuschüssen im Rahmen des EFRE Nachhaltige Stadtentwicklung wurde mit Datum vom 06. Mai 2010 gestellt. VOF-Verfahren für Planungsleistungen Freianlagen einschl. Wasserbau zur Vervollständigung der Antragsunterlagen wurde im Juni 2011 abgeschlossen.</p> <p>Gesamtkosten: 2.700.000,00 EUR Beantragter Zuschuss: 2.000.000,00 EUR Eigenmittel: 666.000,00 EUR.</p> <p>Realisierung des Vorhabens im Zeitraum 2011 bis 2013: Teilabschnitte: A Neue Fahrt ab Nuthepark bis einschließlich Unterführung Lange Brücke / B Speicherstadt / C Wasserwerk II bis Leipziger Str. Abschnitt A und 1. Teilabschnitt B Vorgezogener Maßnahmenbeginn wurde beantragt, Fertigstellung im Herbst 2013 geplant. 2. Teilabschnitt B und C ab endgültiger Klärung der Förderfähigkeit möglich, Fertigstellung bis Ende 2013 vorgesehen.</p>		

	<p>Teilabschnitt M1 Villa Karlshagen Die Fertigstellung des Bauvorhabens erfolgte im September 2010. Der Verwendungsnachweis (Förderung durch EFRE Nachhaltige Stadtentwicklung) wurde im April 2011 bei der InvestitionsBank Brandenburg eingereicht.</p> <p>Teilabschnitt M2 Havelbucht / Auslaufbauwerk Yachthafen Der Förderantrag der Landeshauptstadt Potsdam (Bereich Grünflächen) auf Gewährung eines Zuschusses aus Mitteln des Programms zur Förderung der wirtschaftsnahen kommunalen Infrastruktur im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“-GRW (GRW-I) für die „Umgestaltung des Uferweges Neustädter Havelbucht“ wurde von der ILB mit Schreiben vom 24.02.2011 für den Zeitraum vom 24.02.2011 bis 30.06.2014 (Bewilligungszeitraum) bewilligt. Das Vorhaben ist vom 01.01.2011 bis 31.12.2012 durchzuführen (Investitionszeitraum). Gesamtkosten: 685.226,61 EUR Zuwendung: 478.100,00 EUR (80% der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben in Höhe von 597.633,00 EUR) Eigenanteil: 207.126,61 EUR (20% der zuwendungsfähigen Ausgaben zuzüglich der nicht zuwendungsfähigen Mehrausgaben) Das Vorhaben soll bis zum 31.12.2012 in folgenden Etappen realisiert werden: Planung 2011 / Kampfmittelbeseitigung Januar 2012 / Baumfällung Februar 2012 / Ausschreibung März 2012 / Vergabe Mai 2012 / Baubeginn Mai 2012 / Baufertigstellung Dezember 2012. Teilabschnitte M3 Hinzenberg und M6 Hermannswerder Wegen fehlender Eigenmittel bis nach 2013 zurückgestellt.</p>
<p>Darstellung des Unterstützungsbedarfs durch die Landesregierung</p>	<p>Bewilligung des vorliegenden Förderanträge zu den Maßnahmen: Uferwegabschnitt Nuthepark – Vorderkappe (EFRE Nachhaltige Stadtentwicklung)</p>

Erfassungsbogen für RWK-Maßnahmen

Stand: 18.07.2012

(ohne Maßnahmen, die das Kabinett als umgesetzt eingestuft hat)

RWK	Potsdam		
Titel der Maßnahme	Fachkräftesicherung		
Status (bitte ankreuzen)	beschlossene Maßnahme aus Vorjahren	erstmalig vorgeschlagene Maßnahme	Prüfungs- und Konkretisierungsbedarf
	X		
Beschreibung der Maßnahme	Wichtige Arbeitsmarktakteure haben sich in der Landeshauptstadt Potsdam im Netzwerk „Fachkräfteforum Potsdam“ zusammengeschlossen. Sie verfolgen das Ziel, mit gemeinsamen Maßnahmen, einer verstärkten Bündelung von Initiativen sowie der Entwicklung von Angeboten und Strategien weitere Ressourcen zur Sicherung des Fachkräftebedarfes in der Region zu erschließen.		
Ableitung aus dem Standortentwicklungskonzept	Standortstärkung Medienstadt: Fachkräftesicherung und Clustermanagement (Schlüsselmaßnahme 9, Standortentwicklungskonzept, S. 63, 14. September 2006.)		
Beitrag der Maßnahmen zur Stärkung der überregionalen und regionalen/ umlandbezogenen Ausstrahlkraft des RWK	Die Einleitung von Maßnahmen zur Fachkräftesicherung und die Erhöhung ihrer Wirksamkeit auf der Grundlage eines abgestimmten Handelns zwischen den Akteuren und gemeinsam entwickelten Konzepten für den RWK bewirken die qualitative und quantitative Stärkung des Faktors Arbeitskräfte und erhöhen dadurch die Attraktivität und Anziehungskraft des Wirtschaftsstandortes und der Wirtschaftsregion, unter Verweis auf die Verflechtungen und Funktionsteilungen in der Region.		
Gesamtkosten/ (angestrebte) Finanzierungsquellen	Gesamtkosten	Förderbedarf	Eigenanteil
Sachstand (z. B. über Förderabstimmungen und Vorbereitungsaktivitäten)	<p>Die Bewertung von Netzwerkaktivitäten, die Notwendigkeit der Anpassung von thematischen Schwerpunkten und die Organisation der Netzwerkarbeit waren Gegenstand einer Befragung der Netzwerkakteure im Fachkräfteforum Potsdam im ersten Quartal 2012. Die Ergebnisse der Interviews werden die Beteiligten in Kürze gemeinsam beraten, um die Netzwerkarbeit, ausgehend von den Zielstellungen, weiter zu qualifizieren.</p> <p>Nachfolgende Maßnahmen zeigen exemplarisch, dass es im Berichtszeitraum in Potsdam vielfältige Angebote und Maßnahmen zum Thema Fachkräftesicherung in der Region gab, die quantitativ und qualitativ den Anforderungen entsprachen und von den Partnern im Fachkräfteforum mit hoher fachlicher Kompetenz vorbereitet und durchgeführt wurden (weitere Informationen auch unter: www.potsdam.de/fachkraefteforum):</p> <p>Im Rahmen der Märkischen Bildungsmesse präsentierten sich mit der <i>Agentur für Arbeit Potsdam</i>, der <i>Handwerkskammer Potsdam</i>, der <i>IHK Potsdam</i>, der <i>LASA Brandenburg GmbH</i> und dem <i>Unternehmerverband Brandenburg e.V.</i> vier Vertreter aus dem Fachkräfteforum Potsdam, um Bildungsinteressierte zu beraten. Veranstalter der Messe sind die Regionalen Weiterbildungsbeiräte der Städte Potsdam und Brandenburg sowie der Landkreise Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming. An der Messe am 30. und 31. März 2012 in Potsdam haben 138 Ausstellern teilgenommen.</p> <p>Am 28. März 2012 fand die diesjährige JOBinale statt. Über 2.000 Jugendliche unter 25 Jahren waren eingeladen, die größte Job- und Ausbildungsmesse der Region in der Potsdamer Waschhaus-Arena in der Schiffbaugasse zu besuchen. Hier konnten sie sich über mehr als 200 konkrete Arbeits- und</p>		

Ausbildungsplätze informieren. 60 ausstellende Ausbildungsbetriebe und Arbeitgeber standen dabei als kompetente Gesprächspartner zur Verfügung. Die JOBinale hat sich im Veranstaltungskalender der Region fest etabliert und findet jährlich statt. Die neunte Auflage dieser Messe – Veranstalter sind die die *Agentur für Arbeit Potsdam* gemeinsam mit den *Jobcentern in der Landeshauptstadt Potsdam*, der Stadt Brandenburg an der Havel und im Landkreis Potsdam-Mittelmark - ist Ausdruck für den Erfolg dieses Veranstaltungsformats und der regionalen Zusammenarbeit bei der Fachkräftesicherung. Bereits heute liegen Anmeldungen für die JOBinale 2013 vor.

Am 6. Februar 2012 begann die 5-wöchige Tour des **Lehrstellenmobils der Agentur für Arbeit Potsdam** durch den Agenturbezirk. Unter dem Motto „Lehrstellenmobil – Wir bringen die Jobs an Deine Schule“ besuchten die Berufsberater und Arbeitsvermittler mit 444 regionalen Ausbildungsplätzen im Gepäck insgesamt 1.800 Zehntklässler an 31 Schulen. Die Potsdamer Arbeitsagentur hat das Projekt 2010 initiiert. Es wurde mehrfach „kopiert“, ist in dieser Form aber bundesweit einzigartig. Die Aktion Lehrstellenmobil fand bereits im dritten Jahr statt, mit wachsendem Erfolg. 2011 nahmen 1.600 Zehntklässler an 28 Schulen teil, 2010 waren es 1.200 Schüler an 19 Schulen.

Im Rahmen der Berufsorientierung unterstützt die *Handwerkskammer Potsdam* auch 2011/2012 mit zahlreichen Aktivitäten die zukünftigen Auszubildenden. Einen Überblick zu den vielfältigen Ausbildungsmöglichkeiten im Handwerk können Schüler aller Schulen im Rahmen der traditionellen **Schülerwochen im Zentrum für Gewerbeförderung der Handwerkskammer in Götz** erhalten. 2011 nutzten diese Möglichkeit 315 Schüler, seit 1998 waren es mehr als 12.400 Schüler. Im Frühjahr 2012 wurde mit den Partnerschulen, wie der Käthe-Kollwitz Oberschule Potsdam, inhaltlich ein neues Konzept erarbeitet. Außerdem konnte die Handwerkskammer mit 13 Schulen **Kooperationsverträge** abschließen. Hierbei verpflichtet sich die Handwerkskammer mit Schülern der 8. Klasse Potenzialanalysen zum Arbeits- und Sozialverhalten durchzuführen. Danach probieren sich die Schüler zwei Wochen lang in vier Ausbildungsberufen bei praktischen Übungen in den Werkstätten des Zentrums für Gewerbeförderung aus. 2011 konnten diese Möglichkeiten rund 500 Schüler nutzen, 2012 werden es 700 sein. Diese Aktivität wird im Rahmen des **Bundesprogramms „Entdecke deine Möglichkeiten“** gefördert.

Am 20. Oktober 2011 startete die Handwerkskammer als erste Kammer der neuen Bundesländer mit der kostenlosen **App „Lehrstellenradar“**. Diese mobile App bietet Jugendlichen, Berufsberatern, Lehrern und Eltern bundesweit einen einfachen Zugang zu freien Lehrstellen und Praktikumsplätzen aus dem Datenbestand der Handwerkskammer Potsdam.

Während der Ausbildung konnten 2011 im Rahmen des EU-Projekts „Handwerk mobil – Chance Europa“ vierzehn Lehrlinge einen Teil ihrer **Ausbildung im Ausland** absolvieren. Organisiert wurden die Ausbildungswochen durch die Mobilitätsberaterin der Handwerkskammer mit Mitteln aus dem europäischen LEONARDO DA VINCI-Programm.

Im Rahmen der bundesweiten **Weiterbildungstage der IHK** hat sich auch die die *Industrie- und Handelskammer (IHK) Potsdam* mit ihrer Weiterbildung im Rahmen von Aktionstagen am 11. und 12.03.2011 vorgestellt und an diesen Tagen kostenlose Beratungen und Informationen rund um das Thema Weiterbildung angeboten. Neben der Möglichkeit, sich individuell über Lehrgangs- und Seminarangebot zu informieren, wurde allen Bildungsinteressierten ein umfangreiches Rahmenprogramm mit Vorträgen, Schnupperunterricht und persönlichen Einstufungen angeboten. Interessierte konnten sich darüber hinaus Tipps zu Fördermöglichkeiten, wie zum Beispiel zum Bildungsschecks und zum Meisterbafög, geben lassen.

Am 05.04.2011 veranstaltete die IHK Potsdam die **Fachtagung „Synergien zur perspektivischen Fachkräftesicherung IV (Bildungswege und Übergänge optimieren)“** mit dem Ziel, im Rahmen dieser Kooperationsveranstaltung, den Erfahrungsaustausch zwischen Akteuren aus Bildung, Politik und Wirtschaft anzuregen und Impulse für neue Kooperationen zu geben.

Der **„Zukunftstag für Mädchen und Jungen“** am 14.04.2011 in der IHK Potsdam richtete sich wieder an Schülerinnen und Schüler mit einem umfangreichen Veranstaltungsprogramm im Themenfeld Berufsausbildung und Ausbildungsplatzfindung.

Zur Ausbildungsplatzvermittlung von unversorgten Altbewerber und Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 10,12 und 13 veranstaltete die IHK Potsdam am 20.04.2011 ihre **„Last-Minute-Lehrstellenbörse“** mit Beratungsangeboten zu Ausbildungsstellen, Berufsbilder und allgemeiner Berufsorientierung.

Potsdam ist eine wachsende Stadt. Fachkräfte treffen Ihre Arbeitsplatzentscheidung nicht zuletzt vor dem Hintergrund der vorhanden sozialen Infrastruktur. „Gibt es einen Kita-Platz, damit mein Partner seine berufliche Karriere fortsetzen kann?“ Ähnliches gilt für Alleinerziehende: Um das Fachkräftepotential von Allerziehenden nutzen zu können, müssen die Kinder mit einem Betreuungsangebot versorgt sein. Von der Beantwortung dieser Fragen hängt immer öfter

auch die Entscheidung zum Lebensmittelpunkt ab. In Potsdam werden in den nächsten Jahren rund 800 neue Kitaplätze und die dafür entsprechende Anzahl von Erzieherinnen benötigt. Daher fördert das *Jobcenter Landeshauptstadt Potsdam* gemeinsam mit zwei Anbietern die **Qualifizierung von 30 Arbeitslosengeld II- Berechtigten zu Erzieherinnen und Erziehern** auf der Grundlage der entsprechenden Richtlinie des Landes Brandenburg. Sie sieht eine Qualifizierung innerhalb von zwei Jahren vor, die ausschließlich im Land Brandenburg anerkannt wird mit der Möglichkeit, in diesem Bundesland dann als Erzieherin bzw. Erzieher zu arbeiten.

Auf Grundlage der Erfahrungen aus dem Projekt „**Campus der Generationen**“ wird im Jahr 2012 an der *Universität Potsdam* ein Projekt zum transnationalen Erfahrungsaustausch im Bereich des lebenslangen Lernens durchgeführt. Im Rahmen des Austausches mit etablierten Einrichtungen des lebenslangen Lernens an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck (Österreich) und der Zuyd University of Applied Sciences Limburg (Niederlande) soll ein Leitfaden für **Aufbau und Etablierung eines Service Centers für lebenslanges Lernen an der Universität Potsdam** entstehen. Langfristig sollen hier die vielfältigen akademischen Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote für die unterschiedlichen Zielgruppen gebündelt werden (von Angeboten für Kinder und Schüler bis zu berufstätigen Absolventen und Senioren). Darüber hinaus soll durch die Beobachtung des Weiterbildungs- und Arbeitsmarktes sowie entsprechender Analysen zielgruppengenaue und bedarfsgerechte Angebote (entsprechend des Fachkräftebedarfes) geschaffen werden. Gleichzeitig soll eine Strategie zur Anerkennung von Lern- und Arbeitsleistungen in der universitären Weiterbildung (Durchlässigkeit) implementiert werden.

Das **Förderprojekt „Erfahrung anerkennen – Voraussetzung für einen akademischen Abschluss schaffen“** des *BIEM e.V. unter wissenschaftlicher Leitung von Prof. Dr. Dieter Wagner* will angehenden und aktiven Führungskräften aus Brandenburg ohne einen vollständigen akademischen Hintergrund den Zugang zum betriebswirtschaftlichen Studium in Brandenburg öffnen. Dazu ist vor allem die Anerkennung und Anrechnung der Kompetenzen der Führungskräfte sinnvoll, welche diese bereits im Berufsalltag und bei Weiterbildungen erworben haben. Der innovative Kern des Projektes besteht in der systematischen Analyse der Bildungsbedarfe und Anrechnungspotentiale in der Region und einer daran anschließenden Entwicklung von nachhaltigen Bildungsangeboten. Hervorzuheben ist hierbei das Angebot des „Bachelor-Coaching“, welches exzellenten Absolventen der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie (VWA) Potsdam ein durch Anrechnung verkürztes und berufsbegleitendes Studium zum Bachelor Betriebswirtschaft an der Universität Potsdam ermöglicht.

Im Jahr 2011 organisierte die *transfer media gGmbH* umfangreiche **Maßnahmen zur Fachkräftesicherung im Bereich Film und Fernsehen**. Die insbesondere für den Medienstandort Babelsberg wichtige Branche befindet sich derzeit in einem gewaltigen technologischen Umbruchprozess. Neue Sendeformate (HD) und neue Produktionsprozesse (filebasiert) verlangen von den Fachkräften ein radikales Umdenken und eine teilweise vollständige neue Ausgestaltung des eigenen Berufsbildes. Die transfer media organisierte dazu ein umfangreiches Bildungsprogramm, gab Fachpublikationen heraus und veranstaltete am Medienstandort Babelsberg strategische Fachgespräche zum Thema unter dem Label „Film meets IT“. Es gelang auf diese Weise, mehrere 100 Personen weiterzubilden und so für die gewachsenen und sich verändernden Ansprüche an Fachkräfte aus der Branche fit zu machen.

Experten gehen davon aus, dass 80 Prozent aller in Wirtschaft und Verwaltung getroffenen Entscheidungen auf Geoinformationen basieren. In Berlin und Brandenburg gibt es ca. 2.000 Unternehmen, die mehr oder weniger direkt in der Geoinformationswirtschaft arbeiten. Sie erfassen, verarbeiten und veredeln Geodaten, aus den dann Produkte, Anwendungen und Dienste entstehen. Rund 10.000 Unternehmen und eine große Anzahl von Behörden und öffentlichen Verwaltungen sind direkte oder indirekte Nutzer und Anwender dieser Geoinformationen und GI-Software. Damit steigen automatisch Anforderungen an die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, weil sie über (Grund-) Kenntnisse verfügen müssen, um Geoinformationen im Arbeitsprozess integrieren und nutzen zu können. Deshalb ist es aus Sicht des Verbandes GEOkomm und der Mitglieder des Fachkräfteforums notwendig, eine „**Fachkräftebedarfsanalyse**“ in der Branche **Geoinformationswirtschaft** durchzuführen. Der zeitliche Rahmen der Untersuchung, die vom *Regionalbüro Fachkräftesicherung West-Brandenburg der LASA Brandenburg GmbH* durchgeführt wird, erstreckt sich vom 01.07.2012 bis zum 31.04.2013.

Mit dem **Regionalbudget Potsdam** wirbt die *Landeshauptstadt* Fördermittel ein und verfolgt dabei drei Ziele: 1.) die soziale Eingliederung von Langzeitarbeitslosen verbessern; 2.) die Vermittlungschancen von Leistungsempfängern auf dem Arbeitsmarkt erhöhen; 3.) Kooperationen sowie Netzwerke zwischen den beteiligten Akteuren aufbauen. Über einen mittelfristigen Zeitraum und mit der entsprechenden Qualifizierung der Teilnehmenden sind dadurch auch Effekte der Fachkräftesicherung erreichbar.

Darstellung des Unterstützungsbedarfs durch die Landesregierung	
---	--

Erfassungsbogen für RWK-Maßnahmen

Stand: 18.07.2012

(ohne Maßnahmen, die das Kabinett als umgesetzt eingestuft hat)

RWK	Potsdam		
Titel der Maßnahme	Ausbau der L40 zur Anbindung an den Flughafen Berlin Brandenburg (BER)		
Status (bitte ankreuzen)	beschlossene Maßnahme aus Vorjahren	erstmalig vorgeschlagene Maßnahme	Prüfungs- und Konkretisierungsbedarf
	X		
Beschreibung der Maßnahme	Ziel ist es, zusätzlich zu den Verbesserungen des Verkehrsflusses an den Kreuzungsbereichen und Anbindungen die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs, vor allem durch behindertengerechte Haltstellen und Anbindungen, zu erhöhen. Neben dem Straßen-, Gleis- und Fahrleitungsbau erfolgt der grundhafte Ausbau der bestehenden Humboldtbrücke, ein Brückenneubau einschließlich der Stütz- und Lärmschutzwände und die Verlegung der Straßenbahn in Seitenlage. Die Maßnahme wird in mehreren Abschnitten realisiert.		
Ableitung aus dem Standortentwicklungskonzept	Standortentwicklungskonzept 2006, Maßnahme 1, S. 46f. Die Maßnahme ist eine Teilausbaustufe zur Realisierung der geplanten Bundesstraßenführung in der Stadt Potsdam.		
Beitrag der Maßnahmen zur Stärkung der überregionalen und regionalen/ umlandbezogenen Ausstrahlkraft des RWK	Eine Verbesserung des Verkehrsflusses und der Verkehrssituation entlang der Nuthestraße für alle Verkehrsteilnehmer erhält auch im Hinblick auf die zukünftige verkehrliche Erschließung zum Flughafen Berlin Brandenburg (BER) besondere Bedeutung. Von der Maßnahme profitiert die gesamte Region südlich Berlins. Die Baumaßnahme ist im Zusammenhang mit dem weiteren Ausbau der L 40 zu sehen. Das Projekt verbessert die Verkehrssituation im RWK und wirkt unterstützend auf andere Schlüsselprojekte.		
Gesamtkosten/ (angestrebte) Finanzierungsquellen	Gesamtkosten	Förderbedarf	Eigenanteil
	1.NA: 32,5 Mio € (brutto) 2.NA: 22,8 Mio € (brutto)* *in den Gesamtkosten ist der Bauabschnitt 2.2 A enthalten	1.NA: 17,3 Mio € 2.NA: 13,9 Mio €** **im Förderbedarf ist der Bauabschnitt 2.2 A enthalten	1.NA: 19,4 Mio € 2.NA: 8,9 Mio €*** ***im Eigenanteil ist der Bauabschnitt 2.2 A enthalten
Sachstand (z. B. über Förderabstimmungen und Vorbereitungsaktivitäten)	Der NA 1 (Nutzungsabschnitt, stadtauswärtige Fahrbahn) hat im Nov. 2006 begonnen und wurde 2010 beendet. Durch internen Finanzausgleich zwischen den AG VIP, Stadtwerke und LHP konnte der finanzielle Mehrbedarf, der nicht durch Fördermittel ausgeglichen wurde, gegenfinanziert werden. Mit der Bestätigung des Haushaltsplanes 2011 wurde durch die Stadtverordnetenversammlung ein haushaltsbegleitender Beschluss gefasst, Maßnahmen zum Weiterbau der L40 zu ergreifen. Der Bauabschnitt 2.2A läuft seit 2010 und wird im August 2012 abgeschlossen. Für den Bauabschnitt 2.2B wurden 22,062 Mio. Euro Haushaltsmittel bewilligt. Die Ausführung der Bauarbeiten ist für den Zeitraum 2012 bis 2015 geplant. Die Leistungen des Bauabschnitts 2.2B, Teil 1 sind am 08.02.2012 submittiert worden. Die Auftragserteilung erfolgt voraussichtlich im Spätsommer 2012.		

<p>Darstellung des Unterstützungsbedarfs durch die Landesregierung</p>	<p>Eine Einigung zur Förderung des 2. Nutzungsabschnitts (ab Bauabschnitt 2.2 B) ist erfolgt.</p>
--	---

Erfassungsbogen für RWK-Maßnahmen

Stand: 18.07.2012

(ohne Maßnahmen, die das Kabinett als umgesetzt eingestuft hat)

RWK	Potsdam		
Titel der Maßnahme	Radverkehr/Radtourismus		
Status (bitte ankreuzen)	beschlossene Maßnahme aus Vorjahren	erstmalig vorgeschlagene Maßnahme	Prüfungs- und Konkretisierungsbedarf
			X
Beschreibung der Maßnahme	<p>Teilmaßnahmen A-C</p> <p>A. Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur: Teilprojekt Radverbindungen nach Golm: Der Radverkehr spielt bei den Beschäftigten bzw. den Studierenden am Wissenschaftsstandort Golm eine wichtige Rolle (s.a. Verkehrsbefragung Golm www.potsdam.de/verkehrsentwicklung). Absehbar ist, dass dies in der Zukunft weiter zunimmt. Die verbesserte Anbindung des Wissenschaftsstandorts Golm für den Radverkehr durch den Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur führt daher insgesamt zu einer Steigerung der Attraktivität des Standortes und verbessert die Verbindung zwischen den Wissenschaftseinrichtungen. Aus diesem Grund ist die genannte Verbindung im Radverkehrskonzept der Landeshauptstadt als Hauptroute 1. Stufe und in der Radverkehrsstrategie zusätzlich als Route mit wichtiger Verbindungsfunktion klassifiziert, die prioritär umgesetzt werden sollen. Konkrete Ziele: Bau eines Radwegs zwischen der Reiherbergstraße und dem Kuhförter Damm sowie weitergehend in der Lindenallee zum Neuen Palais.</p> <p>B. Verbesserung der Verknüpfung Schienen- und Radverkehr, insbesondere zur Erreichbarkeit der wichtigsten Wissenschaftsstandorte für Pendler: Erstes Teilprojekt: Errichtung einer Fahrradstation am Hauptbahnhof Potsdam, dafür wurde eine Machbarkeitsuntersuchung durchgeführt welche wichtige Ergebnisse zu geeigneten Standorte für die Station, die Anzahl der Fahrradabstellplätze sowie die Bau- und Betriebskosten erbrachte. Es wird empfohlen auf beiden Seiten des Hauptbahnhofs Fahrradstationen zu errichten. Im Umfeld des Hauptbahnhofs befinden sich die Wissenschaftsstandorte Telegrafenberg und Hermannswerder, der potenzielle Standort Speicherstadt, aber auch die Fachhochschule liegt in Fahrradentfernung. Synergieeffekte bestehen zu Fahrradverleihprojekten.</p> <p>C. Radtourismus: Die Chancen des Fahrradtourismus für eine noch stärkere touristische und wirtschaftliche Entwicklung in Potsdam sollen genutzt werden. Dazu soll eine der zentralen radtouristischen Routen in Potsdam, der Europaradweg R1 und gleichzeitig Havelradweg sowie Radroute mit historischen Stadtkernen im Bereich des Templiner Seeufers grundhaft erneuert eine bessere Verknüpfung zwischen Wasser- und Radtourismus geschaffen werden. Die Querung des Zernsees zwischen Potsdam und Werder Bedarf für den Radverkehr einer Qualifizierung. Die optimale Lösung wäre eine neue Radfahrer- und Fußgängerbrücke mit entsprechenden Rampenanlagen, um die Gemeinden Potsdam, Werder und Schwielowsee besser miteinander zu verknüpfen. Die Brücke ist ein Verbindungselement innerhalb der Kulturlandschaft Mittlere Havel und über sie verläuft die regionale touristische Radroute F 3.</p>		
Ableitung aus dem Standortentwicklungskonzept	<p>Standortentwicklungskonzept 2006, Maßnahme 3, S. 50f.</p> <p>Das Schlüsselprojekt bezog sich bisher im Schwerpunkt auf die ÖPNV-Verbindung zwischen den Wissenschaftsstandorten Griebnitzsee (mit Medienstadt) - Hbf (mit Telegrafenberg, Hermannswerder, Speicherstadt in der Nähe) - Sanssouci – Golm.</p> <p>Im Rahmen des aktuellen Radverkehrskonzeptes der Landeshauptstadt wurde Bedeutung und Potenziale des Radverkehrs zur Verbindung der Wissenschaftsstandorte untersucht und Handlungsbedarf festgestellt. Insbesondere für Teilabschnitte (z.B. Golm – Neues Palais) kann der Radverkehr eine wichtige Funktion übernehmen – und den zu Stoßzeiten an der Kapazitätsgrenze fahrenden ÖPNV entlasten. Auch kann die Kfz-Nutzung mit dem Ausbau des Radwegenetzes reduziert werden.</p>		

Beitrag der Maßnahmen zur Stärkung der überregionalen und regionalen/ umlandbezogenen Ausstrahlkraft des RWK	Eine Verbesserung der Verbindung zwischen Golm und Griebnitzsee verbessert auch die Bedingungen und Erreichbarkeit angrenzender Regionen. Von der Stärkung der Wissenschaftsstandorte im RWK profitiert der regionale Arbeitsmarkt.		
Gesamtkosten/ (angestrebte) Finanzierungsquellen	Gesamtkosten	Förderbedarf	Eigenanteil
	<p style="text-align: center; color: red;">Zu A.: ca. 820.000€ zu B.: Baukosten 1.700.000 € zu C.: ca. 600.000 € (Infrastrukturmaßnahmen zur Verbesserung R1); ca. 1.500.000 € (Neubau einer Radfahrer- und Fußgängerbrücke am Zernsee)</p>		
Sachstand (z. B. über Förderabstimmungen und Vorbereitungsaktivitäten)	<p style="color: red;">zu A.: Einbindung der Trasse in das Zielnetz des Radverkehrskonzepts sowie Durchführung der Vorplanungen. Beantragung von Fördermitteln nach dem Entflechtungsmittelgesetz im Februar 2012. Für den Abschnitt zwischen Kuhforter Damm und Reiherbergstraße wurde mit der Genehmigungsplanung begonnen.</p> <p style="color: red;">zu B.: Abschluss der Machbarkeitsuntersuchung . Derzeit wird als Alternativlösung die Unterbringung der Fahrradstation in die nördliche Tiefgarage des Bahnhofscenters geprüft.</p> <p style="color: red;">zu C.: Beauftragung der Vor- und Genehmigungsplanung zum Uferweg Templiner See. Die Brücke über den Zernsee wird im Rahmen der Fortschreibung des Radverkehrskonzepts von Potsdam als Teil einer Radschnellroute zwischen Potsdam und Werder mit betrachtet.</p>		
Darstellung des Unterstützungsbedarfs durch die Landesregierung	<p>zu A: Förderung des Radwegebaus zur Erschließung Golms</p> <p>zu B: Finanzielle Unterstützung bei der Errichtung einer Fahrradstation am Hauptbahnhof Potsdam.</p> <p>zu C: Förderung von Infrastruktur- und sonstigen Maßnahmen.</p>		

Erfassungsbogen für RWK-Maßnahmen

Stand: 18.07.2012

(ohne Maßnahmen, die das Kabinett als umgesetzt eingestuft hat)

RWK	Potsdam		
Titel der Maßnahme	Verlegung Landesstraße L78		
Status (bitte ankreuzen)	beschlossene Maßnahme aus Vorjahren	erstmalig vorgeschlagene Maßnahme	Prüfungs- und Konkretisierungsbedarf
			X
Beschreibung der Maßnahme	Verlegung der L78 (bisher Heinrich-Mann-Allee - Ortsdurchfahrt in Bergholz Rehbrücke) auf die Verlängerung der Wetzlarer Straße (Südteil) mit kreuzungsfreier Bahnquerung (Brücke oder Tunnel) und Führung durch das Industriegebiet Potsdam Süd bis zur BAB 115. Eine Erhöhung des positiven Effektes der Maßnahme ergibt sich durch die ebenfalls neu angemeldete Maßnahme „Verlängerung Wetzlarer Straße“, die eine Verbindung der Medienstadt und des Gewerbegebietes Babelsberg mit dem Industriegebiet Süd ermöglicht.		
Ableitung aus dem Standortentwicklungskonzept	Engpassfaktor Innerstädtische Verkehrssituation (SEK 2006, S. 33), Handlungsschwerpunkt Verbesserte Erreichbarkeit und Anbindung im Schienen- und Straßenverkehr (SEK, S. 35) durch die kreuzungsfreie Anbindung des Industriegebietes. Beitrag zur Minderung der innerstädtischen Verkehrsbelastung (SEK, S. 32), mit deutlicher Wirkung auch für die Nachbargemeinde Nuthetal und die Region.		
Beitrag der Maßnahmen zur Stärkung der überregionalen und regionalen/ umlandbezogenen Ausstrahlkraft des RWK	Auswirkung für Potsdam: Bessere Anbindung des Industriegebiets Potsdam Süd an das städtische Verkehrsnetz. Verkehrliche Entlastung städtischer Straßen, z.B. der Drewitzer Straße und damit somit Verkehrsberuhigung und Erhöhung der Verkehrssicherheit in Wohngebieten, wesentliche Reduzierung des Schwerverkehres auf innerstädtischem Straßennetz. Auswirkung für die Region, insbesondere die Gemeinde Nuthetal: Verbesserte Anbindung Nuthetals und der Region an den RWK Potsdam (Entfall eines Bahnübergangs mit Wartezeit) Verkehrliche Entlastung der Arthur-Scheunert-Allee vom Durchgangsverkehr (aktuell hohe Verkehrsauslastung, starke Trennwirkung, hohe Lärm- und Feinstaubbelastung, Unfallhäufungen). Bessere Erschließung des Gewerbegebiets der Gemeinde Nuthetal („Spezialbaugelände“) an das übergeordnete Straßennetz möglich.		
Gesamtkosten/ (angestrebte) Finanzierungsquellen	Gesamtkosten	Förderbedarf	Eigenanteil
	11-15 Mio. EUR je nach Variante (Brücke oder Tunnel), 9,8 Mio. EUR nach LStrBPI	Vollfinanzierung auf Nuthetaler Gemeindegebiet, Förderung auf Potsdamer Stadtgebiet, Höhe abhängig von Variante und Förderkonditionen	für Teilmaßnahme auf Potsdamer Stadtgebiet, abhängig von Variante und Förderkonditionen. Priorisierung nach L40.
Sachstand (z. B. über Förderabstimmungen und Vorbereitungsaktivitäten)	Machbarkeitsuntersuchung und erste Kostenschätzung liegt vor, die Planung ist mit der Gemeinde Nuthetal abgestimmt. In der zweiten Lesung am 23.06.2011 hat der brandenburgische Landtag den Landesstraßenbedarfsplan (LStrBPI 2010 – 2024) verabschiedet. Darin ist die Maßnahme „Verlegung L78 in Potsdam-Rehbrücke“ enthalten.		

Darstellung des Unterstützungsbedarfs durch die Landesregierung	Prioritäre Umsetzung durch Einleitung Planverfahren und Bau (Landesbetrieb Straßenwesen), Förderung auf Potsdamer Stadtgebiet. Bei Beginn des Planfeststellungsverfahrens 2013 wäre der Bau ab 2015 möglich.
--	--

Erfassungsbogen für RWK-Maßnahmen

Stand: 18.07.2012

(ohne Maßnahmen, die das Kabinett als umgesetzt eingestuft hat)

RWK	Potsdam		
Titel der Maßnahme	Verlängerung Wetzlarer Straße		
Status (bitte ankreuzen)	beschlossene Maßnahme aus Vorjahren	erstmalig vorgeschlagene Maßnahme	Prüfungs- und Konkretisierungsbedarf
			X
Beschreibung der Maßnahme	Verlängerung der Wetzlarer Straße (Nordteil) zwischen L 78 neu und Nutheschnellstraße. Eine Erhöhung des positiven Effektes der Maßnahme ergibt sich durch die ebenfalls neu angemeldete Maßnahme „Verlegung Landessstraße L78“, die eine leistungsfähige Anbindung an das Industriegebiet und die Gemeinde Nuthetal ermöglicht.		
Ableitung aus dem Standortentwicklungskonzept	Engpassfaktor Innerstädtische Verkehrssituation (SEK 2006, S. 33), Handlungsschwerpunkt Verbesserte Erreichbarkeit und Anbindung im Schienen- und Straßenverkehr (SEK, S. 35) durch die bisher fehlende Tangentialverbindung. Beitrag zur Minderung der innerstädtischen Verkehrsbelastung (SEK, S. 32), mit deutlicher Wirkung auch für die Nachbargemeinde Nuthetal. Beitrag zum Ziel der Verknüpfung Wirtschaft und Wissenschaft durch bessere Verbindung der Medienstadt mit dem Industriegebiet. (SEK, S. 37)		
Beitrag der Maßnahmen zur Stärkung der überregionalen und regionalen/ umlandbezogenen Ausstrahlkraft des RWK	Bessere Anbindung des Industriegebiets Potsdam Süd an das städtische Verkehrsnetz, Verbindung mit der Medienstadt und dem Gewerbegebiet Babelsberg Süd und dem Nuthetaler Spezialbaugelände. Die Straße ermöglicht auch die gewerbliche Entwicklung der Flächen zwischen Nutheschnellstraße und Heinrich-Mann-Allee. In der Untersuchung des BKF Medien im Rahmen der Technischen Hilfe ist ein erhöhter Bedarf auch an klassischen Gewerbeflächen im BKF festgestellt worden, z.B. Tischler oder Schlosserbetriebe für den Kulissenbau. Diese sind in der Medienstadt aufgrund der Emissionen und Bodenpreise kaum möglich. Die Verbindung zwischen Medienstadt und Industriegebiet bietet hier eine Entwicklungschance. Verkehrliche Entlastung städtischer Straßen, z.B. der Ortsdurchfahrt Drewitz und somit Verkehrsberuhigung und Erhöhung der Verkehrssicherheit in Wohngebieten, wesentliche Reduzierung des Schwerverkehres auf innerstädtischem Straßennetz.		
Gesamtkosten/ (angestrebte) Finanzierungsquellen	Gesamtkosten	Förderbedarf	Eigenanteil
	2 Mio. EUR	abhängig von Förderkonditionen	abhängig von Förderkonditionen
Sachstand (z. B. über Förderabstimmungen und Vorbereitungsaktivitäten)	Machbarkeitsuntersuchung und erste Kostenschätzung liegt vor. Interesse Eigentümer an gewerblicher Entwicklung entlang der Wetzlarer Straße ist vorhanden , erste Nutzungsskizzen mit Stadt diskutiert.		
Darstellung des Unterstützungsbedarfs durch die Landesregierung	Finanzielle Förderung		



EWP-Kundenfonds Potsdam

Instrument zur alternativen Finanzierung und zur Kundenbindung





Kundenfonds als Kundenbindungsinstrument

Zielsetzung:

- **Teilhabe** von Potsdamer EWP-Kunden an nachhaltiger Energieerzeugung in Potsdam
- Investitionsmöglichkeiten für EWP-Kunden **vor Ort** → „Energie zum Anfassen“
- **ökologische** Projekte finanzieren (Senkung der CO₂-Belastung)
- positives **Image** der EWP fördern
- Kunden**bindung** verstärken



Daten und Fakten

Anlageform:	Inhaberschuldverschreibung
Fondsvolumen:	5,0 Mio. Euro
Zeichnungsfrist:	1. Oktober 2012 bis 31. Januar 2013
Laufzeit:	10 Jahre und 3 Monate (bis 31. Dezember 2022)
Vergebener Anlagebetrag:	500 bis 5.000 Euro je Investor
Anzahl der Investoren (bei 5 Mio. Euro):	Minimal 1.000 ; Maximal 10.000
Zinssatz:	2,5 % pro Jahr + 7,5 % einmaliger Treuebonus nach 10 Jahren = 3,25 % Gesamtverzinsung





Finanzierung von grünen Projekten

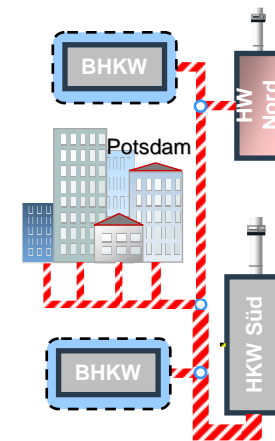
Tageswärmespeicher am HKW Süd



1.855.000 Euro
-10.600 t CO₂/Jahr

BHKW Bornstedter Feld und HW Nord

1.500.000 Euro
-23.500 t CO₂/Jahr



BHKW Kläranlage Potsdam Nord



550.000 Euro
-442 t CO₂/Jahr



Photovoltaikanlagen Potsdamer Schulen und Feuerwehr



500.000 Euro
-90 t CO₂/Jahr

Nahwärmeinseln



595.000 Euro
-178 t CO₂/Jahr



Kundeninformation

➤ EWP-Kunden erhalten ein Mailing per Postwurfsendung



Kundenanschreiben

Flyer ... mit Vormerkung



VORMERKUNG

Ich habe Interesse am EWP-Kundenfonds Potsdam. Bitte senden Sie mir weitere Informationen zu.

Ich möchte mich mit folgendem Betrag unverbindlich vormerken lassen:

EUR (Maximalbetrag 5.000 EUR)

Bitte senden Sie mir einen Zeichnungsschein zu.

MEINE KONTAKTDATEN

Name, Vorname:

Strasse, Hausnummer:

PLZ, Ort:

Telefon:

Kundennummer oder Vertragsnummer bei der EWP:

E-Mail:

Subskriptions:

Bitte senden Sie die Unterlagen per E-Mail.

Datum/Unterschrift:

Ich möchte auch in Zukunft über Projekte und Angebote der Energie und Wasser Potsdam GmbH informiert werden.

Wir garantieren Ihnen, dass Ihre Daten nur zu den oben genannten Zwecken und nicht an Dritte weitergegeben werden.





Beratung im Internet und Kundenzentrum

- Über das **Internet** können sich Interessenten zum EWP-Kundenfonds informieren, das Wertpapierprospekt anschauen und den Zeichnungsschein herunterladen.
- Zudem können hier häufig gestellte Fragen (**FAQ**) und die entsprechenden Antworten nachgelesen werden – die ebenfalls den Entscheidungsprozess für den EWP-Kundenfonds unterstützen sollen.
- Für Kundenanfragen wird eine Extra-Mailadresse: **kundenfonds@ewp-potsdam.de** eingerichtet.
- Im **Kundenzentrum WilhelmGalerie** können sich Interessenten, insbesondere solche, die keinen Zugang zum Internet haben, persönlichen Rat holen.
- Zwei speziell unterrichtete Kundenbetreuer stehen an Extra-Beratungsplätzen für den persönlichen Service bereit.



Kundeninformation in der „Quartett 3/2012“

ENERGIE

IN POTSDAMS ZUKUNFT INVESTIEREN

Der EWP-Kundenfonds Potsdam ist gut fürs Klima – und für den Geldbeutel



Ab Oktober 2012 haben die Potsdamer die Möglichkeit, nachhaltig und zugleich lokal in ihrer Stadt zu investieren. Mit dem EWP-Kundenfonds Potsdam bietet die Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP) ihren privaten Energiekunden eine in vielerlei Hinsicht attraktive Geldanlage. Grundlage dafür sind Projekte der EWP zum Ausbau der Nutzung regenerativer Energien und zur Verringerung der CO₂-Emissionen in Potsdam.

Mit dem Heizkraftwerk Potsdam erzeugt das Unternehmen vor Ort bereits umweltfreundlich Strom und Fernwärme. „Als Energieerzeuger tragen wir Verantwortung gegenüber der Umwelt und der Gesellschaft, den Umwelt- und Klimaschutz zu fördern“, betont EWP-Geschäftsführer Holger Naumann und erklärt weiter: „Dazu wollen wir in Zukunft die Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien und die Erzeugung von CO₂-Emissionen verdrängen. Unsere Potsdamer Kunden können uns dabei

unterstützen, sie leisten damit einen aktiven Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz in Potsdam.“

Nachhaltig und zugleich lokal engagieren und investieren.

Antworten auf die wichtigsten Fragen zum EWP-Kundenfonds Potsdam haben wir im Folgenden zusammengestellt:

Was ist der EWP-Kundenfonds Potsdam? Über den EWP-Kundenfonds Potsdam können Energiekunden der EWP im Rahmen von inhaberschuldverschriebenen Geld in den Ausbau ökologischer Projekte in Potsdam investieren. Der EWP-Kundenfonds Potsdam garantiert über zehn Jahre sichere Erträge.

- Die Anteile werden zu Festbeträgen von je 500 Euro angeboten.
- Die Zeichnungsfrist beginnt am 01. Oktober 2012 und endet am 31. Januar 2013.
- Maximal kann jeder EWP-Energiekunde Anteile in Höhe von 5.000 Euro erwerben.
- Es wird ein fester Jahreszins von 2,5 Prozent gezahlt.
- Zum Ende der Laufzeit zum 31. Dezember 2022 erhalten Käufer, die 10 Jahre und 3 Monate ihre Anteile gehalten haben, eine Zinsverzinsung in Höhe von 7,5 %.
- Kaufberechtigt sind nur EWP-Energiekunden.

Welche Vorteile hat der EWP-Kundenfonds Potsdam? Das Geld wird hier in der Landeshauptstadt Potsdam in sichtbare Projekte investiert. Ein großer Teil der Investitionssumme, wie bei allen Investitionen der EWP, fließt in die Wirtschaft vor Ort. Damit werden Arbeitsplätze neu geschaffen und gestärkt, was wiederum zur Stärkung der Wirtschaftskraft in der Region

beiträgt. Jeder Beteiligte erhält für seine Investitionen einen attraktiven Zinssatz von 2,5 Prozent p. a. und dieser ist über die gesamte Laufzeit garantiert. Wer die gesamte Laufzeit dabei bleibt, erhält zum Ende noch eine Bonuszahlung von fünf Prozent.

Weitere Vorteile für Sie:

- Der EWP-Kundenfonds Potsdam ist unabhängig von den Börsen-, Rohstoff- und Zinssatzkursen.
- Der EWP-Kundenfonds Potsdam ist unabhängig von aktuellen oder zukünftigen Zinssätzen.
- Die EWP garantiert sowohl die Auszahlung der jährlichen Zinsen als auch die Rückzahlung der Anlagebeträge an die Anleger.

Welche Projekte werden mit dem EWP-Kundenfonds Potsdam finanziert? Die Gelder des EWP-Kundenfonds Potsdam fließen ausschließlich in Projekte zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Schonung der Klimas. Sie müssen nachhaltig und ortsnah sein. Zusätzliches Kriterium ist, dass die Projekte langfristig wirtschaftlich zu betreiben sind. Daran wird die Umsetzung der folgenden Projekte in Potsdam geprüft:

- Wärmespeicher am Heizkraftwerk Süd
- Photovoltaikanlagen auf Dachflächen von Potsdamer Schulen
- Photovoltaikanlage an der Hauptwache der Feuerwehr Potsdam
- Nahwärmanneil mit Blockheizkraftwerken und Biogasenergierzeugung
- weitere nachhaltige Projekte

Wie kann ich mich beteiligen? Anteile am EWP-Kundenfonds Potsdam können Sie vom 01. Oktober 2012 bis zum 31. Januar 2013 erwerben. Das Kundenfondsvolumen beträgt 5 Millionen Euro. Vergaben werden die Anteile nach dem Windhundprinzip. Wer einen Zeichnungsschein ausgefüllt und den Anlagebetrag

innerhalb des Kundenfondsvolumens eingezahlt hat, erhält die Zusage und eine entsprechende EWP-Kundenfonds Potsdam-Urkunde. Zeichnungsscheine können Sie über den beiliegenden Flyer bestellen oder durch Hartunterlagen unter www.ewp-potsdam.de oder über das Kundenzentrum Wilhelm-Galerie erhalten.

Wie und wo erhalte ich den Wertpapierprospekt? Die Inhaberschuldverschreibung stellt ein Wertpapier im Sinne des Wertpapierpro-

spektgesetzes dar. Der Prospekt wurde von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) gebilligt und steht zum Download bereit.

Alternativ erhalten Sie den Wertpapierprospekt in unserem Kundenzentrum Wilhelm-Galerie, Charlottenstraße 42.



Mitglieder der Arbeitsgruppe Forum der EWP im Gespräch mit dem Geschäftsführer Holger Naumann

KUNDENBEIRAT TAGTE

Auf ihrer dritten Sitzung konnten sich die Mitglieder des EWP-Kundenbeirats über das neue Energiekonzept „EWP 2020“ zum Ausbau der Energieerzeugung durch regenerative Energien und zur Senkung der CO₂-Emissionen in Potsdam informieren. Geschäftsführer Holger Naumann stellte die Einzelvorhaben vor. Diskutiert wurde die Notwendigkeit des verarmungsweisen und wirtschaftlich unsicheren Herausgehens an die Investitionsinhaber sowie die Möglichkeiten der Beteiligung der EWP-Kunden über den EWP-Kundenfonds.

Um die Arbeit des EWP-Kundenbeirats noch effizienter gestalten zu können, wurde die Einrichtung von Arbeitsgruppen zu den Themenkomplexen „Kundenzufriedenheit/Vertrieb/Marketing“, „Energie der Zukunft/Kundenorientierte Energiewende“ sowie „EWP als kommunales Unternehmen“ angestrebt. Die nächste reguläre Sitzung des EWP-Kundenbeirats findet am 07. November 2012 statt.

QUARTETT 03 • 2012





Anzeigen

- Während der Zeichnungsfrist werden die Kunden weiterhin über Anzeigen zur Zeichnung aufgerufen.

**MACHEN SIE MIT!
EWP-KUNDENFONDS POTSDAM**

Gemeinsam mit Ihnen möchten wir den weiteren Ausbau einer umweltschonenden Energieversorgung vor Ort vorantreiben.

MACHEN SIE MIT – und investieren Sie Ihr Geld in »grüne« Projekte in Potsdam! Für Ihre Anlage erhalten Sie eine Inhaberschuldverschreibung.

Das Wertpapierprospekt wurde am 26. September 2012 veröffentlicht. Es kann aus dem Internet heruntergeladen oder im Kundenzentrum WilhelmGalerie, Charlottenstr. 42 eingesehen werden. Dort erhalten Sie auch weitere detaillierte Informationen zum EWP-Kundenfonds Potsdam.

 Energie und Wasser
Potsdam GmbH

www.ewp-potsdam.de

2,5%
Zinsen pro Jahr
+ 7,5% Treuebonus
(einmalig)



Zeichnung

ZEICHNUNGSSCHEIN | EWP-Kundenfonds

Ärztliche: Frau Herr Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen

Kaufvermerk
Gebäudekennzeichen
Wohnfläche
Wohnort
Zustandstadium

nachfolgend Käufer oder Gläubiger genannt

DER KÄUFER/GLÄUBIGER MACHT GEGENÜBER

- Energie und Wasser Potsdam GmbH
diese vertreten durch die Geschäftsführer, Wilfried Böhme und Ingrid Neumann
Steinstraße 101, 14480 Potsdam

nachfolgend Verkäufer genannt

- nachfolgendes Angebot zum Abschluss eines Kaufvertrages. An das Angebot ist der Käufer/Gläubiger bis zum 31.01.2013 gebunden. Der Kaufvertrag kommt durch die schriftliche Annahme der Emittentin und den rechtzeitigen Zahlungseingang bei ihrer Zahlstelle, der Mittelbrandenburgischen Sparkasse, zustande.

1. Der Käufer verpflichtet sich, Stück Inhaberschuldverschreibungen zum jeweiligen Nennbetrag von 500 Euro zu kaufen. Der Kaufpreis der Inhaberschuldverschreibung entspricht dem Nennbetrag.
2. Der Käufer versichert, Inhaberschuldverschreibungen der Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP) zu sein und von dieser aufgrund eines gültigen und ungescheiterten Energielieferungsvertrages zur Kunden-Nr. (schlüsselartig mit 4 10) bezugsfähige Kundennummer bitte hier eintragen) Strom, Gas oder Wärme zu beziehen. Der Käufer versichert, den Wertpapierprospekt der Emittentin für die zu kaufende Inhaberschuldverschreibung gelesen zu haben und zu kennen. Der Prospekt ist auch im Internet unter www.ewp-potsdam.de veröffentlicht.
3. Der Kauf der Inhaberschuldverschreibung erfolgt zu den auf der Rückseite dieses Zeichnungsscheins abgedruckten Bedingungen. Diese sind auch im Internet unter www.ewp-potsdam.de veröffentlicht.
4. Die Bankverbindung des Käufers für Auszahlungen lautet wie folgt:

Konto des Emittenten (Auszahlung beim Käufer):
Bank:
Kontonummer:
BLZ:

Finanzierung eines Bankkreditkontos für den Käufer/Gläubiger unverzüglich realisieren

Ort, Datum:

(Stempel des Käufers/Gläubiger)

WIDERRUFSBEFREIUNG: Der Käufer hat die hiermit erklärte, innerhalb von zwei Wochen ohne Angabe von Gründen in Textform (z. B. Brief, Fax, E-Mail) widerrufen. Die Frist beginnt nach Erhalt dieser Bekräftigung in Textform, jedoch nicht bevor (bzw. auch eine Vertragsurkunde, ein schriftlicher Antrag oder eine Abschrift) der Vertragsurkunde oder der Antrag zur Verfügung gestellt worden ist und auch nicht vor Erfüllung unserer Informationspflichten dem Art. 246 § 2 Nr. 1 Verbindung mit § 1 Abs. 1 und 2 BGB. Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Der Widerruf ist zu richten an: Energie und Wasser Potsdam GmbH, Steinstraße 101, 14480 Potsdam. **WIDERRUFSBENACHTEILIGUNG:** Im Falle eines wirksamen Widerrufs sind die beiderseitig empfangenen Leistungen zurückzugewähren und ggf. gezogene Nutzungen (z. B. Zinsen) herauszugeben. Können Sie uns die empfangene Leistung sowie Nutzungen (z. B. Drehschlüssel) nicht oder teilweise nicht oder nur in verschlechtertem Zustand zurückgewähren bzw. herausgeben, müssen Sie uns insoweit ggf. Wertersatz leisten. Wertersatz ist die Erlösung von Zahlungen maximal innerhalb von 32 Tagen erfüllt werden. Der Frist beginnt für Sie mit der Absendung Ihres Widerrufsbriefes, für uns mit dessen Erlassung, beide über die Widerrufsbelehrung.

- Bitte senden Sie diesen Zeichnungsschein per Post an:
Energie und Wasser Potsdam GmbH, Steinstraße 101, 14480 Potsdam oder per Fax an 0331.661-3003.

Energie und Wasser Potsdam GmbH | Kontakt: 0331.661-3003 | kundenfonds@ewp-potsdam.de | www.ewp-potsdam.de

- Ab dem 01.10.2012 können EWP-Vertriebs-Kunden den EWP-Kundenfonds zeichnen.
- Der Zeichnungsschein kann mittels Vormerkung angefordert, aus dem Internet heruntergeladen oder im Kundenzentrum WilhelmGalerie ausgefüllt werden.
- Die Zeichnung erfolgt, wenn der Zeichnungsbetrag vom Kunden überwiesen wurde.
- Nach erfolgreicher Zeichnung bekommt der Kunde von der EWP eine Vertragsbestätigung und Angaben zum Empfang der Inhaberschuldverschreibung.



Inhaberschuldverschreibung / Urkunde



- Die Inhaberschuldverschreibung ist ein Wertpapier.
- Sie bestätigt dem Inhaber, dass ihm die EWP den gezeichneten Betrag schuldet.
- Die Urkunden werden den Anlegern zu speziell vereinbarten Terminen übergeben.



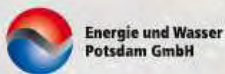
Machen Sie mit !

MACHEN SIE MIT ! EWP-KUNDENFONDS POTSDAM

Gemeinsam mit Ihnen möchten wir den weiteren Ausbau einer umweltschonenden Energieversorgung vor Ort vorantreiben.

MACHEN SIE MIT – und investieren Sie Ihr Geld in »grüne« Projekte in Potsdam! Für Ihre Anlage erhalten Sie eine Inhaberschuldverschreibung.

Das Wertpapierprospekt wurde am 26. September 2012 veröffentlicht. Es kann aus dem Internet heruntergeladen oder im Kundenzentrum WilhelmGalerie, Charlottenstr. 42 eingesehen werden. Dort erhalten Sie auch weitere detaillierte Informationen zum EWP-Kundenfonds Potsdam.



Energie und Wasser
Potsdam GmbH

www.ewp-potsdam.de

2,5%
Zinsen pro Jahr
+ 7,5% Treuebonus
(einmalig)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit !



Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
12.September 2012
- 3 Vorstellung des Leiters der Polizeidirektion West, Herrn Meyritz und des Leiters
der Polizeiinspektion, Herrn Toppel
- 4 Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptausschusses
- 5 "Sport- und Freizeitbad" Brauhausberg - Bildung einer Kommission
Vorlage: 12/SVV/0620
Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport
- 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 6.1 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP)
Vorlage: 12/SVV/0022
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 6.2 Abberufung und Neubestellung der von der Landeshauptstadt Potsdam in den
Aufsichtsrat der SWP entsandten städtischen Vertreter/innen
Vorlage: 12/SVV/0023
Oberbürgermeister, Teilnehmungsmanagement
Austauschblätter vom 25.01.2012
- 6.3 Bestärkung des Vorkaufsrechtes zur Erfüllung des Planungszieles "Öffentliche
Grünfläche am Groß Glienicker Seeufer"
Vorlage: 12/SVV/0300
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
OBR Groß Glienicke
- 6.4 Kein Verkauf von Meldeadressen
Vorlage: 12/SVV/0474
Fraktion Die Andere
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung
Vorlage: 12/SVV/0423
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 7.2 Statusbericht Regionaler Wachstumskern Potsdam 2012
Vorlage: 12/SVV/0471
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 8 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung**

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung des Hauptausschusses.

zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 12.September 2012**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 13 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, die Tagesordnungspunkte

- 6.3., Bestärkung des Vorkaufsrechtes zur Erfüllung des Planungszieles "Öffentliche Grünfläche am Groß Glienicker Seeufer", Vorlage: 12/SVV/0300,
- 7.1., Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung - Vorlage: 12/SVV/0423, und
- 7.2., Statusbericht Regionaler Wachstumskern Potsdam 2012 - Vorlage: 12/SVV/0471, zurückzustellen, da sie in den Fachausschüssen zurückgestellt wurden.

Der Oberbürgermeister schlägt weiter vor, einen Tagesordnungspunkt 7.3. aufzunehmen: Information der Verwaltung zur Schließung der Ausgabestelle der Potsdamer Tafel am Schlaatz entsprechend der Bitte der Fraktion DIE LINKE. Unter dem Punkt Sonstiges, TOP 8.1., erfolgt eine Information der EWP zum Bürgerfonds.

Herr von der Osten schlägt vor, den TOP 4, Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptausschusses, zu verschieben, da Herr Heinzel heute nicht an der Sitzung des Hauptausschusses teilnehmen kann.

Herr von der Osten bittet des Weiteren um Zurückstellung der TOP'e 6.1., Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP) - Vorlage: 12/SVV/0022, und 6.2., Abberufung und Neubestellung der von der Landeshauptstadt Potsdam in den Aufsichtsrat der SWP entsandten städtischen Vertreter/innen - Vorlage: 12/SVV/0023, da es hierzu noch Abstimmungsbedarf in der Fraktion hinsichtlich der Besetzung gibt.

Herr Dr. Scharfenberg merkt diesbezüglich an, dass es einen Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE geben wird, dass die Zahl der Stadtverordneten auf 9 erhöht wird und dafür die beiden Experten herausgenommen werden.

Herr Schüler bittet um Zurückstellung des TOP 6.3., Bestärkung des Vorkaufsrechtes zur Erfüllung des Planungszieles "Öffentliche Grünfläche am Groß Glienicker Seeufer" - Vorlage: 12/SVV/0300, da es hier noch rechtliche Zweifel gibt, die einer Klärung in der Fraktion bedürfen.

Der Oberbürgermeister stellt die Tagesordnung mit den Änderungsvorschlägen zur Abstimmung. Der geänderten Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

Der Oberbürgermeister stellt die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 12. September 2012 zur Abstimmung. Der Niederschrift wird mehrheitlich mit 3 Stimmenthaltungen zugestimmt.

zu 3 Vorstellung des Leiters der Polizeidirektion West, Herrn Meyritz und des Leiters der Polizeiinspektion, Herrn Toppel

Der Oberbürgermeister begrüßt Herrn Meywitz und Herrn Toppel.

Herr Meywitz stellt sich und Herrn Toppel nochmals vor und bedankt sich für die Einladung. Herr Toppel werde mit einer kurzen Präsentation über die Sicherheitslage in der LHP berichten.

Herr Toppel berichtet über die Entwicklung der Straftaten in der Stadt Potsdam; über die Zunahme der Delikte 2010/2011; die Schwerpunkte im Kriminalitätsgeschehen; die politisch motivierte Gewaltkriminalität; das Verkehrsunfallgeschehen in der Stadt Potsdam etc. Die Präsentation wird dem Protokoll als **Anlage** beigelegt.

Anschließend beantworten Herr Meywitz und Herr Toppel Fragen der Mitglieder des Hauptausschusses.

Hinsichtlich der Nachfrage von Herrn Schultheiß, ob daran gedacht worden sei, dem Fahrer des Unfalles in der Zeppelinstraße, bei dem ein kleines Mädchen getötet wurde, den Führerschein zu entziehen, antwortet Herr Toppel, dass er zum Stand des Verfahrens keine Auskunft geben könne.

Herr Meywitz merkt ergänzend an, dass dieser Unfall die Polizei auch sehr stark beschäftigt habe; man habe geprüft, einen Haftantrag zu stellen und auch einen Antrag auf Entzug des Führerscheins; ob dies geschehen sei, wisse er nicht.

Zur Frage von Herrn Schultheiß, ob es Erkenntnisse zu Unfällen auf markierten Radwegen gebe, führt Herr Toppel aus, dass es diesbezüglich keine Zahlen gebe; man jedoch diese Zahlen erheben wolle.

Weiteren Diskussionsbedarf gibt es nicht.

Der Oberbürgermeister bedankt sich bei Herrn Meywitz und Herrn Toppel. Sobald die Zahlen für 2012 vorliegen, werde die nächste Berichterstattung im Hauptausschuss erfolgen.

zu 4 Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptausschusses

zurückgestellt

zu 5 "Sport- und Freizeitbad" Brauhausberg - Bildung einer Kommission

Vorlage: 12/SVV/0620

Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport

Herr Dr. Scharfenberg begrüßt, dass die Bildung der Kommission auf den Weg gebracht und eine Geschäftsordnung vorbereitet wurde. Er spricht sich dafür aus, dass die Geschäftsordnung insoweit offen gehalten wird, als dass sie im Hinblick

auf ihre Handhabbarkeit jeder Zeit angepasst werden kann, wenn sich herausstellt, dass etwas nicht funktioniert.

Zum § 3 – Vorsitz - möchte Herr Dr. Scharfenberg nicht ausschließen, dass auch ein Nicht-Stadtverordneter zum Vorsitzenden oder Stellvertreter der Kommission gewählt werden kann. Er beantragt eine offene Formulierung, in der Richtung, dass die Mitglieder der Kommission den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter aus ihrer Mitte wählen.

Herr Schultheiß spricht sich dafür aus, dass der Vorsitzende oder sein Stellvertreter ein Stadtverordnete/r ist.

Frau Bankwitz unterstützt den Antrag von Herrn Dr. Scharfenberg.

Der Oberbürgermeister stellt den Vorschlag zur **Änderung des § 3 – Vorsitz - : „Die Mitglieder der Kommission wählen aus ihren Reihen einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter.“** zur Abstimmung.

Dem wird mehrheitlich, mit 3 Stimmenthaltungen, **zugestimmt.**

Zu § 4 – Teilnahmerecht – schlägt Herr Dr. Scharfenberg die **Ergänzung** vor, dass die Sitzungen der Kommission „**in der Regel**“ nicht öffentlich sind. Damit sei es dann auch leichter, weitere Leute hinzuzuziehen.

Frau Dr. Magdowski rät davon ab und empfiehlt in ihren Ausführungen, die öffentliche Debatte bei den Gremien der Stadtverordnetenversammlung zu belassen und damit der Stadtverordnetenversammlung die Priorität einzuräumen.

Der Antrag wird mit 6 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen **abgelehnt.**

Zu § 5 – Arbeitsweise – schlägt Herr Dr. Scharfenberg die **Ergänzung** vor: „Es sollen **mindestens** zwei Sitzungen pro Jahr stattfinden.“

Der Oberbürgermeister sagt die Aufnahme der Ergänzung im § 5 zu.

Herr Schüler beantragt **zu § 4 – Teilnahmerecht** –, diesen mit dem Satz zu **ergänzen: „Stadtverordnete haben ein passives Teilnahmerecht.“**

Dem Antrag wird mehrheitlich, mit 1 Nein-Stimme und 4 Stimmenthaltungen **zugestimmt.**

Herr Dr. Wegewitz nimmt Bezug auf den § 4, der besagt, dass die Sitzungen der Kommission nicht öffentlich sind. Er beantragt **in § 7 – Abstimmung und Entscheidung - und § 8 – Niederschrift – eine Änderung** vorzunehmen, wonach **nur ein abweichendes Stimmverhalten im Ergebnisprotokoll aufgenommen wird.** Die Aufnahme von abweichenden Positionen halte er im Hinblick auf die (Nicht)-Öffentlichkeit für schwierig.

Dem Antrag wird mehrheitlich, mit einer Nein-Stimme und 4 Stimmenthaltungen **zugestimmt.**

Frau Birgit Müller nimmt Bezug auf den **§ 8 – Niederschrift – letzter Absatz:** „Das Protokoll wird allen Mitgliedern möglichst innerhalb von 4 Wochen, spätestens mit der Einladung zur nächsten Sitzung zur Verfügung.“. Ihr erscheint der Zeitraum für die Ausreichung des Protokolls etwas lang.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, den 2. Teil des Satzes „... spätestens mit der

Einladung zur nächsten Sitzung...“ zu streichen. Der Satz heißt: „**Das Protokoll wird allen Mitgliedern möglichst innerhalb von 4 Wochen zur Verfügung gestellt.**“

Der Oberbürgermeister stellt die Geschäftsordnung mit den Änderungen in der Gesamtheit zur Abstimmung.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig die Geschäftsordnung der Kommission zur Begleitung des Neubaus eines Sport- und Freizeitbades am Brauhausberg in der geänderten Fassung.

zu 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 6.1 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP)

Vorlage: 12/SVV/0022

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

zurückgestellt

zu 6.2 Abberufung und Neubestellung der von der Landeshauptstadt Potsdam in den Aufsichtsrat der SWP entsandten städtischen Vertreter/innen

Vorlage: 12/SVV/0023

Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement

Austauschblätter vom 25.01.2012

zurückgestellt

zu 6.3 Bestärkung des Vorkaufsrechtes zur Erfüllung des Planungszieles "Öffentliche Grünfläche am Groß Glienicker Seeufer"

Vorlage: 12/SVV/0300

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

OBR Groß Glienicke

zurückgestellt

zu 6.4 Kein Verkauf von Meldeadressen

Vorlage: 12/SVV/0474

Fraktion Die Andere

KOUL: 13.09.

zurückgestellt

zu 7 Mitteilungen der Verwaltung

zu 7.1 Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung

Vorlage: 12/SVV/0423

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

zurückgestellt

zu 7.2 Statusbericht Regionaler Wachstumskern Potsdam 2012
Vorlage: 12/SVV/0471
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

zurückgestellt

**zu 7.3 Information der Verwaltung hinsichtlich der Schließung der Ausgabestelle
der Potsdamer Tafel am Schlaatz entsprechend der Bitte der Fraktion DIE
LINKE**

Herr Dr. Scharfenberg verweist u.a. auf die vorhandene Beschlusslage zur Potsdamer Tafel und darauf, dass die Probleme der Ausgabestelle schon einmal thematisiert worden seien. Er möchte jedoch die Probleme der Ausgabestelle von dem Anliegen, dass es verbesserte Bedingungen für die Potsdamer Tafel geben solle, trennen.

Frau Elona Müller-Preinesberger räumt ein, dass es hinsichtlich der Beschlusslage zur Potsdamer Tafel um die Optimierung der Bedingungen für die Potsdamer Tafel gehe. Die Problematik in der Ausgabestelle am Schlaatz bestehe in dem Zeitfenster zwischen Ausgabe und Nutzung des Jugendklubs.

Frau Elona Müller-Preinesberger macht deutlich, dass man seit Jahren dabei sei, Ersatzstandorte zu suchen. Die Potsdamer Tafel habe auch versichert, dass sie mit der Situation am Schlaatz zurechtkommen bis ein Ersatzstandort gefunden werde. Es habe konkrete Verhandlungen zur Kaufhalle am Schlaatz gegeben. Im Oktober 2011 habe der Investor mitgeteilt, dass er beabsichtige die kleine Kaufhalle am Bisamkiez zu erwerben und diese für die Potsdamer Tafel umbauen wolle, sobald die neue Kaufhalle am Schilfhof fertig ist. Diese neue Planung lag zwar der Potsdamer Tafel vor, jedoch erfolgte keine Information an die Verwaltung.

Der FB 38 habe weiter nach alternativen Lösungen gesucht. Es konnten zwei Varianten auf dem Gelände und in Abstimmung mit dem Verein Exvoto gefunden werden. Diese wurden auch der Potsdamer Tafel unterbreitet. Doch angesichts der seitens des Investors in Aussicht gestellten Nutzung der Kaufhalle am Bisamkiez wurden diese Vorschläge seitens der Potsdamer Tafel nicht weiter verfolgt, sondern im April 2012 erfolgte hierzu eine endgültige Absage seitens der Potsdamer Tafel

Im April 2012 informierte die Potsdamer Tafel, dass sie gern eine Halle (ehemaliger Getränkestützpunkt) am Schlaatz nutzen würde, die aber im Eigentum der EWP ist und an die Bäderlandschaft GmbH auf Dauer vermietet ist. Eine weitere Verfolgung dieser Variante ist seitens der Verwaltung keine Möglichkeit gesehen wird, ein Objekt in der gewünschten Fläche am Schlaatz zur Verfügung zu stellen. Eine Einladung zu einem gemeinsamen Gespräch über die weitere Vorgehensweise lehnte die Potsdamer Tafel ab.

Im Mai 2012 habe man aus der Presse erfahren, dass es zu dem Vorhaben Kaufhalle Schilfhof 22 einen Investorenwechsel gegeben habe. Die beiden neuen Investoren seien angeschrieben worden. Ein Investor habe nicht reagiert; der andere Investor habe mitgeteilt, dass im Kaufhallenprojekt keine Integration der Potsdamer Tafel möglich ist.

Frau Elona Müller-Preinesberger informiert, dass man für den Haushalt 2012/2013 vorgesorgt habe und erstmalig Mittel für die Nutzung von Räumlichkeiten für die Potsdamer Tafel eingeplant habe.

Frau Dr. Sigrig Müller fragt nach, ob man doch zwei Probleme habe, das Eine, einen zentralen Ort zu finden und das andere, dass es noch eine Ausgabestelle geben solle.

Frau Elona Müller-Preinesberger merkt dazu an, dass die Beschlusslage das Eine sei; das Andere sei, was die Potsdamer Tafel wolle. Die Potsdamer Tafel wolle ein Lager an einem zentralen Ort mit Anfahrmöglichkeit und Ausgabestelle für 1x in der Woche und dann solle die Ausgabestelle am Schlaatz geschlossen werden.

Herr Schultheiß glaubt, dass sich nach seiner Kenntnis die Situation an der Ausgabestelle zugespitzt habe, weil der Andrang so groß war und die Menschen unruhig wurden. Vielleicht wäre es eine Hilfe, wenn das Zeitfenster bis zur Nutzung des Jugendklubs erweitert werde.

Frau Elona Müller-Preinesberger äußert dazu, dass man zwei Ausgabestage angeboten habe; dies sei allerdings mit einem größeren Aufwand für die Potsdamer Tafel verbunden; die Mitarbeiter seien alle ehrenamtlich tätig. Man müsse über Kompromisse reden.

Herr Dr. Scharfenberg verweist darauf, dass es nicht um Schuldzuweisungen gehe, sondern darum, möglichst zügig Lösungen zu finden; es müsse geholfen werden. Die Verwaltung sei bereit, in die Verantwortung zu gehen, auch Mittel bereitzustellen, um die Potsdamer Tafel bei Mietzahlungen zu unterstützen. Unter diesen Voraussetzungen kann man seines Erachtens eine generelle Lösung finden. Das Problem sei jetzt der Schlaatz; die Ausgabestelle sei genau an der richtigen Stelle. Er wirbt dafür, sehr schnell am Schlaatz eine Lösung zu finden.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass genau dazu das Gespräch am 1. Oktober 2012 dienen solle; man werde Angebote machen, die jedoch abweichen von der Ideallösung mit der Kaufhalle Schilfhof.

Frau Dr. Sigrig Müller wirft die Frage auf, ob schon einmal an das geschlossene Café am Schlaatz gedacht worden sei.

Dies wird von Frau Elona Müller-Preinesberger bejaht, neben Räumlichkeiten anderer Träger.

zu 8 Sonstiges

zu 8.1 Information der EWP zum Bürgerfonds

Da die Geschäftsführer der EWP, Herr Böhme und Herr Neumann noch nicht anwesend sind, kann dieser Tagesordnungspunkt erst zu einem späteren Zeitpunkt behandelt werden. Die Information erfolgt erst nach dem nicht öffentlichen Teil der Sitzung; der Tagesordnungspunkt ist jedoch öffentlich; dies möchte Herr Schüler festgehalten wissen.

Herr Neumann informiert anhand einer Präsentation über den Kundenfonds als Kundenbindungsinstrument. Er betont, dass dies kein Bürgerfonds, sondern ein Kundenfonds sei, von dem nur die Kunden der EWP profitieren sollen. Die Präsentation wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.